

Die Wiener Gemeindeverwaltung.

Gemeinderat, Stadtjenat und Ausschüsse.

Ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte der Stadt Wien war mit 1. Juni 1920 zu Ende gegangen. Die Reform der Verwaltung war mit diesem Tage in das Leben getreten, die allen Mitgliedern des Gemeinderates ermöglicht, sich an der Geschäftsführung in viel intensiverer Weise als bisher zu beteiligen. Es waren 8 Verwaltungsgruppen, mit je einem amtsführenden Stadtrat an der Spitze, eingerichtet und dem entsprechend auch 8 gemeinderätliche Ausschüsse mit ungefähr je 20 Mitgliedern geschaffen worden. Die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung hatte hiedurch einen bedeutenden Schritt nach Vorwärts gemacht.

Es war aber auch der jahrzehntelange Wunsch der Stadt Wien, eine ihrer Bedeutung entsprechende staatsrechtliche Stellung zu erlangen. Durch die Bestimmungen des Bundesverfassungsgesetzes ist dieser Wunsch erfüllt worden. Wien ist seit 10. November 1920 zwar kein vollkommen selbständiges Land, es kommt ihm aber in den wichtigsten Belangen die Stellung eines solchen zu. Es besitzt seit diesem Tage seine selbständige politische Landesverwaltung, in dem der Bürgermeister zugleich die Stellung eines Landeshauptmannes und der Wiener Stadtjenat zugleich die Stellung einer Landesregierung bekleidet. Mit dem Verfassungsgesetz vom 29. Dezember 1921 wurde die vollständige Trennung Wiens vom Lande Niederösterreich durchgeführt.

Am 10. November 1920 hielt der Gemeinderat als Landtag seine erste Sitzung ab. Die beiden einzigen Gegenstände dieser Sitzung bildeten die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien und die Schaffung des Landesgesetzblattes für Wien. Im Verfassungsgesetze ist die Stellung des Bürgermeisters, des Stadtjenates und der amtsführenden Stadträte, der Wirkungsbereich dieser Organe und die Stellung Wiens als Land festgelegt. In der zweiten, zu Beginn noch unter dem Vorsitz des Bürgermeisters abgehaltenen Sitzung des Gemeinderates als Landtages am 26. November 1920 ist das Präsidium des Landtages gewählt worden. Zum Präsidenten wurde Gemeinderat Dr. Robert Danneberg, zum zweiten Präsidenten Gemeinderat Heinrich Schmid und zum dritten Präsidenten Gemeinderat Johann Schorsch gewählt. Am 28. Dezember 1920 wurde im Landtag von Niederösterreich die gemeinsame Landesverfassung beschlossen, nach welcher die Gemeinde zunächst 68 Delegierte in den gemeinsamen Landtag zu entsenden hatte. Die Wahl dieser Abgeordneten erfolgte nach den Verhältniszahlen in der Sitzung vom 30. Dezember 1920. Gemäß den Bestimmungen der Stadtverfassung wurden in der Sitzung am 26. November 1920 auch 12 Vertreter in den Bundesrat entsendet.

Die Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates beträgt 165. Da die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien nur zwei Vizebürgermeister vorsieht, ist Vizebürgermeister Max Winter am 10. November 1920 aus diesem Amte geschieden. Nachstehende Mitglieder des Gemeinderates sind in der Berichtsperiode gestorben: Fidenigg, Högel und Dr. Winter, auf ihr Mandat haben die Mitglieder des Gemeinderates: Anna Boschet, Domes, Jaskl, Dr. Döbner, Santa, Sirotek, Siska, Karl Winter und Gisela Woznicak verzichtet. An Stelle der Genannten sind nachgerückt: die Gemeinderäte Beisser, Ferenz, Drechsler, Buchar, Haja, Holanubel, Ruthner, Ruzicka, Meidl, Kronge, Ulreich und Wettengel.

Im zweiten Halbjahre 1920 wurden vier, im Jahre 1921 15 Sitzungen des Gemeinderates als Landtages abgehalten. 22 öffentliche und 14 vertrauliche Sitzungen des Gemeinderates fanden im zweiten Semester des Jahres 1920 statt. Im Jahre 1921 wurden 48 öffentliche und 22 vertrauliche Sitzungen des Gemeinderates abgehalten.

In der Gemeinderatssitzung am 4. November 1920 wurde an Stelle des Stadtrates Karl Baugoin Frau Dr. Alma Rozko-Seitz in den Stadtjenat gewählt. Am 10. November 1920 wurde Prof. Dr. Julius Landler zum Stadtrat gewählt und an Stelle des ausscheidenden Stadtrates Max Winter zum amtsführenden Stadtrat der Gruppe III bestimmt. Der Stadtjenat hielt in der Zeit vom 1. Juli 1920 bis Ende 1920 34 und im

Jahre 1921 59 Sitzungen ab. Die Arbeiten der Gemeinderatsausschüsse und Unterausschüsse sind aus nachstehenden Angaben ersichtlich: Der Gemeinderatsausschuß I (Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform, amtsf. Stadtrat Speiser) hielt in der vom 1. Juli bis Ende 1920 27 und im Jahre 1921 40 Sitzungen ab. Die Personalkommission hielt im zweiten Halbjahr 1920 18, im Jahre 1921 40 Sitzungen ab. Der Gemeinderatsausschuß II (für Finanzangelegenheiten der Gemeinde Wien, amtsf. St.-R. Breiener) hielt im zweiten Halbjahr 1920 17 und im Jahre 1921 47 Sitzungen ab. Der Gemeinderatsausschuß III (Wohlfahrteinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen, amtsf. St.-R. Professor Dr. Landler) hielt im zweiten Halbjahr 1920 11, im Jahre 1921 19 Sitzungen ab. Der Gemeinderatsausschuß IV (Sozialpolitik und Wohnungswesen, amtsf. St.-R. Grünwald) hielt im zweiten Halbjahr 1920 13 und im Jahre 1921 17 Sitzungen ab. Der Gemeinderatsausschuß V (technische Angelegenheiten, amtsf. St.-R. Siegel) hielt im zweiten Halbjahr 1920 18 und im Jahre 1921 40 Sitzungen ab. Der Gemeinderatsausschuß VI (Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, amtsf. St.-R. Korba) hielt im zweiten Halbjahr 1920 19 und im Jahre 1921 37 Sitzungen ab. Der Gemeinderatsausschuß VII (allgemeine Verwaltung, amtsf. St.-R. Richter) hielt im zweiten Halbjahr 1920 14 und im Jahre 1921 21 Sitzungen ab. Der Gemeinderatsausschuß VIII (städtische Unternehmungen, amtsf. St.-R. Vizebürgermeister Emmerling) hielt im zweiten Halbjahr 1920 19 und im Jahre 1921 31 Sitzungen ab.

Der Verfassungsausschuß (Kommission zur Vorberatung aller Angelegenheiten, die sich aus der neuen Bundesverfassung für die Gemeinde Wien ergeben) hielt in der Berichtsperiode 14 Sitzungen ab. Das Immunitätskollegium trat in der Berichtszeit 10 mal zusammen. Die Beschwerdekommision des Wiener Magistrates als Rekursinstanz in Gemeinde- und Landesabgabefachen wurde 11 mal einberufen.

Im Laufe der Berichtsperiode wurden nachstehende Körperschaften für städtische Verwaltungszweige ins Leben gerufen: die Kommission zur Vorberatung aller Angelegenheiten, die sich aus der neuen Bundesverfassung für die Gemeinde Wien ergeben; die Bauoberbehörde für Wien; der Ausschuß zur Beratung der Grundsätze, nach denen die gesetzliche Regelung der Dienstbesetzung der an öffentlichen Volks- und Bürgerschulen wirkenden Lehrpersonen erfolgen soll; die Gemeindef Kommission zur Bildung der Geschworenen und Schöffensliste; der Unterausschuß des Gemeinderatsausschusses für allgemeine Verwaltung zur Unterstützung von Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter, Angestellte und Schüler; der Unterausschuß zur Förderung des Körperportes; die Zuweisungskommission für Wohnungen, die aus Gemeinde- und Bundesmitteln errichtet werden; der Beirat der Landesholzstelle für Wien; die Kommission nach § 11 der Verordnung über den Schutz der Mieter; das geschäftsführende Komitee zur provisorischen Führung der Angelegenheiten der Donauregulierungskommission; das Kuratorium des Wohnungs- und Siedlungsfonds (Wohnungs- und Siedlungsbeirat); der Landes sanitätsrat für Wien; die Landeskommision für Volkspflegestätten; die Kommission zur Entscheidung über die gemäß § 36, Abs. 3 der Anforderungsverordnung durch die Gemeinde auszusprechenden Verzicht auf Leistung eines Äquivalentes; die Kommission zur Entscheidung über die Ansuchen um Bewilligung eines Wohnungsaustausches; die Kommission zur Entscheidung über die Zuweisung der gemäß § 9, 2, 3. 1—6 der Anforderungsverordnung angeforderten Erträume; der Unterausschuß für Stiftungsverleihungen; der Unterausschuß zur Beratung von Angelegenheiten des Kleingarten- und des daselbe berührenden Siedlungswesens.

Wiederholt hat die Gemeindeverwaltung im Laufe der Berichtsperiode Anlaß genommen, Vertreter der großen ausländischen Hilfsaktionen und Missionen, welche sich um die Bevölkerung Wiens, insbesondere um die Kinder, hohe Verdienste erworben haben, im Rathaus zu empfangen. So wurden am 22. November 1920 die Repräsentanten des amerikanischen Roten Kreuzes, am 4. Dezember eine Reihe von Persönlichkeiten des Schweizer Hilfswerkes, am 30. März 1921 die Vertreter der dänischen Hilfsaktionen, am 4. Juni Herren aus Norwegen feierlich empfangen. Besonders feierlich gestaltete sich auch die Verteilung der Lebensmittel- und Kleiderpenden des chilenischen Damenkomitees im Festsaal des Rathauses im März und Mai 1921. Zahlreiche Gäste aus dem Auslande konnten die Wiener Gemeindevertreter auch begrüßen, als am 13. Oktober 1920 die feierliche Eröffnung der von der Gemeinde Wien errichteten Kleinwohnungs-Siedlung Schmelz in Gegenwart des Herrn Präsidenten der österreichischen Republik stattfand. Unter den großen Wohltätigkeitsveranstaltungen der Gemeinde Wien nimmt wohl die erste Stelle der Kriegsoffertag am 3. Juli 1921 ein. Unter dem Schlagworte „Wien für die Kinder der Kriegsoffer“ wurde durch eine Reihe von künstlerischen Darbietungen, insbesondere durch eine Festakademie im Rathaus, die gesamte Bevölkerung veranlaßt, ihr Scherflein zur Stillung der großen Not beizutragen.

Am 9. Dezember 1920 wurden die Mitglieder der internationalen Donaukommission unter Führung des Admirals Troubridge im Rathaus empfangen. Am 21. Juni 1921 fand ein Empfang der Teilnehmer des I. internationalen Judo-Kongresses statt. Am 8. und

9. Juni 1921 wurde der internationale Buchdruckerkongreß abgehalten. Im Juli 1921 tagte in Wien der dritte Kongreß der internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit. Die Mitglieder dieses Kongresses, der aus aller Herren Länder besetzt war und unter Leitung der bekannten amerikanischen Führerin der internationalen Frauenbewegung Jane Adams stand, wurden am 14. Juli 1921 im Festsaale des Wiener Rathauses feierlich begrüßt.

Der September 1921 stand im Zeichen der I. internationalen Wiener Messe. Um der Wichtigkeit und Bedeutung dieser für Wien völlig neuen Institution Rechnungen tragen, fand am 12. September 1921 ein feierlicher Empfang statt. Am 12. und 13. März 1921 wurde im Rathaus ein außerordentlicher deutschösterreichischer Städtetag abgehalten, an dem Vertreter aller österreichischen Städte teilgenommen haben. Es wurde ihnen zu Ehren ein feierlicher Empfang abgehalten. Am 22. und 23. Oktober 1921 fanden die ordnungsgemäßen Beratungen des Städtebundes statt. Ende Mai 1921 tagte in Wien der internationale Straßenbahn- und Kleinbahnkongreß, dessen Mitglieder am 30. Mai 1921 im Rathause durch ein Empfangsfeest geehrt wurden. Im Rahmen der Veranstaltungen dieses Kongresses wurde auch das Billingsdorfer Kohlenbergwerk besichtigt. Vom 2. September bis 2. Oktober 1921 tagte in Wien der II. Internationale Kongreß der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegsopfer. Seine Delegierten hielten am 1. Oktober im Festsaale des Wiener Rathauses eine Festversammlung ab, in welcher sie den Bürgermeister feierlich begrüßten. Unter den hervorragenden Rednern war auch der berühmte französische Dichter Henri Barbusse. Im Oktober 1921 versammelten sich in Wien die Vertreter von ungefähr zwei Duzend Staaten zur Tagung des Generalsrates der Völkerbundliga unter der Führung des Präsidenten Ador (Vorsitzender des internationalen Roten Kreuzes in Genf). Die Kongreßteilnehmer hielten am 16. Oktober 1921, vom Bürgermeister der Stadt Wien feierlich begrüßt, im Festsaale des Rathauses eine Festversammlung ab, der viele Vertreter der Gemeindeverwaltung und zahlreiche Gäste aus allen Kreisen der Wiener Bevölkerung beiwohnten.

Am 14. Februar 1921 fand die Besichtigung der städtischen Holzverkleinerungsanlage im Gaswerk Simmering, bei Schwechat statt. Am 22. April 1921 wurde der Kontumazmarkt St. Marx von Mitgliedern des Gemeinderates besichtigt. Am 25. Mai 1921 wurde die Eröffnungsfahrt der neuen elektrifizierten Straßenbahnlinie Mauer-Mödling vorgenommen. Am 29. Juni 1921 wurde das Überlandkraftwerk Ebenfurth und die Bergbaugewerkschaft Billingsdorf besichtigt. Am 9. Oktober 1921 wurde das Ybbstaler Kohlenbergwerk De Mayo bei Lunz besichtigt. Am 12. Oktober 1921 erfolgte die Besichtigung der Kleinwohnungshäuser für die Bediensteten des städtischen Brauhauses. Weitere Besichtigungsfahrten fanden auch anlässlich der vorher bereits erwähnten Kongresse statt.

Gruppe I.

Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform.

Amtsführender Stadtrat Paul Speiser.

Die Höhe der Personalauslagen, insbesondere die Bedeutung, welche sie im Ausgabenbudget der Gemeinde haben, erfordert eine besonders sorgfältige Behandlung aller Personalangelegenheiten. In der Gruppe sind Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform mit besonderer Absicht vereinigt. Tatsächlich kann gesagt werden, daß die letztere Materie, über welche in der Öffentlichkeit so viel geschrieben und verhandelt wird, bei der Gemeinde unablässig im Auge behalten wird und daß Reformmaßnahmen aller Art bei jedem möglichen Anlasse verwirklicht werden. Hieher gehören z. B. die Bildung größerer Standesgruppen, um eine leichtere Anpassung an den jeweiligen Bedarf in einzelnen Ämtern und eine Verschiebung des Personals zu ermöglichen. So wurden die früheren Buchhaltungs-, Hauptkassen- und Steueramtsbeamten in einer neuen einheitlichen Standesgruppe, der der Rechnungsbeamten, vereinigt. Die Bildung einer großen Standesgruppe, der der mittleren Verwaltungsbeamten — ein Typus, der im deutschen Verwaltungsdienste bereits besteht — wird seit langem angestrebt und ist so weit gediehen, daß mit der Verwirklichung in der nächsten Zeit zu rechnen ist. Durch Änderungen in der Organisation, zweckmäßige

Einteilung der Dienstzeit, entsprechende Zuweisungen bei Dienstzweigen, in denen ein größerer Personalbedarf saisonweise besteht, wird die größte Ökonomie in der Verwendung des Personals angestrebt. Durch derlei Maßnahmen ist es gelungen, trotz mehrfach neu übernommener Agenden nicht nur Personalvermehrungen zu vermeiden, sondern auch einen Abbau von rund 27.000 Angestellten auf rund 25.000 Angestellte im Verwaltungsdienste durchzuführen. Diese ebenso im Interesse der Allgemeinheit wie der Angestellten selbst gelegenen Maßnahmen werden im Einverständnisse und unter Mitwirkung der Angestellten durchgeführt. Die Gemeinde hat in ihren Personalmaßnahmen insofern nicht die wünschenswerten volle Bewegungsfreiheit, als sie, um den Bundesbeitrag zum Personalaufwande nicht zu gefährden, im großen und ganzen an die Personalmaßnahmen des Bundes sich anlehnen muß. So wird auch die endgültige Regelung der Pensionsistenfrage erst jetzt, nachdem im Dezember 1921 das staatliche Pensionsgesetz beschlossen wurde, möglich.

Die Gruppe umfaßt auch alle Angelegenheiten der Angestelltenfürsorge. Abgesehen von der jeweiligen Anpassung der diesfalls bei der Gemeinde bestehenden Kranken- und Unfallfürsorge an die staatlichen Kranken- und Unfallversicherungsgeetze ist nunmehr auch eine eigene großzügige, die Angestellten und ihre Angehörigen sowie die Pensionsisten und deren Angehörige umfassende Krankenfürsorgeeinrichtung geschaffen worden.

Magistratsabteilung 1: Allgemeine Personalangelegenheiten.

Die sprunghafte Teuerung aller Bedarfsartikel hatte zur Folge, daß die Bezüge der städtischen Angestellten dreimal durch Regulierungen erhöht werden mußten. Die Wirkung dieser Maßnahmen auf die Gemeindefinanzen kann am besten ermessend werden, wenn man die Erhöhung des Personalbudgets in Betracht zieht; das Gesamtjahreserfordernis für die aktiven Angestellten (mit Ausschluß jener der städtischen Unternehmungen) und für die Lehrpersonen, das im Juli 1920 noch rund $\frac{3}{4}$ Milliarden Kronen betrug, ist durch die Zuliregulierung 1921 auf mehr als $3\frac{1}{2}$ Milliarden angewachsen, die Kosten des Aufwandes für die Pensionsparteien sind von ungefähr 40 Millionen auf 460 Millionen gestiegen. Diese Ausgaben sind aber schon durch die seither gewährten regelmäßigen monatlichen Mehrzahlungen weit überholt. Das Personalbudget stellt sich nach den im Dezember 1921 gewährten Mehrzahlungen auf mehr als 20 Milliarden jährlich.

Die Personalpolitik der Gemeinde im abgelaufenen Jahre ist gekennzeichnet durch die vorläufig allerdings nur schrittweise durchgeführte Abkehr vom Alimentationsprinzip, die im teilweisen Abbau der Familienstandszulagen, dem geringeren Ausbau der Teuerungszulage gegenüber dem Gehalte und in der Besserstellung der leitenden Beamten zum Ausdruck kam. Auch wurden zahlreiche außerordentliche Beförderungen vorgenommen.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die mit einzelnen Angestelltenkategorien, insbesondere bei den städtischen Unternehmungen abgeschlossenen Kollektivverträge wiederholt mit erhöhten Ansätzen erneuert wurden; die Bezüge dieser Angestellten sind den Löhnen, die in der verwandten Privatindustrie gezahlt werden, angeglichen.

Magistratsabteilung 2: Individuelle Personalangelegenheiten.

Seit 29. Juli 1920 besteht eine besondere Abteilung des Magistrates für die Behandlung der individuellen Personalangelegenheiten. Der Tätigkeitskreis dieser Magistratsabteilung umfaßt alle jene Agenden, die sich aus dem Dienstverhältnisse des einzelnen Angestellten (Lehrers) ergeben, soweit nicht die Zuständigkeit der Dienststelle in Betracht kommt. Infolge der durch die Zeitverhältnisse bedingten immer häufiger eintretenden Gehalts- und Gebührenregelungen sowie durch die Änderungen der Gruppeneinteilung und Einreihung der Angestellten (Lehrer), die hinsichtlich der Lehrpersonen die Abänderung der bezüglichen Gesetze zur Folge hat, erfahren die Geschäfte der Abteilung eine stete Steigerung. Die Zeitverhältnisse verursachten schließlich auch eine wesentliche Zuanpruchnahme des Dienstgebers hinsichtlich der Gewährung von Gehaltsvorläufen, Aushilfen und Jahresgaben.

Magistratsabteilung 3: Angestelltenfürsorge.

Auf dem Gebiete der Krankenfürsorge für die städtischen Arbeiter und Bediensteten wurde eine Reihe von Fürsorgemaßnahmen getroffen. Die Krankenunterstützung nach einer Krankheitsdauer von 26 Wochen wurde zunächst von 20 auf täglich 30 K zuzüglich einer Teuerungszulage von 10 K erhöht, dann für weitere 26 Wochen in der Höhe des jeweiligen Lohnes, jedoch im Höchstmaß von 100 K, vermehrt um 50 K Teuerungszulage, zusammen also mit täglich 150 K festgesetzt. Desgleichen zwang die fortschreitende Entwertung der Krone zu einer Erhöhung des Begräbnisgeldes. Die mindeste Grenze des selben mit 80 K wurde fallen gelassen und das Begräbnisgeld einheitlich mit 1500 K festgesetzt. In einem späteren Zeitpunkte wurde es auf das 45fache des als Krankenunterstützung gewährleisteten Lohnbezuges, höchstens aber mit 3600 K bestimmt.

Den Unfallrentnern und deren Hinterbliebenen wurde eine Teuerungszulage gewährt, die mit Gemeinderatsbeschuß vom 15. April 1921 eine nicht unwesentliche Erhöhung erfuhr. Die gleiche Teuerungszulage wurde den Straßenbahnbediensteten gegeben. Um Unfallrentner, welche in Notlage geraten waren, unterstützen zu können, wurde ihnen ein Vorschuß auf die Unfallrente bis zu 1000 K und solchen Unfallrentnern, welche keinen Anspruch auf eine Teuerungszulage haben, eine Notstandsausilfe bis zum Höchstbetrage von 300 K in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember gewährt. Die Bestimmungen der VI. Novelle zum Unfallversicherungsgesetze wurden gemäß einem Gemeinderatsbeschuße auch auf die städtischen Bediensteten ausgedehnt. Hierdurch wurde die Höchstgrenze des anrechenbaren Jahresarbeitsverdienstes mit 48.000 K und die einmalige Zuwendung an die Hinterbliebenen im Falle eines tödlichen Unfalles mit 1500 K festgesetzt.

Für die Arbeitslosenversicherung leistete die Gemeinde einen Beitrag von 125.000 K, der dann infolge der Erhöhung der Beiträge auf 225.000 K erhöht wurde.

Gruppe II.

Finanzwesen.

Amtsführender Stadtrat Hugo Breitner.

Der 1. Juli 1920 brachte für die Finanzverwaltung der Gemeinde Wien eine einschneidende Änderung. Gestützt auf die in Berlin gewonnenen Erfahrungen wurde mit dem alten, dem modernen Zeitgeiste einer demokratischen Verwaltung nicht Rechnung tragenden System gebrochen und zu Reformen geschritten, die besonders in der Finanzgruppe die Verührung mit den weitesten Schichten der Bevölkerung zur Pflicht machten. Die Schaffung verantwortlicher Stellen aus dem Kreise der freigewählten Vertreter der Stadt Wien war in der Finanzverwaltung von ganz besonderer Wichtigkeit, weil keine andere Verwaltungsgruppe so tief ins Wirtschaftsleben des einzelnen wie auch der Gesamtheit einschneidende Maßnahmen zu treffen hat, als gerade die Steuerverwaltung. Allerdings brachte diese Neuerung schon von dem Gesichtspunkte bedeutende Schwierigkeiten mit sich, als auch bei der Aufstellung des Hauptvoranschlages das alte auf der Kameralistik fußende System fallen gelassen wurde und der Voranschlag für das Jahr 1920/21 nach den neu geschaffenen Verwaltungsgruppen des Magistrates umzuarbeiten war. Da diese Aufgabe wegen ihrer Schwierigkeit nicht im Laufe des alten Verwaltungsjahres beendet werden konnte, ergab sich mit 1. Juli 1920 die Notwendigkeit eines ganz kurzen Budgetprovisoriums.

Erst im Laufe des Juli 1920 konnte der Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1920/21 vom Finanzausschuße, dem Stadtsenate und Gemeinderate erledigt werden. Das gesamte Erfordernis war mit K 2.559.082.140.— veranschlagt, die eigenen Einnahmen bezifferten sich auf K 1.079.862.260.—, so daß sich ein unbedecktes Mehrerfordernis von K 1.241.124.710.— ergab. Dieser Abgang wurde durch eine Erhöhung der Zuschläge zu den direkten Steuern, durch eine Erhöhung der Mietzinsabgabe und die Einführung neuer Abgaben mit einem Gesamtbetrage von K 316.000.000.—, durch einen einmaligen Staatszuschuß auf Grund des Gemeindeüberweisungsgegesetzes von K 126.000.000.—, durch die Aufnahme eines

5½% verzinslichen, 5jährigen Staatsdarlehens im Betrage von K 350.000.000,—, zusammen also im Betrage von K 792.000.000,— gedeckt, während der Restbetrag von K 449.043.210,— durch eine Kreditoperation zu decken war.

Den mit der Finanz- und Abgabeverwaltung betrauten Magistratsabteilungen 4 und 5 erwuchsen somit durch die Erhöhung von bestehenden Gemeindeumlagen als auch durch die Ausarbeitung neuer Steuerprojekte im Monate Juli bedeutende Arbeiten. Als Ergebnis dieser Arbeiten wurde mit dem Gesetze vom 4. August 1920 die Zuschläge zu der allgemeinen Erwerbssteuer auf 300%, die Zuschläge zur besonderen Erwerbssteuer auf 200% und die Zuschläge zu der auf Grund von Bekenntnissen veranlagten Rentensteuer auf 300% erhöht. Mit dem Gesetze vom 4. August 1920 wurden die Abgabefälle der Mietzinsabgabe einer Erhöhung unterzogen, die in der letzten Stufe bis zu 300% des Mietzinses stieg. Das Gesetz vom 4. August 1920, betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe von bestimmten Erwerbsunternehmungen (Konzessionsabgabe), geht auf den Grundgedanken zurück, daß besonders die Inhaber von Konzessionen, die an den Lokalbedarf gebunden sind, unentgeltlich einen gewissen Schutz vor freier Konkurrenz genießen und durch Verleihung einer Konzession in den Besitz eines Vermögenswertes gelangen, der im weiteren Verkehre sich als äußerst hoch bewertetes Verkaufs- oder Pachtobjekt darstellt. Es erschien daher berechtigt, für die Zwecke der öffentlichen Verwaltung gerade von diesen geschützten Unternehmungen eine Abgabe zu verlangen. Sie wurde gegliedert in eine Jahresabgabe, abgestuft nach den Erwerbssteuerklassen und in eine Übertragungsabgabe in der Höhe der vierfachen Jahresabgabe.

In dem Gesetze vom 4. August 1920, betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe von der Haltung von Hauspersonal wird den Haushaltungsvorständen, deren Einkommensverhältnisse die Haltung von zwei oder mehreren Hausgehilfen gestatten, eine Jahresabgabe vorgeschrieben, die für die zweite Hausgehilfin 600 K und für jede weitere Hausgehilfin um 600 K mehr beträgt. Bei männlichen Hausgehilfen beträgt die Abgabe das Doppelte.

Das Gesetz vom 4. August 1920, betreffend die Einhebung einer Abgabe von Speisen und Getränken in Luginsrestaurants, verpflichtet die Inhaber von als Luginsbetrieben erklärten Unternehmungen, eine 10%ige Abgabe von dem für verabreichte genussfertige Speisen und Getränke erzielten Erlöse an die Gemeinde Wien zu leisten.

Das Gesetz vom 4. August 1920, betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe für öffentliche Fürsorgezwecke, geht von der Erwägung aus, daß es recht und billig sei, wenn der Gemeinde zu den ungeheuren Lasten, die ihr durch die Erfüllung sozialer Verpflichtungen auferlegt sind, gerade aus jenen Kreisen Beiträge geleistet werden, die um des Erwerbes willen fremde Arbeitskräfte beschäftigen, da sich die Fürsorge der Gemeinde zum großen Teile auf Personen erstreckt, die, nachdem sie Jahrzehnte lang in fremden Diensten standen, schließlich erwerbsunfähig geworden sind. Dieses Gesetz legt allen jenen Unternehmungen, die um des Erwerbes willen fremde Arbeitskräfte beschäftigen, eine Gemeindeabgabe von 2% von den an diese Arbeitskräfte entrichteten Lohnsummen auf.

Zu diesen Abgabegesetzen wurden vom Magistrate auch die erforderlichen Durchführungsvorordnungen ausgearbeitet. Die Durchführung der Speisen- und Getränkeabgabe und der Hauspersonalabgabe wurde bei der Magistratsabteilung 4/5 zentralisiert, hingegen wurde die Veranlagung der Konzessionsabgabe und die Fürsorgeabgabe den magistratischen Bezirksämtern und bzw. der Magistratsabteilung 6 übertragen.

Am 15. August wurde ein Teilbetrag von 100 Millionen Kronen des im I. Halbjahr 1920 mit Gemeinderatsbeschuß vom 26. April 1920 aufgenommenen ersten Wechselkredites prolongiert. Diese Kreditoperation wiederholte sich am 15. November 1920. Am 16. Februar wurde diese Schuld abgestoßen. Ein zweiter Teilbetrag dieses Wechselkredites per 90 Millionen Kronen wurde am 1. Jänner 1921 prolongiert und mit Ende März vorzeitig zur Einlösung gebracht. Der aus diesem ersten Wechselkredit per 200 Millionen Kronen noch erübrigende Restbetrag von 10 Millionen Kronen wurde zugleich mit dem zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 17. September 1920 aufgenommenen zweiten Wechselkredites per 300 Millionen Kronen in Akzepten auf die Elektrizitätswerte, die städtischen Gaswerke und die Holzstelle am 30. September 1920 begeben, am 30. Dezember 1920 prolongiert und bereits am 29. März 1921 zur endgültigen Abtossung gebracht. Die Wechselkredite hatten hauptsächlich den Zweck, den städtischen Unternehmungen Betriebskapitalien zur Anlage der Kohlenvorräte zu schaffen.

Das Ende des Jahres 1920 stellte die Finanzverwaltung der Gemeinde Wien vor die durch die Trennung Wiens von Niederösterreich sich ergebenden Probleme. Neben einer Vergrößerung des Wirkungsbereiches der Magistratsabteilung 4/5 durch Übernahme von Agenden der bisherigen Landesfinanzverwaltung ergab sich die Aufgabe, Einnahmequellen zu erschließen, aus denen die auf die Gemeinde Wien entfallende 70%ige Beitragsquote zu den gemeinsamen Angelegenheiten getragen werden sollte. Von den bisherigen Geschäften

der Landesregierung wurden der Magistratsabteilung 4/5 die Spartassenangelegenheiten und die finanzielle Gebarung bezüglich der dem Lande Wien im übertragenen Wirkungsbereiche auferlegten Verpflichtungen. Bezüglich der früher erwähnten materiellen Vorfragen beschäftigten aufs neue gesetzgeberische Aufgaben die Magistratsabteilung 4/5. Vor allem war die gesetzliche Ermächtigung zu schaffen, die bisher vom Lande Niederösterreich eingehobenen Zuschläge zu den direkten Steuern nunmehr auf Rechnung des Landes Wien zur Einhebung bringen zu können, was mit Gesetz vom 20. Dezember 1920 geschah. Zur weiteren teilweisen Deckung der Kosten der gemeinsamen Verwaltung wurde mit Gesetz vom 30. Dezember 1920 an eine Novellierung der Lustbarkeitsabgabe geschritten, durch welche die bisherigen Landes- und Gemeindeabgaben in eine Steuer zusammengezogen wurden, wobei gleichzeitig eine Ermäßigung der Abgabe von ersten Veranstaltungen (klassische Theateraufführungen u. dgl.) eintrat (bisher Gemeindeabgabe 5%, Landesabgabe 10%, zusammen 15%, nunmehr allein eine Gemeindeabgabe von 10%). Ebenso mußten die bisher angegebenen Zuschläge zu den staatlich festgesetzten Gebühren von Totaliseur- und Buchmacherwerten in ihren Grundlagen geändert werden.

An Stelle der bisherigen Hundesteuer von 20 Kronen wurde mit Gesetz vom 14. Jänner 1921 für das Halten von Hunden eine Abgabe eingeführt. Dieselbe beträgt für Lughunde K 3000.—, für alle anderen Hunde K 100.—. Ebenso hat das Gesetz vom 14. Jänner 1921, betreffend die Einhebung einer Abgabe von freiwilligen Feilsbietungen, die schon früher auf Grund veralteter gesetzlicher Bestimmungen zur Einhebung gebrachten Armenprozente auf eine moderne Grundlage gestellt.

Im Jahre 1921 mußte auch an die Durchführung der im Voranschlage pro 1920/21 vorgesehenen Kreditaktion geschritten werden. Die mit dem Bankenkonsortium für die Anlehensgeschäfte der Stadt Wien eingeleiteten Verhandlungen ergaben ein Anbot der erwähnten Bankenvereinigung, worin sich dieselbe bereit erklärte, der Gemeinde sowohl einen weiteren dritten Wechselkredit in der Höhe von 500 Millionen Kronen einzuräumen, als auch eine weitere Kreditoperation dadurch zu ermöglichen, daß sie sich verpflichtete, einen noch später zu bestimmenden Teilbetrag eines von der Gemeinde aufzunehmenden 5%igen 1000 Millionen Kronen-Anlehens zum Kurse von 92 optionsweise zu übernehmen. Ein großer Teil dieser Anlehenssumme war zur Gewährung von Investitionskrediten an die drei großen städtischen Unternehmungen bestimmt. Als am 16. August 1921 die Vorarbeiten für die Begebung des Anlehens beendet waren, optierte das Bankenkonsortium zunächst auf 500 Millionen und am 19. November, da sich die Subskription sehr günstig entwickelten, auf weitere 65 Millionen Kronen. Am 21. November 1921 erfolgte die Notierung dieses Anlehens an der Wiener Börse. Die sich immer mehr ausbreitende Verschlechterung des Kurswertes der österreichischen Krone und die damit im Zusammenhang stehende riesenhafte Vermehrung der Ausgaben, zwangen die Gemeinde im Jahre 1921 zu einer weiteren Ausgestaltung ihres Abgabensystems. Die schon einmal bis zur Verhandlung im Stadtsenate gediehene Vorlage eines Entwurfes einer Automobilsabgabe wurde nunmehr, nachdem die Regierung ihre Bedenken dagegen fallen gelassen hatte, mit Gesetz vom 11. Februar 1921 erliebt. Hiernach mußte für Kraftwagen, die ihren Standort in Wien hatten, vom Eigentümer eine Abgabe entrichtet werden, deren Höhe sich je nach der Zahl der Pferdekräfte des Motors richtete.

Eine weitere Steigerung der Gemeindecinnahmen wurde durch die gänzliche Neuregelung der Mietzinsabgabe erzielt. Die bisherige Gleichstellung von Wohnungen und anderen Mietobjekten wurde mit dem Gesetze vom 4. März 1921 aufgelassen; bei Wohnungen wurde der höchste Abgabesatz bereits bei 29.000 K Mietzins erreicht, bei Geschäftstotalen erst bei 49.000 K. Bei beiden Gruppen erreichte der höchste Steuerfuß den Betrag von 500% des Mietzinses. Als neue Einnahmequelle wurde dem Gemeinderate der Entwurf einer Abgabe vom Entgelte für Untermieten vorgelegt, der mit dem Gesetze vom 11. März 1921 Geltung erlangte. Darnach hat jeder Mieter von dem für die Weitervermietung vereinnahmten Entgelte pro Monat eine 10%ige Abgabe zu entrichten. Die Veranlagung und Einhebung dieser Abgabe wurde den Bezirksämtern überwiesen. Als letzte Verstärkung der Gemeindecinnahmen wurde mit Gesetz vom 11. März 1921 die Fürsorgeabgabe auf 4% erhöht.

Sinnsichtlich der Einlösung der am 15. Mai 1921 fälligen 65 Millionen Mark-Ressenscheine wurde mit der Deutschen Bank ein Übereinkommen erzielt, wonach einerseits die Anlehensverbindlichkeiten in eine Kontokorrentschuld von 65 Millionen Mark umgewandelt und die Modalitäten der Einlösung der Stücke festgesetzt wurden. Am 17. Mai 1921 begannen die Verpfändungen des diesmalig bloß für das II. Halbjahr 1921 aufgestellten Voranschlages, der im Juni von den maßgebenden Körperschaften erliebt wurde. Der Voranschlag sah ein Gesamterfordernis von 4.662.133.310 K vor, welchen Eigeneinnahmen in der Höhe von 2.893.283.400 K entgegenstanden, so daß sich ein unbedecktes Erfordernis von

1.768.849.910 K ergab. Davon erschienen gedeckt durch Anlehen und sonstige Einnahmen 388.500 K, so daß ein Gebärungsabgang von 1.768.461.410 K verblieb.

Dieser war zu bedenken: durch eine Kreditoperation 1.000.000.000 K, durch Überweisung aus den Kassabeständen 500.000.000 K und aus dem Ertrage der Luxuswarenabgabe und einer neu zu schaffenden Abgabe von Geschäftsübertragungen 268.461.410 K.

Gleich nach Abschluß der Vorarbeiten für den Voranschlag waren vom Magistrat wegen der Bedeckung des Abganges Verhandlungen mit der Regierung eingeleitet worden, die endlich das Ergebnis zeitigten, daß der lang gehegte Plan einer Warenumsatzsteuer mit der Beschränkung auf Luxuswaren der Verwirklichung zugeführt wurde. Die Abgabe wurde, nach langen Verhandlungen mit den Kaufleuten am 22. Juni 1921 vom Gemeinderate als Landtage genehmigt. Durch dieses Gesetz wurde der Verkauf von Luxuswaren, die in einer genauen Liste angeführt sind, mit einer 7%igen Steuer belegt. Das Gesetz trat erst am 18. September nach Schluß der 1. Wiener Messe in Wirksamkeit. In der Zwischenzeit wurde mit dem Gesetze vom 15. Juli 1921 die Novellierung der Feilbietungsabgabe durchgeführt. Als bedeutenderes Ereignis finanzieller Natur ist die Einführung der am 1. August 1921 fällig gewordenen 200 Millionen Kronen-Schatzscheine-Anleihe vom Jahre 1919 zu erwähnen.

Mit Ende September wurde der Wirkungskreis der Magistratsabteilung 4 um ein bedeutendes Stück erweitert. Das Überhandnehmen der Spekulationen in fremden Zahlungsmitteln und die große Verschiebenheit in der Handhabung der Strafbestimmungen der Devisenordnung veranlaßte das Bundesministerium für Finanzen, an den Magistrat mit der Anregung heranzutreten, bei einer Abteilung das Strafverfahren zu zentralisieren. Die Magistratsdirektion hat diesem Wunsche entsprochen und diese Ägenden der Magistratsabteilung 4 zugeteilt.

In den Schluß der Berichtsperiode fielen auch die Verhandlungen mit der Bundesregierung bezüglich der Neuordnung des Steuern- und Abgabensystems zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden.

Hierbei geht das Streben der Bundesregierung, welches in dem im Nationalrate eingebrachten Entwurfe des Bundesfinanzgesetzes zum Ausdruck gebracht wurde, dahin, eine Einheitlichkeit in die Steuergesetzgebung, ganz besonders auch auf dem Gebiete der Getränkesteuern herbeizuführen, welches Bestreben auch von der Gemeindeverwaltung als richtig anerkannt wurde. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich die Gemeindeverwaltung auch entschlossen, diesen Bestrebungen keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen und, wenn gleich sie hieraus eine nicht unerhebliche Einbuße erlitt, auf die weitere Einhebung der ihr kraft der bestehenden Abgabengesetze zukommenden Abgaben auf Bier, Wein, Schaumwein und gebrannte geistige Getränke vom 1. Dezember 1921 an gegen eine Beteiligung an dem Ertrage der Getränkesteuern des Bundes zu verzichten.

Die nachstehend im Gemeindevoranschlage für das Jahr 1922 enthaltene Tabelle über die in den Verwaltungsjahren 1919/20, 1920/21 und II. Halbjahr 1921 geschaffenen Abgaben bietet ein Bild über die ungeheuren Anstrengungen, welche die Gemeindeverwaltung in diesem Zeitraum machen mußte, um das durch die infolge des Krieges und des Zusammenbruches eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse arg gefährdete Gleichgewicht des Gemeindehaushaltes aufrecht zu erhalten.

Für das Jahr 1922 sind an Gemeinde- und Landesabgaben veranschlagt:

Kanzleitägen der Gemeinde Wien und des Landes Wien 10.000.000 K,

Augenscheinstagen aus Anlaß von Bauherstellungen durch Private und für verschiedene andere in dem Wirkungsbereiche der Gemeinde Wien gelegenen Amtshandlungen 4.800.000 K,

Beiträge der Feuerversicherungsanstalten 17.000.000 K,

Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften im Gebiete der Stadt Wien 60.000.000 K,

Gemeindeabgabe vom gemeinen Bodenwerte (Bodenwertabgabe) im Gebiete der Stadt Wien 20.000.000 K,

Gemeindeabgabe von höheren Mietzinsen im Gebiete der Stadt Wien 400.000.000 K,

Gemeindeabgabe vom Entgelte für Untermieten im Gebiete der Stadt Wien (Untermietabgabe) 50.000.000 K,

Gemeindeabgabe von Vorführungen, Wettbewerben und Beschäftigungen in der Stadt Wien (Luftbarkeitsabgabe) 500.000.000 K,

Gemeindeabgabe von gewerbmäßiger Vermietung von Wohnräumen (Fremdzimmerabgabe) im Gebiete der Stadt Wien 500.000.000 K,

Gemeindeabgabe für öffentliche Ankündigungen im Gebiete der Stadt Wien 20.000.000 K,

Gemeindeabgabe von Pferden für Personenbeförderung (Pferdeabgabe) im Gebiete der Stadt Wien 1.150.000 K,

Gemeindeabgabe für das Halten von Hunden in der Stadt Wien 10,000,000 K,
 Gemeindeabgabe für öffentliche Fürsorgezwecke im Gebiete der Stadt Wien (Fürsorgeabgabe) 3,000,000,000 K,
 Gemeindeabgabe von der Haltung von Hauspersonal im Gebiete der Stadt Wien (Hauspersonalabgabe) 25,000,000 K,
 Gemeindeabgabe von der Verabreichung von Speisen und Getränken in Lugsbetrieben 150,000,000 K,
 Gemeindeabgabe von bestimmten Erwerbsunternehmungen im Gebiete der Stadt Wien (Konzessionsabgabe) 22,000,000 K,
 Abgabe von freiwilligen Teilbietungen in der Stadt Wien (früher Gemeindeabgabe von freiwilligen Versteigerungen in der Stadt Wien) 50,000,000 K,
 Abgabe von Kraftwagen in Wien 250,000,000 K,
 Landesabgabe von dem Verkaufe bestimmter Waren und von dem Entgelte für bestimmte Leistungen in der Stadt Wien (Lugswarenabgabe) 2,000,000,000 K,
 Gemeindeabgabe von Anzeigen aller Art in Zeitungen und sonstigen in Wien erscheinenden Blättern, Schriften oder Druckwerken (Anzeigen-Abgabe) 150,000,000 K,
 zusammen 7,239,950,000 K.

Die Steuereingänge im Verwaltungsjahre 1920/21 betrugen insgesamt 4,451,224,000 K, d. i. das 16fache des letzten Friedensjahresertrages 1913 per 262,508,000 K. — Von diesem Betrage entfallen auf Bundessteuern 3,112,173,000 K, auf Zuschläge des Landes N. O. 142,481,000 K, des Landes Wien 51,520,000 K, für die Gemeinde an Zuschlägen und sonstigen mit den Steuern gemeinsam verrechneten Abgaben 1,010,530,000 K, ferner an Beiträgen für die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie 27,867,000 K, für den Fortbildungsfond 8,967,000 K, für das Gremium der Wiener Kaufmannschaft 995,000 K, für den Wiener Krankenanstaltenfond 15,443,000 K und für die Gewölbewache 1,367,000 K. Der Rest betrifft mit Schluß des Verwaltungsjahres noch nicht definitiv verrechnete Beträge. Die ertragsreichste Steuer ist die Einkommensteuer, welche mit 1,325,180,000 K das 33fache der Einzahlung 1913 erreicht, während die früher ergiebigste Steuer, die Hauszinssteuer, mit 72,990,000 K, infolge des Mieterschutzes und der gehemmten Bautätigkeit in der gleichen Zeit nur um 41% gestiegen ist. Die Gesamtsumme der in der Zeit vom 1. Juli 1921 bis 30. September 1921 einbezahlten Steuergelder beträgt 2,193,140,000 K, wovon der Bund mit 1,542,959,000 K, das Land Niederösterreich mit 20,159,000 K, das Land Wien mit 26,875,000 K und die Gemeinde mit 564,025,000 K beteiligt ist. Der Rest entfällt auf die vorerwähnten Körperschaften.

Das Gesetz vom 21. Juli 1920 brachte die einmalige große Vermögensabgabe, die aber bisher nicht veranlagt wurde. An Vorauszahlungen auf dieselbe wurden bei den städtischen Kassen 290,883,000 K einbezahlt, diese Ziffer zeigt nur ein Teilergebnis, weil auch die Bundeskassen und Bankanstalten als Einzahlungsstellen fungierten.

III. Gruppe.

Fürsorgereferat.

Amtsführender Stadtrat Professor Dr. Julius Tandler.

Die Wohlfahrtspflege der Gemeinde Wien umfaßt nicht nur ein Drittel der gesamten Bevölkerung des Bundesstaates, sondern auch gerade jenen Teil der Bevölkerung, welcher einer besonders wirksamen Wohlfahrtspflege deshalb bedarf, weil hier wie in jeder Großstadt die Menschen unter den am wenigsten hygienischen Bedingungen zusammengepfercht sind. Schon unter normalen Verhältnissen eine ungeheure Aufgabe, unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen, belastet mit den Auswirkungen des Krieges, eine geradezu gigantische Arbeit! Dazu kommt noch, daß in sehr vielen Gebieten der Wohlfahrtspflege vor dem Kriege die ersten Anfänge wohl geschaffen waren, daß aber der Ausbau durch den Krieg vollkommen unterbrochen und lahmgelegt wurde. Diese Umstände machen es begreiflich, daß die der Wohlfahrtspflege dienenden Magistratsabteilungen mit Arbeit mehr als überhäuft waren und daß alle in der Wohlfahrtspflege mitarbeitenden Menschen ihr Bestes leisten mußten, sollte ein vollständiger Zusammenbruch vermieden werden. Man kann

heute allen Beteiligten nicht nur für ihre Arbeitsleistung in ganz gerechter Weise öffentlich Dank sagen, sondern ihnen auch das Genugtuung gebende Zeugnis ausstellen, daß nicht nur der Zusammenbruch vermieden wurde, sondern daß weitausgreifende Reformen geschaffen oder angebahnt wurden. Wenn dieselben auch noch nicht in jeder Beziehung für den Fernstehenden durchsichtig sind, so sind ihre Auswirkungen doch schon erkennbar. Das gesamte Wohlfahrtswesen der Stadt Wien hat nicht nur — wie es seine Pflicht ist — einer großen Menge von Menschen gebient und geholfen, viele von ihnen gerettet, sondern es wurde auch auf eine ganz neue Basis gestellt und von Grund auf reformiert. Alle diese Reformen sind diktiert von einer vernünftigen zielstrebigen Bevölkerungspolitik, welche losgesagt von allen Sentimentalitäten ganz dem Gebote der Humanität gehorchend berufen sein wird, Hervorragendes zu leisten.

Mir, als verantwortlichem Leiter des Wohlfahrtswesens unserer Stadt, der ich vom Standpunkte praktischer Bevölkerungspolitik ausgehend diese Reformen durchzuführen habe, geziemt es, an dieser Stelle, allen Beamten und Angestellten, welcher Kategorie immer, die mich in der bisherigen Arbeit in geradezu selbstopfernder Weise unterstützt haben, öffentlich Dank zu sagen! Wenn auch das Verdienst des einzelnen wenig hervorleuchtet, so dienen wir doch alle in einer Reihe der hohen Aufgabe der Wiederaufrichtung unserer Volkswohlfahrt.

Magistratsabteilung 7: Jugendamt.

In Auswirkung der Verfassungsreform der Gemeinde Wien und der sich daran anschließenden Neugestaltung der Geschäftseinteilung für den Magistrat Wien wurde die Wirtschaftsführung des Jugendamtes durchgeführt, indem die vom Jugendamte verwalteten Lager an das Wirtschaftsamt, das Fuhrwerk an den städtischen Fuhrwerksbetrieb übergeben und das an Stelle des aufgelösten Jugendheimes Oberhollabrunn getretene Jugendheim St. Andrä a. D. Traisen, das Erziehungsheim für Kinder des Mittelstandes, die Kinderherbergen, die Heimstätte „Bellevue“ sowie die Heilanstalten Bad Hall, Sulzbach-Tschl und San Pelagio der Magistratsabteilung 9 unterstellt wurden und dem Jugendamte nur die Aufnahme und Entlassung der Kinder, die Einbringung der Verpflegskosten und die Rechtsfürsorgeangelegenheiten dieser Kinder, insbesondere deren vormundschaftliche und gerichtliche Vertretung vorbehalten blieben. Das Jugendheim Oberhollabrunn wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen noch von der Magistratsabteilung 7 liquidiert, und zwar in der Zeit zwischen 1. März bis 30. Juni. Im Zusammenhange mit der Lösung der nicht fürsorgerischen Geschäfte vom Jugendamte erfolgte eine Neuordnung des Kassen- und Berechnungsdienstes des Jugendamtes durch Auflösung der besonderen Zahlstellen desselben, Umgestaltung der Betriebsbuchhaltung Jugendamt zur Fachrechnungsabteilung IIIb, durch Neuordnung des Geschäftsganges beim Jugendamte in Richtung der Gebarung mit Geldbeihilfe, Sachbeihilfen, Liebesgaben, Elternbeiträgen, Vorschüssen und Darlehen, Verpflegskosten, Geldspenden sowie durch Einfügung der rechnungs- und kassenmäßigen Verwaltung der Mündelgelder in die allgemeine Rechnungs- und Kassenordnung unter Aufstellung einer der Eigenart der Gebarung mit den Mündelgeldern Rechnung tragenden besonderen (probeweisen) Geschäftsanweisung. Zweck Herstellung einer innigen Arbeitsgemeinschaft zwischen den Wohlfahrtsabteilungen des Magistrates (Abt. 7—12) wurden diese Abteilungen unter der Oberleitung des amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe III zum „Zentralen Wohlfahrtsamt“ verbunden und jedes Bezirksjugendamt durch die Abordnung eines Vertreters in den Bezirkswohlfahrtsausschuß eingegliedert, um die erforderliche Verbindung mit den verschiedenen städtischen Wohlfahrtsanstalten und der freiwilligen Fürsorge herzustellen und das zusammenhanglose Nebeneinander der verschiedenen Einrichtungen und eine Zersplitterung der Arbeit und Mittel zu vermeiden. Die zentrale Unterhaltsabteilung und die Erstattungsabteilung wurden aufgelöst und die Geschäfte der genannten Abteilungen an die zuständigen Bezirksjugendämter dezentralisiert. Hingegen wurde im Zusammenhange mit einer Neuorganisation der Geschäfte der zentralen Anstaltsabteilung die Ziehkinderaufsicht über die in privaten Anstalten untergebrachten Kinder der genannten Anstaltsabteilung übertragen. Einer neueregelnden Revision wurden insbesondere unterzogen: der zentrale Zustelldienst im Verkehr zwischen den Bezirksjugendämtern untereinander und mit der Magistratsabteilung 7 und der genannten Stellen mit dem Rathause, die Aktenverzeichnisung.

und Altenbildung bei den Bezirksjugendämtern, die wichtigsten Formulare der Fürsorge und Berufsvormundschaft. Im Zuge befindet sich eine Revision der Geschäfte der Jugendfürsorgestatistik des Amtes und sonstiger Geschäftsordnungsfragen.

Im Rahmen der allgemeinen Geschäfte des Jugendamtes als von besonderer Bedeutung sei hervorgehoben: Mit Gemeinderatsbeschluss vom 9. Mai erfolgte die allgemeine Einführung der Schulfürsorge. Diese wird nun in Verbindung mit der sonstigen Jugendfürsorge durch die Fürsorgerin eines jeden der unter Bedacht auf die Bezirksjugendamtssprengel gebildeten 132 das Weichbild von ganz Wien erfassenden Sprengel besorgt. Die Ziehkinderaufsicht wurde weiter ausgedehnt, so daß bereits ein guter Teil der Ziehkinder vom Jugendamte erfasst ist. Um der Verwahrlosung der Jugend nach Kräften zu steuern, wurde das Jugendamt zur Mitarbeit bei der Jugendgerichtshilfe herangezogen. An Stelle des aufgelösten Jugendheimes in Oberhollabrunn wurde in St. Andrä a. d. Traisen ein Jugendheim mit einem Besagraum für 150 männliche Jugendliche zur Aufnahme der Jugendamtskinder geschaffen. Die Übersiedlung der in Frage kommenden Zöglinge aus Oberhollabrunn nach St. Andrä a. d. Traisen erfolgte in der Zeit vom 24. Februar bis 28. Februar; die für St. Andrä nicht in Betracht kommenden Zöglinge wurden anderweitig untergebracht. Im V. Bezirk, Margaretengürtel 96, dann im X. Bezirk, Triesterstraße 114, und im XX. Bezirk Dammstraße 35, wurden städtische Kindergärten errichtet. Für die Sportplätze „Nicholson“ und „Ostmark“ wurde die Mitbenützung durch die Schuljugend erwirkt. Im IX. Bezirk, auf dem Krankenhausfondsgrund wurde ein Jugendspielfeld eröffnet und für die Kindergärten X., Herzgasse und X., Lagenburger Straße, auf dem Spielplatz X., Sonnleithnergasse 30, Sommerbetriebe eingerichtet. Auf dem Gebiete der Gesundheits-, insbesondere Erholungsfürsorge, war das Jugendamt bei der vom Hauptausschuß für gesundheitliche Jugendpflege und -fürsorge eingeleiteten Untersuchung sämtlicher vorzuschulpflichtigen Kinder tätig. Im Anschluß daran wurde die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge durch Zusammenarbeit mit dem Hauptausschuß unter Mithilfe der Gesellschaft der Freunde und ab 1. Juli unter Förderung durch das amerikanische Rote Kreuz organisiert. Dabei blieb dem Jugendamte insbesondere die Fürsorge für die gefährdeten Gruppen vorbehalten. Ferner wirkte es bei der Fürsorge der Society of friends (Frühmilschabgabe, Sachbeihilfen), des amerikanischen „Roten Kreuzes“ (Wascheausgabe), der amerikanischen Kinderhilfsaktion und des niederländischen Kinderhilfskomitees (Kleinkinderauspeisung), des argentinischen Hilfswerkes (Lebensmittelzubußen für stillende Mütter), des internationalen „Roten Kreuzes“ (Adoption safe the children fund) und bei der Unterbringung von erholungsbedürftigen Kindern im Ausland mit. An dem verdienstvollen Wirken des n.-ö. Jugendhilfswerkes (Nöjug), dem die Organisation der Erholungsfürsorge obliegt, nahm es regen Anteil.

Mit Beschluß des Gemeinderatsausschusses III vom 10. Februar wurden die berufsvormundschaftlichen Geschäfte des Jugendamtes auf die Bezirke IV—VI, XVII—XIX und XXI für alle nach dem 1. Jänner 1921 in Wien geborenen, von einem Wiener Bezirksgericht bevormundeten außerehelichen Kinder ausgedehnt. Nach einem weiteren Beschlusse dieses Gemeinderatsausschusses haben die Bezirksjugendämter die rechtliche Beratung bei den vom Hauptausschuß für gesundheitliche Jugendpflege und -fürsorge gemeinschaftlich mit dem österreichischen Bund für Mutterschutz errichteten Schwangerenberatungsstellen zu besorgen.

Im Gefolge der Liquidierung des Jugendheimes Oberhollabrunn, der Entwirtschaftlichung des Jugendamtes und der Neuordnung des Kassen- und Verrechnungsdienstes erfolgte ein weitgehender Abbau des Jugendamtspersonales.

Nicht uninteressant dürften einige Ziffern über die Fürsorgetätigkeit des Amtes sein. Dieses hatte am 30. September rund 6200 Minder-, 9000 Ziehkinder in Privatpflege (wobei die Minder-, die zugleich Ziehkinder sind, nicht mitgerechnet sind), 3600 Ziehkinder in Anstaltspflege, 9200 sonstige Schulkinder. Diese Ziffern weisen durchaus Dauer-Fürsorgefälle aus; einige tausend Fälle, die nur ein einmaliges oder nur vorübergehendes Einschreiten des Jugendamtes veranlassen, sind nicht gezählt. Der Erholungsfürsorge wurden im Sommer 1920 zugeführt rund 1400 Kinder, im Sommer 1921 rund 840 Kinder (davon 568 in Heimen, 272 in Tagesheimstätten). Ein Aufenthalt im Auslande wurde 8348 Kindern geboten. Die Kindergärten wurden von rund 5000 Kindern besucht.

Magistratsabteilung 8: Allgemeine Fürsorge.

Mit der neuen Geschäftseinteilung des Magistrates, die mit 1. Juni in Kraft trat, erhielt die Magistratsabteilung XI die Bezeichnung Magistratsabteilung 8. Ihr Wirkungsbereich wurde einerseits durch die Übernahme der Angelegenheiten der Rechtshilfsstelle für Bedürftige sowie der staatlichen Mittelstandsfürsorge, der Verleihung von Johannes- und Großarmenhaus-Stiftungsplätzen und der Armenlotterie erweitert, während die Behandlung der Angelegenheiten der lektwilligen Verfügungen und Vermächtnisse

zugunsten der Armen aus dem Geschäftsbereiche ausgeschieden wurden. — Die Durchführung der Armenlotterie wurde im Berichtsjahre einem vom Gemeinderatsausschusse III gewählten Unterausschusse übertragen. Infolge der allgemeinen Teuerung wurde der Lospreis von 1 Krone auf 5 Kronen erhöht. Der Reingewinn für die Armen der Stadt Wien belief sich auf rund 700.000 K.

Mit Rücksicht auf die gesteigerten, in den Zeitverhältnissen gelegenen Anforderungen die an die Armeninstitute gestellt werden und um eine Vereinheitlichung der Geschäftsgebarung herbeizuführen, wurde über Anregung des amtsführenden Stadtrates dieser Gruppe vom Gemeinderatsausschusse III die Abhaltung von Kursen für die Fürsorgeräte beschlossen, die in allen Wiener Bezirken in der Zeit vom 1. April bis Ende Juni durch Konzeptbeamte der in Betracht kommenden Magistratsabteilungen abgehalten wurden. Den Gegenstand der Vorträge bildete die Erörterung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, deren Kenntnis der Fürsorgerat in seiner Praxis benötigt. Die Kurse erfreuten sich regsten Besuches. Ebenfalls durch die Zeitverhältnisse begründet, war eine Erhöhung der Pflegegelder für die bei Privatpartien untergebrachten magistratischen Pflegekinder bis 180 K, für Kleinkinder und Säuglinge sowie in sonstigen berücksichtigungswürdigen Fällen bis 240 K monatlich. Für Wien wurden die Pflegegelder mit 200 und 300 K bemessen. Durch das fortgesetzte Sinken des Geldwertes waren aber auch diese Erhöhungen bald nicht mehr ausreichend und mußten Beiträge in der Höhe von 700 bzw. 1300 K gewährt werden. Hierbei wurde empfohlen, für Kinder bis zu 6 Jahren möglichst Pflegeparteien auf dem Lande zu gewinnen.

Ferner sei der Reform der städtischen Fürsorge Erwähnung getan, die von dem amtsführenden Stadtrate der Gruppe III angekündigt wurde. Den ersten Schritt dazu bedeuten die Leitsätze, die der Gemeinderatsausschuss III bereits angenommen hat. Sie lassen sich in folgende Leitgedanken zusammenfassen: Die Familie muß, wo es irgend möglich ist, in ihrem Bestande erhalten und geschützt werden. Die vorübergehende Hilfeleistung ist die wertvollste Fürsorgearbeit. Wo die Not oder die Gefahr der Not aus mehreren Ursachen stammt, gilt es, statt zweckloser, ja schädlicher, zersplitterter Hilfsarbeit zusammenfassend gleichzeitig Fürsorge zu leisten. Jede dauernde Unterstützung aus Mitteln der Gemeinde ist zur Sicherung ihres Erfolges durch eine planmäßige fürsorgerische Beratung der Unterstützten zu ergänzen. Diese Beratung hat bei arbeitsfähigen Erwachsenen ganz besonders deren Wiederbeschäftigung zur wirtschaftlichen Selbsterhaltung zum Ziele, bei Kindern bezweckt sie eine wohlgeordnete Pflege und Erziehung zur Sicherung ihrer künftigen Wohlfahrt. Völlig unentgeltlich darf die Hilfe nur jenen geboten werden, die zu ihrer Bewahrung und Aufzucht aus eigenen Mitteln gar nichts beisteuern können. Alle anderen sind ständig zur miltätigen Selbsthilfe durch eine angemessene Beitragsleistung anzuhalten, wann immer die öffentliche oder private Fürsorge ihre Einrichtungen und ihre gesuchten Kräfte bereitstellt.

Was die Auslagen, die die offene Armenfürsorge der Stadt Wien in der Berichtszeit erforderte, betrifft, so belief sich die Zahl der in ständiger Armenunterstützung stehenden erwachsenen Personen auf 34.445, die gewährten Unterstützungen, deren höchste monatlich 60 K betrug, erreichten den Betrag von rund 20.000.000 K. An Pflegebeiträgen und Pflegegeldern wurden rund 14.886.000 K verausgabt, die Zahl der unterstützten Kinder betrug zirka 12.000. An augenblicklichen Ausfällen wurden durch den Magistrat während der Berichtszeit rund eine halbe Million, durch die Fürsorgeinstitute rund 2 Millionen Kronen verabsolgt.

Magistratsabteilung 9: Heil- und Pflegeanstalten.

Durch Verfügung des Bürgermeisters wurden sämtliche städtische Humanitätsanstalten der Gemeinde Wien, behufs Erreichung einer einheitlichen Betriebsführung, der Magistratsabteilung 9 unterstellt.

Die fortschreitende Geldentwertung spiegelt sich in der Erhöhung der Verpflegungskosten wieder. Dieselben betrugen in den städtischen Versorgungshäusern ab 1. April 1920 40 K pro Kopf und Tag, ab 1. Dezember 1920 60 K pro Kopf und Tag, ab 1. März des Berichtsjahres 70 K, ab 1. Juli 120 K, ab 1. August 130 K und ab 1. Oktober 200 K.

Die wirtschaftliche Lage, insbesondere die Wohnungsnot brachte es mit sich, daß der Pflegsingsstand in den städtischen Humanitätsanstalten trotz großer Arbeitsmöglichkeit auch für teilweise Erwerbsfähige, keinen Rückgang auswies. Dagegen konnte die Bemerkung gemacht werden, daß mehr Kranke und Sieche die Aufnahme anstrebten. Um allen Anforderungen zu entsprechen, mußten, da die Bauverhältnisse Neubauten unmöglich machten, bereits bestehende Objekte als Versorgungshäuser eingerichtet werden. So wurde das Malariazentralspital, XIII., Mitteldorfer Straße 188 (ehemalige Landwehrstrasse) am 1. Oktober 1920 als Versorgungshaus Baumgarten (Besagraum 1100 Plätze) in Betrieb genommen. Außerdem wurde das aufgelassene III. städtische Waisenhaus IX., Gasseigasse 19 in ein Versorgungshaus für 150 weibliche Pflegslinge umgewandelt.

Im Jubiläumshospital werden, um das hohe Budget der Anstalt wenigstens einigermaßen herabzubringen, nunmehr auf Grund des neuen Krankenanstaltengesetzes für Spezialbehandlungen Taxen und Gebühren eingehoben (so für Röntgenbehandlung usw.). Die Lungenheilstätte Steinham wurde am 2. Juni von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht, welche die vorübergehende Einstellung des Betriebes der Anstalt nötig machte. Der angerichtete Schaden betrug mehr als 6 Millionen Kronen. Durch Einsatz aller verfügbaren Mittel gelang es, bereits nach zwei Monaten die Anstalt wieder in Betrieb zu setzen mit einem Bettenstand von 200. Die Anstalt wird nunmehr als Privatheilstätte der Gemeinde Wien betrieben. In dieser hat die Gemeinde Wien eine Reihe von vollkommenen Freiplätzen gestiftet, der Rest der Plätze wird gegen ganze oder teilweise Bezahlung der Verpflegskosten Einzelpersonen und Krankentassen überlassen.

Mit dem Abbau der staatlichen Ernährungsvorschriften und der teilweisen Besserung der allgemeinen Ernährungslage war es möglich, die in den Kriegsjahren unzulängliche Ernährung in den Versorgungshäusern nach und nach wieder den Friedensverhältnissen näher zu bringen. Die Verbesserung der Ernährungsverhältnisse in den Versorgungshäusern drückte sich am deutlichsten im Herabsinken der Sterblichkeitsziffer von durchschnittlich 33% in den Kriegsjahren auf 12-2% in der ersten Hälfte des Jahres 1921 aus. — Neben den Magistratsämtern überwacht auch der vom Gemeinderat als Inspezierender der Humanitätsanstalten bestellte Generalsstabsarzt Dr. Fid die Humanitätsanstalten. Bei den durch ihn monatlich abgehaltenen Beschwerdetagen in den einzelnen Versorgungshäusern können die Pfleger ihre allfälligen Wünsche und Beschwerden vorbringen.

Erwähnenswert mit Rücksicht auf die Finanzlage der Gemeinde Wien erscheinen die in den Betrieben durchgeführten Sparmaßnahmen, insbesondere hinsichtlich des Brennstoffverbrauches und des Personalaufwandes. Mit Hilfe der Betriebsräte wurde das Personal der städtischen Humanitätsanstalten nicht unerheblich abgebaut.

Die Kinderheilstätte in San Felagio konnte infolge der basutarischen Verhältnisse nicht voll in Anspruch genommen werden. Nur mit Hilfe besonderer Spenden ist es gelungen, eine Anzahl von Kindern im Jahre 1921 dort unterzubringen. Die städtische Kinderherberge Unter-Weidling (Fassungsraum 350 Kinder) wurde den sanitären Anforderungen entsprechend als Observanzstation eingerichtet. Nach Durchgang durch diese finden die Kinder, sofern sie nicht in Familienpflege oder anderen Spezialanstalten untergebracht werden können, in der Kinderherberge Grinzing, welche für 450 Kinder Raum bietet, Unterkunft. Der Kinderherberge Unter-Weidling ist derzeit noch die Säuglingspflegestation, V., Siebenbrunnengasse 78 angegliedert, deren Auflösung eben erfolgt. Da infolge Auflösung des Jugendheimes Oberhollabrunn eine neue Anstalt für schwererziehbare Kinder notwendig wurde, wurde für diesen Zweck das Versorgungshaus in St. Andrä a. d. Traisen, dessen Pflöge in anderen Anstalten untergebracht wurden, für schulentlassene psychopathische Jugendliche herangezogen.

In gemeinsamer Arbeit mit der privaten Wohltätigkeit wurde das Kindererholungsheim „Bellevue“ XIX., Himmelstraße 115, neu belegt, wobei die Gemeinde das Objekt und Inventar zur Verfügung stellte, Herr Ludwig Wittgenstein dagegen die vollen Betriebskosten deckte.

Magistratsabteilung 10: Stiftungen.

Wie in den Vorjahren, so erstreckte sich auch in der Verwaltungsperiode vom 1. Juli 1920 bis 30. September 1921 die Wirksamkeit des Magistrates in Stiftungsangelegenheiten auf die Beforgung der der Gemeinde als solcher anvertrauten Verwaltung von mehr als 1200 Stiftungen mit einem Stiftungsvermögen von weit über 30 Millionen Kronen. Eine sehr wesentliche Vermehrung der Tätigkeit auf dem Gebiete des Stiftungswesens ist durch die neue Bundesverfassung hervorgerufen worden, indem der Magistrat seit Inkrafttreten derselben nicht mehr auf die Verwaltung und Verleihung gewisser, der Gemeinde Wien in Obhut gegebener Stiftungen beschränkt ist, sondern hinsichtlich aller das Gebiet der Bundeshauptstadt Wien betreffenden Stiftungen als politische Landesbehörde die stiftungsbehördliche Obergewalt (Stiftungsstatut) führt und zu dem bei einer größeren Anzahl dieser Stiftungen zugleich auch die bisher von der früheren Landesbehörde besorgte Vermögensverwaltung und Verleihung der Stiftung übernommen hat. Die Anzahl dieser letztgenannten Stiftungen allein beträgt gegenwärtig 160, jedoch dürfte dieselbe in Zukunft noch eine namhafte Erhöhung erfahren, sobald das Bundesministerium über gewisse Kompetenzfragen wird entschieden haben.

Magistratsabteilung 11: Notstandsfürsorge.

Die öffentliche Auspeisung stellte sich im Berichtsjahre die Aufgabe, den Personen (Erwachsenen und Kindern), deren Bedürftigkeit vorher festgestellt worden ist,

täglich eine warme Speise zu sichern. Die namhafte Steigerung der Lebensmittel- und Regiekosten, wie: Gas, Kohlen, Arbeitslöhne, sowie die Beschränkung der zu diesem Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel nötigten dazu, die Verzeichnisse der Speiseteilnehmer durch die Fürsorgeinstitute und die Frauenarbeitskomitees einer wiederholten strengen Prüfung und Sichtung zu unterziehen. So war es gelungen, die Anzahl der erwachsenen Speiseteilnehmer von 47.242 im Juli 1920 auf 10.185 Ende September 1921 herabzubringen. Hieron zählten 2847 einen Regiebeitrag von 2 K und 7338 Personen, die im Besitze von Gutscheinen waren, bezogen das Essen kostenlos. An Kinder wurden in 126 Anstalten täglich 11.360 Portionen gegen Zahlung eines Regiebeitrages und 230 Portionen unentgeltlich abgegeben. — Von den offenen Kriegsküchen, deren im Jahre 1918 noch 68 im Betriebe der Gemeinde Wien standen, wurden in der zweiten Hälfte 1920 noch 14 betrieben. Gegenwärtig hat die im Jahre 1919 gegründete Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft, eine gemeinnützige Unternehmung, deren Teilhaber der Staat und die Gemeinde sind, den Betrieb der Gemeindesküchen übernommen. Sie besorgt auch den Teil der öffentlichen Ausspeisung der mit dem Betriebe der Kriegsküchen zusammenhängt. Ihre Tätigkeit ist eine außerordentlich gedeihliche und die wachsende Zahl der Küchen, sowie der Teilnehmer beweist, welcher Beliebtheit sich diese Institution in den breiten Schichten der Bevölkerung erfreut.

Auf Grund des Erlasses des Amtes für Volksernährung vom Jänner 1917 wurden 43 Gemeinschaftsküchen mit 26.495 Personen, 61 Anstaltsküchen mit 40.557 Personen, 52 Betriebsküchen mit 25.320 Personen, 59 Erwerbsküchen mit 9571 Personen betrieben. Zusammen standen 215 Küchen mit 101.943 Personen in Betrieb. Aufgelöst wurden in der Betriebszeit 10 Gemeinschaftsküchen, 17 Anstaltsküchen, 16 Betriebsküchen, 28 Erwerbsküchen zusammen 71 Küchen. Neugegründet wurden 5 Gemeinschaftsküchen, 8 Anstaltsküchen, 5 Betriebsküchen, 5 Erwerbsküchen, zusammen also 23 Küchen.

Durch die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“ wurden im Jahre 1920 27.000 Frühstücksportionen mit dem Kostenbetrage von 5.313.000 K, im 1. Halbjahre 1921 15.000 Portionen mit dem Kostenbetrage von 4.864.600 K ausgegeben. Ende Juni 1921 stellten sich die Kosten einer Portion auf 2 K 5 h. Die Aktion wurde mit Ablauf des Schuljahres 1920/21 eingestellt.

Endlich wurde durch die Frauenarbeitskomitees eine größere Anzahl verschiedener Lebensmittel, die von den ausländischen Spendern dem Bürgermeister zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, an Bedürftige in den einzelnen Bezirken Wiens verteilt, und zwar: 32.000 kg Seefische, 5 Waggons Dörrgemüse, 10 Waggons Frischgemüse, 1 Wagon Kartoffel, 800 kg Margarine, 330 kg Schmalz, 144 Kisten Kondensmilch, 3 Fässer Kakao, 32 Dollarpakete, 61 Säcke Reis, 8 Säcke Bohnen, 162 Kisten Cornbeef usw.

Magistratsabteilung 12: Gesundheitsamt.

Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt haben sich in der Berichtsperiode (1. Juni 1920 bis 1. Juni 1921) günstig gestaltet. Die Gesamtgeburten waren von 30.540 in der Vorperiode auf 31.032, die Lebensgeburten allein von 27.377 auf 28.359 gestiegen. Die Sterblichkeit hatte sich außerordentlich vermindert: es starben insgesamt 29.558 Personen gegen 39.229 in der Vorperiode, davon 14.248 (18.607) männlich und 15.310 (20.622) weiblich. Auf 1000 Einwohner starben 15·9 gegen 21·2 und 28·2 in Vorperioden. An dieser Abnahme hatte die Lungentuberkulose einen wesentlichen Anteil, da 4454 Todesfällen 7050 in der Periode 1919/20 und 9775 in 1918/19 gegenüberstanden. Die Infektionskrankheiten im engeren Sinne hatten in den letzten Jahrzehnten niemals einen wesentlichen Anteil an der Sterblichkeit gehabt. Durch den Krieg war nur die Dysenterie (Ruhr) in der Bevölkerung verbreitet geblieben, doch nahm die Zahl der Todesfälle rasch ab und betrug 1918/19 1245, 1919/20 707, 1920/21 425, war daher fast auf ein Drittel gesunken. Die Zahl der Ruhrerkrankungen war fast unverändert und betrug 2225, 2326 und zuletzt 2070. Der Flecktyphus war durch Heimkehrer und Reisende (Schauspielergruppe aus Palästina) in 41 Fällen eingeschleppt worden. Die Blattern waren mit 16 Fällen vertreten, darunter eine Gruppe von 13 Fällen, die durch ein ins Rudolfsfinerhaus zur Operation zugewiesenes im Beginn der Blatternkrankung befindliches Kind hervorgerufen wurde. Die in der Berichtsperiode vorgekommenen 173 Malariaerkrankungen waren durchwegs Rezidiven von früheren, während des Krieges erworbenen Erkrankungen. Die Befürchtungen, daß sich durch diese zahlreichen mit Plasmodien infizierten Personen die Malaria im Inlande (Praterauen) ausbreiten könnte, hatten sich zum Glück als unbegründet erwiesen. Zur Bekämpfung der hochvirulenten Infektionskrankheiten, welche immer wieder nach Wien eingeschleppt werden, hatte sich die Quarantänestation der Gemeinde Wien, X., Arsenalfstraße auch in der Berichtsperiode bestens bewährt. Es wurden daselbst 335 Personen abgepflegt, davon 85 wegen Verkehres mit Blattern- und 250 wegen Verkehres mit Flecktyphuskranken, mit insgesamt 2117 Verpflegstagen.

Die entsprechenden Ziffern der Gesamttuberkulose sind 6085 gegen 9203 und 11.772.

In der Zeit vom 1. Juni 1920 bis 1. Juni 1921 wurden 9589 Desinfektionen ausgeführt, und zwar 8913 Desinfektionen in Privatwohnungen, 418 in Schulen, 120 in Massenquartieren, 33 in Polizeikommissariaten und Arresten, 105 in diversen anderen Lokalitäten. Pro Tag wurden daher im Durchschnitt 26 Desinfektionen vorgenommen. Die meisten Desinfektionen entfielen auf Scharlach, dann auf Dysenterie, Tuberkulose und Diphtherie. Die Zahl der Krankentransporte betrug 38.531; davon entfielen 5118, 13,3%, auf den Transport Infektionskranker. Die Zahl der Leichentransporte betrug 4427.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose waren für Erwachsene im Jubiläumsspital der Gemeinde rund 250 Betten zur Verfügung. Die Zahl der Betten in den Fondskrankenanstalten hatte keine Änderung erfahren. Von den ehemaligen Kriegsspitalern waren nur das Kriegsspital Grinzing und das Rainerispital für diesen Zweck in Verwendung. Die Abteilung für Erwachsene bei der Heilanstalt Spinnerin am Kreuz wurde aufgelassen, ebenso eine Baracke im Wilhelminenspital. Ein Ersatz wurde geschaffen durch den Betrieb der Anstalt am Tiroler und in Baumgarten, die einen Fassungstraum von ungefähr 300 bis 400 Plätzen bietet. Bei dem Belagraum für tuberkulöse Kinder, der schon in Friedenszeiten sehr beschränkt war, war eine wesentliche Änderung nicht eingetreten. In Steinklamme hatte die Gemeinde Wien 240 Betten für leicht kranken- und kesskopftuberkulöse Frauen und Mädchen. Rund 400 Betten waren in Alland. Die Heilstätten des „Roten Kreuzes“, „Wilhelminenhöhe“ und des „Weißen Kreuzes“ in Grimmenstein hatten 70 bzw. 50 Betten. Ferner standen zur Verfügung: In Kierling 35 Betten für Frauen, in Waidhofen 100 Betten für Männer, in Enzenbach und Hörgas in Steiermark insgesamt 320 Betten für Männer und Frauen, in der Heilstätte Grafenhof in Salzburg 160 Betten und in den von den Krankenkassen betriebenen Heilstätten und Erholungsheimen in Triesingheim, Königstetten, Oberbergen, Zeillern und Gröbming 340 Betten. Kinder fanden Aufnahme in Krems, n.-ö. Landesjugendamt 300 Betten, in Alland 60 Betten, in Hörgas 40 Betten, im Sinfientinderheim in Grafenegg 50 Betten. Für chirurgisch tuberkulöse Kinder standen 450 Betten in der Volksheilstätte für Kinder in Grimmenstein, 170 Betten im Kaiserin Elisabeth-Kinderhospital in Bad Hall und 46 Betten in der Kinderheilstätte „Stolzalpe“ zur Verfügung. Chirurgisch tuberkulöse Erwachsene wurden im Landwirtschaftlichen Krankenhaus in Bad Hall, 108 Betten, untergebracht. Die Unterbringung erholungsbedürftiger oder kränklicher Jugendlicher erfolgte auf dem Wege der „Schrülingsfürsorgeaktion“ in den Heimen Gröbming, Fischau und Brud für männliche und Wieselburg für weibliche Mitglieder.

Im Berichtsjahre waren 13 Fürsorgestellen in Tätigkeit, eine 14. wurde durch die Gemeinde Wien im Mai für den V. und XII. Gemeindebezirk in Betrieb gesetzt. Die Zahl der in Fürsorge genommenen Personen belief sich auf 10.500 Erwachsene und 2500 Kinder. Die Zahl der Untersuchungen betrug über 30.000, die Zahl der Besuche durch die Fürsorge-schwestern rund 20.000. In Krankenanstalten wurden rund 1200, in Heilstätten über 2000, in Erholungsheimen, Kolonien u. dgl. ungefähr 2500 Personen untergebracht. Die Fürsorgestellen waren entsprechend dem Min.-Erl. vom 2. Jänner 1917 eingerichtet und fanden in der Landeszentrale Wien zur Bekämpfung der Tuberkulose ihre Vereinigung. Im Berichtsjahre wurde die Realleistung des In- und Auslandes an die Pfléglinge der Tuberkulose-Fürsorgestellen, die hauptsächlich in der Verabreichung von hochwertigen Nahrungsmitteln, aber auch von Kleidungsstücken, Wäsche, hygienischen Bedarfsgegenständen bestand, in der Weise organisiert, daß die einlaufenden Spenden zunächst an die Fürsorgestellen verteilt, und diese zur direkten Abgabe an die Pfléglinge verhalten wurden. Um die dadurch erwachsenden Mißstände zu beseitigen, wurden die Tuberkulose-Fürsorgestellen zur Abgabe von Anweisungen auf Lebensmittel, die von der Gesellschaft der Freunde unter gewissen Bedingungen abgegeben wurden, ermächtigt. Überdies fand eine regelmäßige Belieferung der Fürsorgestellen mit Lebertran durch die „Fsa“ und mit Kondensmilch vermöge eines von der Landeszentrale Wien mit dem Volksernährungsamte abgeschlossenen Übereinkommens statt. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Unterbringung von Kranken infolge der steten Zunahme der Verpflegskosten in Anstalten sich immer schwieriger gestaltet, überdies die Anzahl der verfügbaren Betten viel zu gering ist, weiterhin im Hinblick auf die Unmöglichkeit dem Wohnungselend zu steuern, erschien es immer fraglicher, ob eine entsprechende Fürsorge für Tuberkulöse überhaupt möglich ist. Zu fordern wäre eine Vermehrung der Plätze in den Krankenanstalten (Erweiterung des Betriebes in der Anstalt „Spinnerin am Kreuz“, Eröffnung des öffentlichen Krankenhauses in Simmering), eine generelle Regelung der Aufnahme in den Heilstätten und die Berücksichtigung der Tuberkulösen bei der Wohnungszuweisung.

Wesentliche Erfolge bei der Behandlung Tuberkulöser erzielte man in der Lungenheilstätte „Steinklamme“ der Gemeinde Wien. Diese wurde im Sommer 1918 im ehe-

maligen staatlichen Flüchtlingslager, und zwar in der Spitalssektion errichtet, im ersten Jahre auf Rechnung der Gemeinde Wien von der staatlichen Barackenverwaltung betrieben und am 15. August 1919 von der Gemeinde Wien übernommen. Im letzten Verwaltungsjahre 1920/21 wurden in der Anstalt beträchtliche Waptierungen, Reparaturen und bauliche Verbesserungen durchgeführt, so drei neue Liegehallen, Einrichtung eines Röntgen-Kabinettes, einer eigenen Kehlkopf-Abteilung und einer „Übergangsabteilung“. Die „Übergangs-Abteilung“ dient zur Beobachtung der für die Entlassung bestimmten Kranken in der Einsicht, wie eine genaue dosierte Arbeitsleistung (Beschäftigung in einzelnen Zweigen des Anstaltsbetriebes, Nähen, Gartenarbeit, Reinigungsarbeiten usw.) auf den Krankheitszustand einwirkt. Die Einrichtung hat sich sehr bewährt und kann als nachahmenswert bezeichnet werden.

Im letzten Verwaltungsjahre betrug die Zahl der aufgenommenen Kranken 699 (im Vorjahre 651), die Zahl der Verpflegstage 73.610 (im Vorjahre 81.170). Ein Verpflegstag kostete die Gemeinde im II. Halbjahre 1920 etwa 100 Kronen; seither sind die Kosten auf mehr als das Doppelte gestiegen, so daß für das II. Halbjahr 1921 ein Fehlbetrag von etwa 6½ Millionen präsumiert werden mußte. Es war dies dadurch bedingt, daß in Steinkamm sehr viele Mittellose auf Kosten der Gemeinde vollkommen unentgeltlich verpflegt wurden. (Im letzten Jahre mehr als 85%.) Es wird getrachtet werden, durch Überlassung einer größeren Zahl von Betten an Krankenkassen und Heranziehung der Kranken zur Leistung wenigstens eines Teiles der Verpflegskosten, die der Gemeinde erwachsenden Auslagen wesentlich zu vermindern.

Trotz des provisorischen Charakters der Baulichkeiten und der ohne Zweifel vorhandenen Nachteile in der Anstalt waren die Ergebnisse der Anstaltsbehandlung als sehr günstig zu bezeichnen, nach dem letzten ärztlichen Jahresberichte pro 1919/20 waren von den entlassenen Kranken: Sehr gebessert 37, d. s. 6%, gebessert 468, d. s. 74%, unverändert 114, d. s. 18%, verschlechtert 10, d. s. 1%, gestorben 7, d. s. 1%. Es war demnach bei 80% der Behandelten ein günstiger Erfolg zu verzeichnen. Die durchschnittliche Gewichtszunahme eines Patienten während der gesamten Behandlungsdauer betrug 4·9 kg.

Was die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten anbelangt, so verwaist der Wiener Magistrat seit November 1920 die vom Staate im Jahre 1918 errichteten Abend-Ambulatorien zur Behandlung unbemittelter Geschlechtskranker, von welchen im Verwaltungsjahre 22 im Betriebe standen. Die Zahl der in diesen Behandlungsstellen im II. Halbjahre 1920 neu zugewachsenen Kranken betrug 11.076 (7329 Männer und 3747 Frauen), doch befanden sich darunter nur 5225 Fälle von Geschlechtskrankheiten (3649 Männer und 1576 Frauen), die übrigen Fälle entfielen auf Hauterkrankungen, Bartflechte usw. Unter den Geschlechtskrankheiten war am häufigsten verbreitet der Tripper mit 3010 Fällen, sodann folgte die Syphilis mit 1848 Fällen und das weiche Geschwür mit 367 Fällen. Fast die Hälfte aller Besucher waren Krankenkassenmitglieder, weshalb es begreiflich ist, wenn der Staat fordert, daß zu den beträchtlichen Kosten für die Erhaltung der Abend-Ambulatorien (betragt etwa 1½ Millionen jährlich) auch die Krankenkassen einen entsprechenden Teil beitragen.

Magistratsabteilung 13: Friedhofs- und sanitäre Rechtsangelegenheiten.

Im Friedhofswesen hat die drohende Erschöpfung des Belegraumes einzelner nicht mehr erweiterungsfähiger Vorortefriedhöfe die Gemeinde veranlaßt, sich im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernalsdorf und im Gebiete der Gemeinde Algersdorf Gründe zur Anlage eines neuen Hauptfriedhofes, des Südwestfriedhofes, zu sichern. Dieser Friedhof wurde am 18. Juli eröffnet; ihm sind die Leichen aus dem Gebiete des XII. bis XVI. Bezirkes zugewiesen. — Im Gebiete des Zentralfriedhofes wurde eine weitere — die sechste Erweiterung — durchgeführt und vorherhand eine Fläche von 32.000 m² in die Belegung einbezogen; mit der Belegung wurde am 8. Juli begonnen. In der Ehrengräbergruppe wurden in der Berichtsperiode beigelegt: am 21. September 1920 Dr. Ernst Wertheim, am 1. März 1921 Dr. Karl Menger und am 10. März 1921 Dr. Rudolf Poeh.

Die stets zunehmende Feuerung, die in Verbindung mit den steigenden Bezügen und Löhnen die im Tarife vom Jahre 1920 erstellten Gebühren gänzlich unzulänglich machte, führte zu einer neuerlichen Tarifierhöhung, die der Gemeinderat am 20. Mai genehmigte. Auch für die Gräberauschmückung wurde ein erhöhter Tarif aufgestellt.

Die Schaffung des Landesteiles Wien machte die Errichtung einer Verpflegskostenstelle notwendig, welcher die Abrechnung und Vergütung der für die in den öffentlichen Spitälern verpflegten Wiener aufgelaufenen Verpflegsgebühren obliegt.

Diese Stelle wurde der Magistratsabteilung 13 angegliedert.

IV. Gruppe.

Sozialpolitik und Wohnungswesen.

Amtsführender Stadtrat Julius Grünwald.

Die überaus große Wohnungsnot, deren Bekämpfung auf Jahre hinaus zu den schwersten Sorgen der Gemeindeverwaltung gehören wird, hat es bewirkt, daß von der Tätigkeit der in dieser Gruppe vereinigten Ämter vorwiegend nur die des Wohnungsamtes sichtbar zum Vorschein kam.

Nichtsdestoweniger darf jedoch darauf verwiesen werden, daß auch in dem dieser Verwaltungsgruppe zugehörigen Arbeiterfürsorgeamt (Magistratsabteilung 14) während der Berichtsperiode ziemlich beachtenswerte Aufgaben zu erfüllen waren. So sei an die infolge der allgemeinen Geldentwertung notwendig gewordene Erhöhung der Versicherungsbeiträge für die Hausgehilfenfrankenkasse erinnert, weiters auf die Reform der Hausbesorgerordnung, welche die von der Bevölkerung seit Jahrzehnten erstrebte allgemeine Beteiligung der Mieterparteien mit dem Haustor Schlüssel mit sich brachte, schließlich auf die Schaffung der allgemeinen kommunalen Berufsberatung und auf manches andere hingewiesen, aus dem deutlich zu ersehen ist, daß auch auf dem diesem Amte zugewiesenen Tätigkeitsgebiete das geleistet wurde, was bei den gegenwärtigen überaus schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leisten möglich ist.

Was das Wohnungsamt (Magistratsabteilung 15) betrifft, so darf vor allem die verschärfte, am 15. April 1921 in Wirksamkeit getretene neue Anforderungsverordnung genannt werden, die manche Lücken, die früher der planmäßigen Bewirtschaftung der freiwerdenden Wohnungen zum Nachteile der Wohnungsbedürftigen im Wege standen, aus der Welt schaffte. Allerdings ist durch dieses neue Recht auf dem Gebiete des Wohnungswesens auch die Aufgabe der Gemeindeverwaltung eine wesentlich schwierigere und größere geworden. Während es unter der Wirksamkeit der alten Anforderungsverordnung möglich war, bei bestimmten gegebenen Voraussetzungen ohne Verletzung der bestehenden Rechte Wohnungen privat zu vermitteln, ist diese Möglichkeit nunmehr ausnahmslos beseitigt. Es hat dies zur Folge, daß sich das Wohnungsamt in seiner Tätigkeit nicht mehr lediglich nur auf die Beschaffung von Notwohnungen beschränken kann, sondern es besteht für die Wohnungsvermittlung aller Art ein förmliches Monopol, dessen Handhabung dem genannten Amte überantwortet ist. Durch diese Umgestaltung der Aufgaben dieses Amtes haben dessen Arbeiten naturgemäß sehr beträchtlich zugenommen, was auch in einer zum Teile bereits durchgeführten, zum Teile in Durchführung begriffenen Umgestaltung der Organisation des Wohnungsamtes zum Ausdruck kommt.

Allgemeine Anerkennung findet die dem Wohnungsamte angegliederte Kleingartenstelle, unter deren Leitung sich das Kleingartenwesen während der letzten Jahre zu einem Faktor entwickelt hat, der nicht nur in sehr sichtbarer Art für die Ernährungsverhältnisse Wiens, soweit diese durch Gärtnerprodukte beeinflussbar sind, zu immer größerer Bedeutung kommt, sondern der auch, was sicherlich nicht minder wichtig ist, in Beziehung auf die moralische und sittliche Festigung der Bevölkerung von stetig merkbarerem Einfluß wird.

Soweit die Tätigkeit der in der Verwaltungsgruppe IV vereinigten Ämter zifferngemäß darstellbar ist, geschieht dies im folgenden.

Magistratsabteilung 14: Soziale Fürsorge.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung sind während der Berichtsperiode nur wenige erwähnenswerte legislatorische Abänderungen bzw. Ergänzungen der bis dahin

im Urgeſetze und in den zu dieſem ergangenen vier Novellen geregelten Materien erſloſſen. Durch das Geſetz vom 11. März 1921 wurden die Teuerungszulagen für Verletzte und Hinterbliebene tödlich Verunglückter im allgemeinen vervierfacht. Dann wurden die Zuſchüſſe zu den Proviſionen der Bergwerksbrudersladen gegenüber den bisherigen Vorſchriften verſechsacht. Deſgleichen wurde die Höchſtgrenze des anrechenbaren Jahresarbeitsverdienſtes wegen der Geldentwertung neuerlich, und zwar von 6000 K auf 15.000 K hinaufgeſetzt. Dieſer für die Unfallverſicherung anrechenbare Lohnhöchſtbetrag wurde dann wegen der weiter fortgeſchrittenen Geldentwertung auf 48.000 K für das Jahr ab 1. Jänner 1921, alſo abermals beträchtlich hinaufgeſetzt. — Um die anſpruchsberechtigten Verletzten und Hinterbliebenen vor allzu niedrigen Entſchädigungen zu ſchützen, war ſchon als niedrigſter anrechenbarer Jahresarbeitsverdienſt der Betrag von 900 K feſtgeſetzt und gleichzeitig beſtimmt worden, daß für Lehrlinge, Volontäre, Praktikanten und andere Perſonen, welche wegen noch nicht vollentlohnter Ausbildung gar nicht oder nicht voll entlohnt werden, der niedrigſte Arbeitsverdienſt voll entlohnter Arbeiter oder Betriebsbeamten jener Beſchäftigung anzurechnen iſt, für welche die Ausbildung erfolgt, ſo daß als oberſte Grenze für dieſen Arbeitsverdienſt ebenfalls 48.000 K geſten.

Nach den ſtatistiſchen Ergebnissen für das Jahr 1919 betrug zu Ende des Jahres 1919 die Zahl der bei der Arbeiterunfallverſicherungsanſtalt für Niederöſterreich in Wien — welche ſeit der Verfaſſungsänderung der Aufſicht der Magiſtratsabteilung 14 unterſteht — kataſtrierten verſicherungspflichtigen und freiwillig verſicherten Betriebe 119.016 (gegenüber 115.780 im Jahre 1918) mit durchſchnittlich 601.089 (gegenüber 650.497 im Jahre 1918) verſicherten Perſonen.

Die Penſionsverſicherung von Angeſtellten war bis zum Beginne der Berichtsperiode, d. i. 1. Juli 1920, durch das Geſetz vom 16. Dezember 1906 und durch eine kaiſerliche Verordnung geregelt. Doch wies dieſe geſetzlichen Beſtimmungen zahlreiche Mängel und Lücken auf. Aus dieſen Gründen ſind ſchon ſehr bald nach dem Erſcheinen der erſten Novelle Reformwünſche aufgetaucht, die aber inſolge der kriegeriſchen Verhältniſſe erſt durch das Geſetz vom 23. Juli 1920 erfüllt werden konnten. Die Änderungen, welche die zweite Novelle an dem bis dahin beſtandenen Geſetzeszuſtand vornahm, ſollten jene Mängel bezeichnen, die im Laufe der letzten Zeit am empfindlichſten fühlbar geweſen ſind: Unzulänglichkeit der Leiſtungen und Zerſpaltung der Penſionsverſicherung durch das Nebeneinanderbeſtehen zahlreicher Verſicherungsträger. Den erſten Mangel ſuchte man durch eine Erweiterung der Gehaltsklaſſen von 6 auf 16 und eine weſentliche Erhöhung der Verſicherungsleiſtungen in den unteren und mittleren Gehaltsklaſſen, den zweiten, durch eine weitgehende Einſchränkung der Erſatzeinrichtung zu beheben. Eine weitere Verbeſſerung erfolgte durch den endgültigen Übergang von der zehnjährigen zur fünfjährigen Wartekriſt. — Als eine weſentliche Neuerung wäre dann noch die Aufſtellung eines neuen Schließels für die Verteilung der Prämien auf Dienſtgeber und Dienſtmehrer zu erwähnen. Während biſher in den vier unteren Gehaltsklaſſen der Dienſtgeber zwei Drittel und der Dienſtmehrer ein Drittel, in der fünften und ſechſten beide die Hälfte und von K 7200 an der Dienſtmehrer die Prämien allein beſtritt, ſetzte die zweite Novelle in der Erkenntnis der ſchwierigen finanziellen Lage der Angeſtellten feſt, daß die Verteilung der Prämien auf Dienſtgeber und Dienſtmehrer im Verhältniſſe 2 zu 1 Platz greift und erſt bei anrechenbaren Bezügen von mehr als K 40.000 — der Dienſtgeber und Verſicherte je die Hälfte zu leiſten haben.

Eine bedeutsame Verbeſſerung haben endlich die Beſtimmungen über die Überweiſung der Prämienreſerve bei einzelnen Übertritten zu anderen Verſicherungsträgern erfahren. Hier tritt bei den Erſatzeinrichtungen an die Stelle der Überweiſung der geſetzlichen Prämienreſerve vermehrt um die allfälligen Mehrbeträge des Verſicherten die Überweiſung der vollen, den zugeſicherten Leiſtungen entſprechenden Prämienreſerve, wodurch auch die vom Dienſtgeber geleſteten Mehrbeträge dem Verſicherten beim Übertritte zugute kommen und ſeine Anwartschaften auf der gleichen Höhe erhaſten werden können.

Durch das Geſetz vom 30. Juli 1919 wurde zwecks Vereinheitlichung des Rassenweſens eine Krankenkassenkommission in Wien errichtet, welche die zur Vereinigung bzw. Auflöſung von Krankenkassen erforderlichen Beſchlüſſe faßt und diesbezüglich Anträge an die Landesregierung ſtellt. So wurden in der Mehrzahl der Fälle auf Grund freiwillig geſaßter Beſchlüſſe Krankenkassen miteinander vereinigt, bzw. aufgelöſt, ſo daß der Stand der der Aufſicht des Magiſtrates unterſtehenden Krankenkassen 50 betrug. — Auf dem Gebiete der Krankenverſicherung wäre außerdem noch folgendes erwähnenswert: Das Geſetz vom 30. März 1888, betreffend die Krankenverſicherung der Arbeiter, wurde durch eine Reihe von Novellen abgeändert bzw. ergänzt. Schon durch das Geſetz vom 20. November 1917 wurde die Krankenverſicherung auf eine neue Grundlage geſtellt, indem die Verſicherten nach Maßgabe ihres Arbeitsverdienſtes in 11 Lohnklaſſen eingeteilt wurden, deren Anzahl durch die weiteren Novellen auf 15 erhöht worden iſt. In dem Zeitraum vom 1. Juli 1920

bis 30. September 1921 fallen die fünfte und sechste Novelle zum Krankenversicherungs-gesetze. Der durchschnittliche tägliche Arbeitsverdienst, welcher auf Grund der sechsten Novelle der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegt wird, beträgt in der ersten (niedersten) Lohnklasse K 7.— und erreicht in der 15. (höchsten) Lohnklasse die Höhe von K 120.—. Das Krankengeld beträgt mindestens 60 vom 100 des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes der Lohnklassen. Die Krankenunterstützung ist, so lange die Krankheit dauert und wenn der Erkrankte nicht früher gesundet, 26 Wochen wöchentlich im nachhinein zu gewähren. War der Anspruchsberechtigte ununterbrochen durch 30 Wochen versichert, so gebührt ihm die Krankenunterstützung durch 52 Wochen. Schwangere und Wöchnerinnen, die sich der Lohnarbeit enthalten, erhalten durch 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft eine Geldunterstützung in der Höhe des Krankengeldes, sofern sie nicht Anspruch auf Krankengeld haben (Mutterhilfe). Wöchnerinnen, die ihre Kinder selbst stillen, erhalten eine Unterstützung in der Höhe des halben Krankengeldes bis zum Ablauf der 12. Woche nach ihrer Niederkunft (Stillprämie). Die Beerdigungskosten müssen wenigstens das 30fache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes betragen, mindestens aber K 60.—. Diese Mindestleistungen können durch das Statut erweitert werden. So kann das tägliche Krankengeld in der ersten Lohnklasse auf 7 K, in den anderen Lohnklassen bis zur unteren Tagesverdienstgrenze der Lohnklasse und bei längerer Dauer der Arbeitsunfähigkeit auch noch über diese Sätze hinaus bis höchstens zum 1½fachen der unteren Tagesverdienstgrenze erhöht werden. Stillprämien können bis zur Dauer von 26 Wochen gewährt werden. Das Begräbnisgeld kann bis auf das 45fache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes, jedoch nicht über K 3600.— erhöht werden. Die Dauer der Krankenunterstützung kann bis zu 1½ Jahren ausgedehnt werden. Der Beitragssatz beträgt für die Woche vier Zehntel des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes der Lohnklasse, wovon zwei Drittel der Arbeitnehmer und ein Drittel der Arbeitgeber zu entrichten hat. Die Familienversicherung, d. i. die Gewährung von Rassenleistungen an die Familienangehörigen der versicherungspflichtigen Rassenmitglieder kann durch das Statut eingeräumt werden. Diese kann sich auf jede Rassenleistung mit Ausnahme des Krankengeldes erstrecken. Die Familienversicherung wurde von allen Rassen eingeführt.

Während der Zeit vom 1. Juli 1920 bis 30. September des Berichtsjahres wurden in den Abteilungen für Arbeitsvermittlung 49.712 Stellenangebote (hievon 26.021 für Frauen), ferner 115.162 Stellengesuche (hievon 43.690 von weiblichem Personal) in Vormerkung genommen und 36.729 Vermittlungen durchgeführt, wovon 17.881 auf die gewerbliche Frauennarbeit entfielen. Die Stellenangebote in den städtischen Dienstvermittlungstellen betragen 34.107 und die in Vormerkung genommenen Stellengesuche 25.571. 14.135 Stellenangebote und Stellengesuche konnten durch Vermittlung erledigt werden. Bei den städtischen Dienstvermittlungstellen wurden in ihrer Eigenschaft als Wohnungsnachweistellen in der Zeit des Berichtes 53.952 Ansuchen um Zuweisung einer Wohnung eingereicht, 2252 freie Wohnungen seitens der Hauseigentümer angezeigt. Vom 12. Juni bis 30. August wurden 19.289 Personen für das Österreichisch-Argentinische Wohlfahrtswerk in Vormerkung genommen. — Hinsichtlich der Tätigkeit des städtischen Arbeitsnachweises als Arbeitslosenamt wäre zu erwähnen, daß vom 1. Juli 1920 bis 30. September 1921, 12.520 Arbeitslose die Unterstützung angewiesen erhielten, darunter 2526 Frauen. Am 30. September betrugen die in Unterstützung gestandenen Arbeitslosen 1676 (davon 279 Frauen).

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 21. Dezember 1920 wurde die Errichtung eines Berufsberatungsamtes grundsätzlich genehmigt, dessen Tätigkeit sich auch auf die Vermittlung von Lehrstellen erstrecken soll.

Mag.-Abt. 15: Wohnungsamt.

Das Wohnungswesen stellte der Gemeindeverwaltung die schwierigsten Aufgaben. Die Wohnungsnot nahm im Laufe des Berichtsjahres immer schwerere Formen an. Und obwohl die Gemeinde kein Opfer scheute, konnte es ihr hauptsächlich infolge der fortschreitenden Verteuerung der Baustoffen nicht gelingen, eine durchgreifende Besserung zu erzielen. Immerhin konnten mit Hilfe der Bundesverwaltung durch Neu- oder Umbauten 1123 Wohnungen neu hergestellt werden, außerdem leistete die Gemeinde im Vereine mit der Bundesverwaltung gemeinnützigen Baugenossenschaften finanzielle Hilfe für die Schaffung von 158 Wohnungen. — Um den Stand an Wohnungen der Allgemeinheit nutzbar zu machen, wurden die Vorschriften über die Anforderung von Wohnungen durch die Verordnung des Bürgermeisters als Landeshauptmannes vom 31. März bedeutend verschärft. Mit ihr wurde nicht nur die Möglichkeit der fallweisen Anforderung erweitert, sondern auch die allgemeine Anforderung von Wohnungen eingeführt. Auch die Geschäftslotale wurden in den Anforderungsbereich einbezogen und die Vormerkung und Zuweisung wohnungsuchender Parteien geregelt. Seit der Wirksamkeit dieser neuen Verordnung wurden mehr als 5000 Wohnungen angefordert

und wohnungsuchenden Parteien zugewiesen. — Entsprechend den Bestimmungen der Mieterschutzverordnung und der Anforderungsverordnung waren in Wien 22 Mietämter tätig, die in 94 Senaten über Mietzinssteigerungen und Einsprüche gegen Anforderungen und Wohnungszuweisungen 221.168 Entscheidungen fällten. In jüngster Zeit wurde auch von der in der neuen Anforderungsverordnung vorgesehenen Möglichkeit von Ersatzleistungen für die der Allgemeinheit verloren gehenden Wohnräume Gebrauch gemacht. Dadurch konnte dem Wohnungs- und Siedlungsfonds der Gemeinde Wien ein Betrag von 55½ Millionen Kronen zugeführt werden.

Nicht nur an Wohnungen, sondern auch an Geschäftsräumen herrschte im Berichtsjahre ein fühlbarer Mangel, was aus der großen Anzahl der Ansuchen um Wohnungsänderungen hervorging.

Die Kleingartenbewegung umfaßte im Verlaufe des Jahres 1920 in Wien rund 60.000 Familien mit etwa 300.000 Köpfen. Die bewirtschaftete Fläche betrug über 18 Millionen Quadratmeter (1,8 Hektar). Die Ernte der Kleingärtner Wiens stellte sich im Jahre 1920 nach genauen Erhebungen auf mindestens 4500 Waggons Gemüse und Kartoffel (1 Waggon mit 10.000 kg gerechnet). Hier von waren zirka ein Viertel Kartoffel und drei Viertel Gemüse. An Obst ernteten die Kleingärtner im Jahre 1920 insgesamt 360.000 kg Baum- und Beerenobst. Der Wert der Gemüse- und Kartoffelernte betrug (nach Marktpreisen) 135.000.000 K. Der Wert des geernteten Obstes kann mit mindestens 3.500.000 K eingesezt werden. Auch die Kleintierzucht der Wiener Kleingärtner war sehr bedeutend. Sie hielten 200.000 Stück Geflügel (Hühner, Enten, Gänse usw.) mit einer Eierproduktion von rund 12 Millionen Stück, 240.000 Stück Hasen und rund 5000 Stück Ziegen mit einer Milchproduktion von mindestens 750.000 Liter. Der Marktwert dieser Produkte betrug bei Geflügel 20.000.000 K, Hasen 24.000.000 K, Ziegenmilch 3.750.000 K und bei der Eierproduktion 60.000.000 K, in Summa 107.750.000 K. Eine Gesamtaufstellung des Erntewertes der Wiener Kleingärten pro 1920 ergab somit für Gemüse und Kartoffel 135.000.000 K, für Obst 3.500.000 K, für Kleintiere 107.750.000 K, in Summa 246.250.000 K.

Invalidenamt.

Am 20. Juni 1918 hat das auf Grund des Erlasses des Ministeriums für soziale Fürsorge geschaffene Invalidenamt seine Tätigkeit begonnen. Es ist aus einer räumlichen und organischen Vereinigung der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide und ihre Angehörigen sowie für Hinterbliebene von verstorbenen Kriegern und der f. l. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide hervorgegangen. Zum Leiter wurde der Bureaufeiter der Beratungsstelle Mag.-Sekt. Dr. jur. et phil. Hans Liebl bestellt.

Ein wichtiger Tätigkeitszweig des Amtes war die Gewährung momentaner Unterstützungen, welche aus Staats- und Fondsmitteln bestritten wurden.

Das Invalidenamt betrachtete zu dieser Zeit als seine wichtigste Aufgabe, die möglichst rasche und vollkommene Wiedereinführung der Invaliden in das Wirtschaftsleben und war in erster Linie bestrebt, dieselben in ihren früheren Berufen wieder zu vermitteln. Von größter Wichtigkeit war hierbei der Ausspruch des Amtsarztes, dem die Untersuchung der Kriegsinvaliden oblag und der sich über die Möglichkeit einer weiteren Verdingung im früheren Berufe oder über die Notwendigkeit zum Übergange zu einem anderen und endlich über eine etwaige Selbständigmachung zu äußern hatte. Der Amtsarzt hatte auch die Notwendigkeit einer Spitals-, Nachbehandlung, Schulung oder Beistellung von Prothesen zu konstatieren. Geldmittel für Selbständigmachungen bot bis zu der im Mai 1919 erfolgten Sperre des Karlsfonds (ehemals Kaiser und König Karl-Kriegsfürsorgefonds) sowie die Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide, deren Delegierter zweimal wöchentlich im Amte tätig war. Der erstgenannte Fonds gab Unterstützungen bis zu K 4000— und die genannte Gesellschaft unverzinsliche Darlehen unter den günstigsten Rückzahlungsbedingungen. Das Invalidenamt kann mit Freude erklären, daß es auch hier schöne Erfolge erzielte, denn manches heute glänzend gehende Geschäft oder manche gute Existenz ist durch seine Hilfe errichtet bzw. gegründet worden, wodurch die Stadt und der Staat von einer weiteren finanziellen Inanspruchnahme verschont geblieben sind. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß dem Invalidenamt ein militärischer Beirat angegliedert war, der alle Ansuchen von Invaliden, betreffend Versorgungsgebühren, Auszeichnungen usw. behandelte. Unentgeltlich machten dortselbst 6 Offiziere Dienst, die wegen der genauen Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen in der erwähnten Materie zumeist nur günstige Resultate erzielten. Über die Fülle der Arbeit, die vom Invalidenamt insbesondere in den Tagen des Umsturzes zu leisten war, ist ein Bild zu machen leicht möglich, wenn auf Grund statistischer Aufzeichnungen gesagt wird, daß in der Zeit vom 20. Juni 1918 — dem Tage der Errichtung des Invalidenamtes — bis zum 31. Dezember 1918 das Amt von zirka 50.000 Parteien aufgesucht wurde, wovon auf den militärischen Beirat 13.000 entfielen.

Wenn auch die Wessen der Bewegungen zu dieser Zeit ziemlich hoch trieben, so war es doch dem Amte gelungen, den Wünschen der zurückflutenden Massen der Kriegsteilnehmer gerecht zu werden, was sicherlich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen großen Beitrag lieferte. Nicht unerwähnt darf an dieser Stelle bleiben, daß dies dem Amte durch den innigen Kontakt mit den entstandenen Invasidenorganisationen erleichtert wurde, welche die aufrichtigen, ehrlichen Bestrebungen des Amtes bald erkannt hatten.

Im Juni 1919 war das Invasidenamt wieder vor neue Aufgaben gestellt worden. Das Invasiden-Entschädigungsgesetz war in Kraft getreten und mit der 1. Vollzugsanweisung waren die den politischen Bezirksbehörden bei der Durchführung dieses Gesetzes obliegenden Aufgaben den Invasidenämtern übertragen worden. Hat das Invasidenamt schon im Mai dieses Jahres sein Personal auf die Ziffer 48 erhöht, so war doch für die Entgegennahme der Ansprüche nach dem Invasiden-Entschädigungsgesetz und Durchführung der Vorarbeiten ein größerer Beamtenkörper notwendig und hat sich der Stand bis 30. September 1921 auf 215 Personen erhöht. Nach Errichtung von Invasidenamtsstellen bei den magistratischen Bezirksämtern und 2 Exposituren für die Bezirkshauptmannschaft Hiezing und Umgebung (in Burkersdorf und Biesing) wurde mit den neuen Agenden begonnen: Auch die rechtliche Stellung des Invasidenamtes wurde neu fixiert und ist es nach § 2, Absatz 1, der 1. Vollzugsanweisung nunmehr eine besondere Abteilung der politischen Behörde erster Instanz, als deren Vorstand durch Entschließung des Herrn Bürgermeisters, der bisherige Leiter bestellt wurde.

Der Aufgabenkreis des Amtes umfaßt nunmehr alle Angelegenheiten der gesetzlichen, sowie der freiwilligen Kriegsbeschädigtenfürsorge der I. Instanz (Agendentkreis siehe Seite 84). Zur Durchführung der Agenden bestehen beim Invasidenamte abgesehen von den Anmeldestellen und Exposituren 16 Abteilungen. Im August 1919 hatten die politischen Ereignisse und die in ihrer Folge aufgetretenen geänderten Verhältnisse neue Agenden für das Amt gebracht, und sei hier unter anderem die Errichtung eines Obdachloshauses für Kriegsbeschädigte erwähnt. Gab es damals nur ein Heim, so bestehen heute vier, welche Institution sich trotz aller Schwierigkeiten als wertvoll für alle jene erwies, die das Unglück hatten, infolge des Krieges verheiratet und obdachlos zu werden. Gegenwärtig sind 630 Personen im Stande, die vollkommen versorgt und bequartiert werden und außerdem K 60.— pro Tag erhalten. Ihr Austritt erfolgt bei Eintritt ins Erwerbsleben, zu welchem Behufe sie mit Unterstützungen für die erste Zeit und im Bedarfsfalle mit Zivilkleidern betraut werden.

Was die Abteilung für Existenzgründung anlangt, so ist es als erfreuliches Moment zu bezeichnen, daß es unter Anwendung der bezüglichen Gesetzesbestimmung vom 18. Mai 1919 gelungen ist, beinahe alle Kriegsblinden, die ja als die bedauernswertesten Kriegsschmerz zu bezeichnen sind, mit Taxisen zu versorgen. Vielen Schwerveramputierten konnte nach ihrer Spitalentlassung trotz der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse durch Selbständigmachungen hilfreiche Hand geboten werden und wurden die notwendigen Geldmittel durch Rentenabfertigung bzw. Vorausempfang, Unterstützungen und Darlehen aufgebracht. In der Abteilung für Unterstützungen an Kriegsbeschädigte, welche bis zum 2. September 1921 Beträge bis zu K 400.— und seither bis zu K 600.— im eigenen Wirkungskreise anweisen konnte (höhere Beträge nach vorheriger Bewilligung durch die Invasiden-Entschädigungs-Kommission für M. D.) wurden im zweiten Halbjahr 1919 K 1,201,674.72, im Jahre 1920 K 1,775,360.39 und bis zum 30. September 1921 K 1,182,094.55 flüssig gemacht. An größeren Unterstützungen für Existenzgründungen usw. wurden bis zum obengenannten Zeitpunkt K 2,103,599.09 an Kriegsbeschädigte vom Invasidenamte zur Auszahlung gebracht.

Die ärztliche Tätigkeit erfuhr im Jahre 1920 eine bedeutende Ausdehnung, es nahmen zirka 250 Kriegsbeschädigte durchschnittlich pro Tag den ärztlichen Dienst in Anspruch, so daß bis Ende 1920 ein dritter Arzt eingestellt werden mußte. Eine neue Agende im laufenden Jahre bedeutete die Begutachtung der Erwerbsfähigkeit aller jener Invasiden, die unter 45% oder über 65% erwerbsvermindernd sind, ob und zu welchem Berufe sie geeignet und die Ausstellung eines Einstellungscheines am Plage wäre. Viel Arbeit erforderte das Gutachten über den Zusammenhang des Todes mit der Militärdienstleistung, desgleichen die Heilbehandlung für reichsdeutsche Kriegsbeschädigte. Die Abteilung für Arbeitsvermittlung wurde vom 1. Juli 1919 bis 30. September 1921 von 99,528 Personen aufgesucht und beweist diese Ziffer, daß die Invasidenchaft dieser Vermittlungsstelle Vertrauen entgegenbringt, was auch jederzeit gerechtfertigt wurde. Eine neue Agende hat die Arbeitsvermittlung durch Inkrafttreten des Invasidenbeschäftigungsgesetzes vom 1. Oktober 1920, St.-G.-Bl. Nr. 459, erhalten und zwar durch Ausstellung von Einstellungscheinen für jene Invasiden, deren Erwerbsverminderung 45 bis 65% betrug. Die Wohltaten, die dieses Gesetz bringen sollte, sind leider durch noch bestehende Schwierigkeiten nicht voll und ganz zu erreichen gewesen, doch ist zu hoffen, daß auch diese in Bälde überwunden sein werden, so daß das Gesetz im Sinne des Gesetzgebers zu seiner vollen Auswirkung gelangen könne.

Die Abteilung für Heilbehandlungsangelegenheiten und Prothesenbeschaffung konnte in der Berichtszeit 37.796 Altkenstücke der Erledigung zuführen. Eine von der Invalidenschaft begrüßte Einrichtung in der Abteilung ist die Erteilung von Vorschüssen auf Krankengelder an die Angehörigen der Erkrankten. Auf Konto Krankengelder erscheinen vom Invalidenamt im Jahre 1921 K 1.098.185-64 verausgabt. In der ersten Hälfte des Monats August 1919 begann die Tätigkeit der Rentenvorschußabteilung. Die große Anzahl der angesprochenen und zu bemessenden Renten hatte eine rasche Erledigung unmöglich gemacht, so daß an die Verabfolgung von Vorschüssen geschritten wurde. Da sich die Räumlichkeiten im 16. Bezirk, Gabelnsgasse 60, unzulänglich erwiesen, übersiedelte diese Abteilung in die Volkshalle des Neuen Rathauses, wo 80 Beamte tätig waren und nur die Rentenvorschußagenden zur Aufgabe hatten. In den Monaten Oktober 1919 bis Februar 1920 wurden durchschnittlich 800 Parteien pro Tag abgefertigt. Seit 6. März 1920 wurde die Vorschußaktion dezentralisiert und geschieht bis heute noch die Aufnahme von Vorschußansuchen bei den Invalidenamtbestellen der magistratischen Bezirksämter. Bis zu diesem Zeitpunkt waren K 6.322.819— zur Auszahlung gebracht worden. Im September 1921 wurde diese Abteilung vor eine neue große Aufgabe gestellt, die in der Durchrechnung der rückständigen Rentenbezüge bestand, welche ermittelten Beträge dann als Vorschuß zur Auszahlung gelangen. Zweck der Aktion ist, jene Kriegsbeschädigte, deren Rente noch nicht bemessen ist, im Vorschußwege in den Genuß alles dessen zu setzen, worauf sie seit Inselebensretreten des Invaliden-Entschädigungsgesetzes Anspruch haben. Die vom Invalidenamt angewiesenen durchgerechneten Rentenvorschüsse belaufen sich im heurigen Jahre bis 30. September auf K 3.339.010—, wovon zwei Drittel auf den Monat September allein entfallen. In der Hinterbliebenenabteilung, die sich mit der gesetzlichen Fürsorge befaßt, stellt eine Hauptaufgabe die Gewährung von Vorschüssen auf Hinterbliebenenrenten dar und wurden im Vorjahre K 764.986— und im laufenden Jahre K 1.225.368— flüssig gemacht. Eine zweite wichtige Aufgabe in dieser Abteilung bildet die Gründung von Existenzen für Kriegerwitwen und sind auf diesem Gebiete recht schöne Erfolge zu verzeichnen. In 60 Fällen haben Kriegerwitwen Trafsiken verliehen bekommen und in vielen anderen wurden den Hinterbliebenen durch Errichtung von verschiedenen Geschäften, Marktständen usw. auskömmliche Existenzen geschaffen. Die obangeführte Durchrechnung wurde auch auf Hinterbliebenenrenten ausgebeugt und stehen dieser Abteilung auf diese Art große Arbeiten bevor. Der Unterstützungsabteilung für Kriegerhinterbliebene obliegt die freiwillige Fürsorge und ist diese bestrebt, nach Maßgabe der vom Staate zur Verfügung gestellten Geldmittel die Notlage dieser Personen durch Gelddarlehnen zu lindern. Im zweiten Halbjahre 1920 wurden K 587.396— und im Jahre 1921 K 1.421.562— ausgegeben. Um der Not in den Kreisen der kinderreichen Witwen auch auf andere Art zu begegnen, hat das Invalidenamt im Jahre 1921 drei Kinderbeteiligungen im Festsaale des Neuen Wiener Rathauses durchgeführt, die durch eine vom chilenischen Geschäftsträger Herrn Juan Madenna, vermittelte Spende einiger hochherziger chilenischer Damen zustande kommen konnten. Hierbei wurden 1292 Kinder mit Kleidern und 510 Kinder mit Lebensmitteln betieft. Des weiteren hat diese Abteilung eine ständige Ausgabe von Kleidern für Lehrlinge, um auch solchen, die wegen defekter Kleidung vom Lehrmeister nicht aufgenommen werden, die Erlernung eines Berufes zu ermöglichen. Nicht unerwähnt bleibe die Gelbbewegung im Jahre 1921 und erhellt die von der Rechnungsabteilung geleistete Arbeit am besten daraus, wenn gesagt wird, daß K 17.023.159-59 zu verrechnen bzw. anzuweisen und auszusahlen waren. Das stete Anwachsen der Ausgaben im Invalidenamt zeigt deutlich der Altkeneinlauf, welcher am Ende des Jahres 1919 37.230, Ende 1920 92.159 und am 30. September 1921 schon 88.352 betrug.

Die Entwicklung des Amtes hatte naturgemäß auch die Benützung von immer mehr Räumlichkeiten zur Folge und es ist dem Invalidenamt auch gelungen, neue Lokalitäten vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten zugewiesen zu erhalten. Das Invalidenamt hat am 12. Dezember 1920 im VIII. Bezirk, Josefstädterstraße 39 (ehemals Zivilmädchenpensionat) seine Amtstätigkeit aufgenommen.

Für das Amt ist es wertvoll, daß die Invalidenschaft schon bei der kleinen Beratungsstelle, die sich als allererste mit der Invalidenfürsorge befaßt hat, das aufrichtige Interesse für die Sache und den christlichen Willen anerkennen und zugeben mußte, daß dieser Geist auch weiter noch im Invalidenamt herrscht. Sind viele Fragen in der Invalidenfürsorge schon einer Regelung zugeführt worden, so stehen dem Amte noch große Aufgaben bevor, deren Lösung ja sicherlich im engsten Zusammenarbeiten mit den Organisationen zur Zufriedenheit und zum Wohle der Invalidenschaft gelingen wird.

Gruppe V.

Technische Angelegenheiten (Technisches Referat).

Amtsführender Stadtrat: Franz Siegel.

Stadtbauamt: Stadtbauamts-Dion., Mag.-Abt. 18, 18a, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 36 und die Bauamtsbezirksabteilungen. Ferner die Mag.-Abt. 39 u. 40.

Die Notwendigkeit, die technische Verwaltung aus Ersparungsrücksichten den veränderten Verhältnissen anzupassen, hat in der Berichtszeit einschneidende Maßnahmen im Rahmen des Stadtbauamtes veranlaßt. Mit Entschließung des Bürgermeister's vom 19. Jänner wurde eine neue Geschäftseinteilung des Magistrates erlassen, durch welche unter anderem die früheren technischen Magistratsabteilungen 16 (Plan- und Schriftenkammer), 17 (technische Studienabteilung), 21 (Statik), 29 (Straßenerhaltung), 35 (Wassergewinnung und -zuleitung, Wasserkrantanlagen), 37 (technische Baupolizei für die Bezirke II, VIII, IX und XX) und 38 (technische Baupolizei für die Bezirke X—XIX und XXI) aufgelassen und ihre Geschäfte anderen Magistratsabteilungen zugewiesen worden sind, so daß von den ehemaligen 23 technischen Magistratsabteilungen nur mehr 16 verbleiben, deren Sachgebiete naturgemäß abgeändert werden mußten. Es wurden ferner die Auflassung der Magistratsabteilung 41 (Forstwirtschaft) verfügt und die forsttechnischen Angelegenheiten der Magistratsabteilung 34 (Wasserversorgung) zugewiesen. Außerdem wurde durch die Gemeinderatsbeschlüsse vom 11. Februar und 18. März die Umwandlung der Magistratsabteilung 30 (städtischer Fuhrwerksbetrieb) bzw. der Magistratsabteilung 25 (städtische Bäder, Wäschereien und Werkstätten), 32 (Gewinnung und Beschaffung von Baustoffen) und 34 (Wasserversorgung) zu Betrieben auf kaufmännischer Grundlage genehmigt. Durch die letztgenannte Reform wurden die vier erwähnten Dienstzweige nach modernen wirtschaftlichen Grundsätzen umgestaltet und so eingerichtet, daß sie die Kosten ihrer Verwaltung aus sich selbst aufbringen.

Die wichtigsten vom Stadtbauamte während der Berichtszeit geleisteten Arbeiten sind folgenden Ausführungen zu entnehmen: Auf dem Gebiete der Stadtregulierung erhielten die meisten Arbeiten ihr Gepräge durch die Siedlungsbewegung, die sich im Laufe der letzten Jahre aus der Schrebergartenbewegung entwickelt hat. Auf Grund eingehender und umfangreicher Vorarbeiten wurden die grundsätzlichen Bestimmungen für die Festsetzung einer Siedlungs- und Kleingartenzone im Generalregulierungsplane für Wien festgelegt und mit Beschluß des Gemeinderates vom 4. Mai genehmigt. Unter Anwendung der hiedurch gewonnenen Richtlinien wurden zunächst 50 verschiedene Teilgebiete der Siedlungszone im Gesamtausmaß von rund 110 Hektar und 20 Teilgebiete der Kleingartenzone mit beiläufig 700 Hektar Grundfläche planlich festgelegt. Durch Zunahme der Siedlungsbewegung hat sich die Notwendigkeit ergeben, ein eigenes Siedlungsamt, die Magistratsabteilung 18a zu schaffen, durch welche die vorher vom Wohnungsamt und teilweise von der Magistratsabteilung 18 besorgten Siedlungsangelegenheiten nunmehr einheitlich bearbeitet werden. In enger Fühlung mit den Siedlungsgenossenschaften wurde in zweckentsprechender Weise die Ausgestaltung der im Baujahre 1919 begonnenen Siedlungen fortgesetzt. Besonders Augenmerk wurde auf die Beratung der Genossenschaften gelegt, dahingehend, die vorhandenen Mittel möglichst wirtschaftlich zu verwerten, sowie die Siedler zur weitestgehenden Mithilfe bei der Bautätigkeit heranzuziehen. Durch die Schaffung des Wohnungs- und Siedlungsfonds der Bundeshauptstadt Wien, der auf die Dauer von 20 Jahren über eine jährliche Einnahme von 50 Millionen Kronen verfügt, wurden größere Geldmittel dem Siedlungszwecke zugeführt. Im Jahre 1921 wurde mit dem Bau von 16 Siedlungen begonnen, wodurch im Laufe des Jahres ungefähr 260 Wohnungen in Einfamilienhäusern entstanden sind. Die Siedlungstätigkeit wurde seitens der Gemeinde auch dadurch gefördert, daß sie mehreren Siedlungsgenossenschaften Baurechte auf ausgedehnten städtischen Gründen bzw. Fondsgründen im XII., XIII., XVII., XVIII. und XXI. Bezirke zusicherte. Weiters wurden Baurechte bestellt an einem Baugrund in der Hengsdorfer Straße zugunsten der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft

„Mein Heim“ an dem hochwertigen Baugrund neben der Laimgrubenkirche in der Windmühlgasse im VI. Bezirk für die Hoch- und Tiefbaugesellschaft und an einem zirka 20-45 ha großen Grundkomplexe in Kaiser-Ebersdorf zugunsten der G.-W.-A. „Holzmarkt“.

Die zur Unterstützung der boden- und wohnungspolitischen Bestrebungen der Gemeinde erforderliche planmäßige Erwerbung von Gründen konnte mit Rücksicht auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht verwirklicht werden. Es wurden nur einige Zweck- und Gelegenheitskäufe durchgeführt, wie der Ankauf der Groß-Enzersdorfer Kavallerietafelne um 3.000.000 K, des Gebäudes der „Freien Schule“ im VIII. Bezirk, Albertgasse samt Einrichtung um rund 2.476.000 K, des sogenannten „Draße-Schlössels“ im V. Bezirk um 375.000 K und einiger Grundstücke im X. und XI. Bezirk. Verkauft wurden nur einige, selbständig nicht verwertbare Ergänzungsgrundflächen. Im übrigen wurden nur Grundtauschgeschäfte abgeschlossen.

Die zur Überprüfung der Bodenwertabgabe-Bekanntnisse nötigen, besonders umfangreichen Arbeiten wurden in der Berichtsperiode fortgesetzt und zum überwiegenden Teil zu Ende geführt.

Das Verkehrsweisen im Bereiche des Gemeindegebietes entwickelte sich in beachtenswerter Weise; das Stadtbauamt hat zur Wahrung der Interessen der Gemeinde Wien gegenüber allen Bauführungen der Eisenbahnen, dann zur Wahrung der öffentlichen Rücksichten als politische Landesbehörde mitgewirkt. In erster Linie zeigte sich eine lebhafteste Bautätigkeit auf den Wiener Bahnhöfen, wo nebst Aus- und Umgestaltungen eine Reihe von Neuerstellungen durchgeführt wurden, die hauptsächlich Zwecken des Handels, der Industrie und der Approvisionierung dienen. Die Mehrzahl dieser Bauführungen entfiel auf die Südbahn und Nordbahn. Von sonstigen größeren Bauherstellungen war der Wiederaufbau der abgebrannten Lokomotivwerkstätte in Floridsdorf, die Auswechslung der Tragwerke im Zuge der Westbahn über die Linzerstraße und die Schönbrunner Allee sowie die Fertigstellung bzw. Fortsetzung der Herstellung der Unterführungen der Strichstetter, Wagramer und Breitenleer Straße hervorzuheben. Große Nachfrage herrschte nach Plätzen für die Errichtung von Verkaufshütten, Kiosken u. dgl., für deren Aufstellung zumeist die Nähe der Bahnhofsgelände angestrebt wird. Die Rücksichten auf die Verkehrsabwicklung und auf das Stadtbild verlangten jedoch große Zurückhaltung seitens der Behörden. In der Berichtszeit stand eine größere Anzahl von Entwürfen für Schleppbahngleisanlagen bei bestehenden, vorwiegend älteren Industrieunternehmungen in Behandlung. Da diese Anlagen meist im verbauten Gebiete liegen, ergaben sich mit Rücksicht auf den bestehenden Straßenverkehr, auf städtische und staatliche Einbauten und Leitungen vielfach Gegensätze, deren Ausgleich nur nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten erzielt werden konnte.

Hinsichtlich der Bewältigung des örtlichen Personenverkehrs kam nach wie vor den städtischen Straßenbahnen die führende Rolle zu. Diese entfalteten auch eine lebhafteste Tätigkeit hinsichtlich der Auswechslung des während der letzten Jahre stark abgenutzten Oberbaues.

Die erhöhte Betriebstätigkeit der städtischen Kraftstellwagenunternehmung machte Wapptierungen und Vergrößerungen nötig, von denen die Umgestaltung der Halle des Straßenbahnhofes, X., Gidrunstraße, zu Garagenzwecken hervorzuheben ist. Bei der leider noch immer außer Betrieb stehenden Stadtbahn wurden nur die notwendigsten Erhaltungsarbeiten der baulichen Anlagen durchgeführt.

Hinsichtlich des Straßenverkehrs verdient hervorgehoben zu werden, daß sich ein immer mehr und mehr verdichtender Fuhrwerksverkehr geltend machte. Der vor allem durch die Verwendung eisenbereifter Lastkraftwagen schlecht gewordene Zustand der Straßen zwang zu einschränkenden Maßnahmen, insbesondere zum Verbot der Verwendung solcher Wagen und Anhänger sowie zur obligatorischen Einführung der Gummibereifung mit 1. März 1921.

Aus der Stellung der Stadt Wien als selbständiges Land ergab sich für die Magistratsabteilung 20 als Geschäftsstelle für das Verkehrsweisen ein Geschäftszuwachs durch die zunehmende Prüfung und Genehmigung aller Arten von Kraftfahrzeugen.

In verkehrspolizeilicher Hinsicht ergab sich die Notwendigkeit einer Regelung der Fahrverbote und Fahrbeschränkungen sowie der Ausmittlung von neuen Standplätzen für den öffentlichen Fuhrwerksverkehr.

Bezüglich der Verkehrsentwicklung auf den Wasserstraßen Wiens verdient hervorgehoben zu werden, daß diese im abgelaufenen Berichtsjahre wesentliche Fortschritte gemacht hat. Es wurden für den Verkehr im Donaukanal zur Förderung der Motorschiffahrt die Bewilligung zur Anlage bzw. Vergrößerung von Anlegestellen erteilt. Ferner wurden für die Benützung der Donaukanalvorläufe mehrere wasserrechtliche Genehmigungen zur Errichtung von Anlagen für Zwecke der Industrie und des Handels hinausgegeben. Die rege Verkehrsentwicklung auf dem Donaustrom gab Anlaß zur Erteilung einer größeren Anzahl von Bewilligungen zur Errichtung bzw. Ausgestaltung von Lände-, Lager- und Umschlagplätzen. Zur Gewinnung neuer Lände-

plätze ist die schon im Jahre 1919 vorbereitete Auslassung der Schiffsmühlen in die Wege geleitet worden. Der Mangel verfügbarer Landungs- und Umschlagplätze machte ferner die Einleitung von Maßnahmen nötig, die zu einer Vertiefung der Ländeplätze, einer Verlegung und Verbesserung der Donauuferbahn, einer weitergehenden Mitbenützung der landseits des Handelskais gelegenen Baublöcke und somit zu einer intensiveren Ausnützung der gesamten Lände führen sollen. Dem gleichen Zwecke soll die Widmung der Lände der ehemaligen Kommunalbadgründe zu neuen Anlagen für den Personen- und Güüterverkehr und der Veruch einer Heranziehung der Lände bei der Militärschwimmschule für den Umschlagsverkehr dienen.

Die gebotene Sparsamkeit und äußerste Auswertung der Kohle und sonstigen Brennstoffe führte zu der mit 1. April erfolgten Aufstellung einer eigenen Magistratsabteilung für Wärmewirtschaft, welcher der Bau und die Beaufsichtigung aller Brennstoffe verbrauchenden Betriebe, die Betriebsführung der Kühlanlagen und die Behandlung sämtlicher maschinentechnischen Angelegenheiten allgemeiner Natur obliegt. Auf dem Gebiete der Wärmewirtschaft wurde der bereits bestehende Heizkontrolldienst ausgestaltet und durch Anlage einer Statistik des Brennstoffverbrauches in allen städtischen Baulichkeiten eine Grundlage für den Aufbau einer rationellen Wärmewirtschaft im städtischen Haushalte geschaffen.

Während in der Berichtszeit die private Hochbautätigkeit nur geringe Ansätze einer Wiederbelebung zeigte, wurde von der Gemeinde Wien eine Reihe von Hochbauten teils beendet, teils neu begonnen. Vor allem wurden bauliche Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot getroffen. In dieser Hinsicht ist an erster Stelle die im Frühjahr erfolgte Fertigstellung der Wohnungssiedlung Schmelz anzuführen. Diese Siedlung, mit deren Bau im November 1919 begonnen wurde, umfaßt 42 Häuser, welche in 14 Baugruppen gegliedert sind und zusammen 308 Wohnungen und 14 Geschäftslokale enthalten. Im August wurde bei dieser Siedlung der Bau einer weiteren Gruppe von 13 Häusern mit 108 Wohnungen begonnen; von dieser Gruppe war bis Ende September das gesamte Fundamentmauerwerk, bei einzelnen Objekten auch zum Teil das aufgehende Mauerwerk fertiggestellt. Außer der Wohnungssiedlung Schmelz wurde auch die Wohnhausgruppe V Margareten Gürtel vollendet. Diese Gruppe umfaßt 104 gut ausgestattete Kleinwohnungen mit einer Anzahl von Werkstätten, Geschäftslokalen, Ateliers und einen Kindergarten.

Eine beträchtliche Anzahl von Wohnungen wurde durch größere Umgestaltungsarbeiten geschaffen, und zwar 148 Notwohnungen in 11 ehemaligen Militärbaracken, 6 Notwohnungen in der Moßauerlaserne, 37 Wohnungen in angeforderten Privathäusern und 234 Wohnungen in angeforderten Teilen von Privathäusern.

Hervorzuheben ist noch, daß eine große Anzahl baulicher Herstellungen für Zwecke der Jugendfürsorge, des Wohlfahrts- und Schulwesens sowie für Zwecke des städtischen Fuhrwerksbetriebes ausgeführt wurden.

Die größte, in der Berichtszeit fallende Bauherstellung der Gemeinde Wien war die Fortsetzung des Baues des Kontumazmarktes und Seuchenhofes im XI. Bezirk. Dieser umfangreiche Bau wurde im Jahre 1916 begonnen, ist bereits soweit gediehen, daß seine Eröffnung mit Beginn des nächsten Jahres zu erwarten ist. Als weitere, ebenfalls der Fleischversorgung Wiens dienende, größere Bauherstellung verdient die zeitgemäße Ausgestaltung des Schlachthofes St. Marx genannt zu werden. Bereits im Jahre 1918 war mit der Erbauung einer neuen Schlachthalle mit 44 Schlachtständen, der Vergrößerung der Vorkühllhalle, der Ausgestaltung der maschinellen Einrichtung in zwei bestehenden Schlachthallen und mit der Errichtung bzw. Vergrößerung von Kanglei- und Wohngebäuden begonnen worden. In der Berichtszeit wurden diese Bauführungen vollendet und überdies der Bau einer Viehaustriebsrampe vom Zentralviehmarkte zum Schlachthofe, eines Düngehauses und einer normalspurigen Schleppbahn durch den Zentralviehmarkt bis zum Schlachthofe in Angriff genommen.

Eine verhältnismäßig umfangreiche Ausgestaltung erfuhren in der Berichtszeit die Friedhofsanlagen. Vor allem ist die Errichtung des Südwest-Friedhofes, nach dem Zentralfriedhof nunmehr der zweitgrößte Friedhof Wiens, anzuführen. Ferner wurde eine Reihe von Friedhofserweiterungen durchgeführt und eine neuerliche Erweiterung des Zentralfriedhofes eingeleitet. Besonders hervorzuheben sind die Vorarbeiten zur Errichtung eines Krematoriums, welches innerhalb des Neugebäudes auf dem Gebiete der neuerlichen Erweiterung des Zentralfriedhofes entstehen wird. Nicht unerwähnt kann gelassen werden, daß einschneidende Maßnahmen zur Hebung der Friedhofskultur getroffen wurden.

An den öffentlichen Gartenanlagen, Denkmälern, Denkmalbrunnen, Kirchen und Kapellen wurden die erforderlichen Erhaltungsarbeiten vorgenommen.

Öffentliche Wettbewerbe wurden für eine Siedlung in Lainz, eine Sportanlage auf der Schmelz, für die Umgestaltung des Währinger Ortsfriedhofes in eine Gartenanlage, für die Regulierung der Mölterbastei und der Währinger Straße durchgeführt.

Schließlich wurde eine Reihe von Entwürfen für private und staatliche Hochbauten, besonders für Baulichkeiten an verkehrsreichen Punkten der Stadt und für Gebäude, durch welche die Gestaltung des Stadtbildes wesentlich beeinflusst würde, begutachtet.

Die private Bautätigkeit im Wiener Gemeindegebiete war im Hinblick auf die dermaligen Verhältnisse sehr gering. Um diesem ungünstigen Zustand entgegenzuwirken, wurde als Novelle zur Bauordnung das Landesgesetz vom 17. Juni 1920, betreffend Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot und Förderung der Bautätigkeit erlassen. Dieses Gesetz gestattet in erster Linie für Kleinwohnungsbauten und Kleinhäuser eine Reihe von Bauvereinfachungen. Auf Grund dieses Gesetzes beschloß der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 24. September 1920 die Vollzugsanweisung, betreffend die Herstellung und Benützung der Dachbodenwohnungen. Von noch weittragenderer Bedeutung für die Entwicklung des Bauwesens ist das am 30. September 1921 beschlossene Landesgesetz, mit welchem allen Neu-, Um-, Zu- und Aufbauten, die vom Zeitpunkte der Wirksamkeit des Gesetzes bis längstens 31. Dezember 1923 der Benützung übergeben werden, die Befreiung von der Gemeindeabgabe von höheren Mietzinsen, von der auf den Baugrund entfallenden Bodenwertabgabe, von den Zuschlägen des Landes und der Gemeinde Wien zur Gebäudesteuer des Bundes und von den seitens der Gemeinde Wien vorgeschriebenen Zins- und Schulhellern auf die Dauer von 30 Jahren zugestanden wird. Zuzufolge Verordnung des Bürgermeisters als Landeshauptmannes vom 10. Oktober sind die durch obgenannte Bauherstellungen gewonnenen Wohnungen und sonstigen Räume von der Anforderung durch die Gemeinde Wien befreit. Die große Teuerung auf dem Gebiete des Bauwesens hinderte nicht nur dessen Entwicklung, sondern vielfach auch die Erhaltung der bestehenden Gebäude. Namentlich die im Besitze kapitalschwacher Eigentümer befindlichen Zinshäuser in den vom Mittel- und Arbeiterstand bevölkerten Bezirken litten sehr unter dem Mangel der notwendigsten Instandsetzungsarbeiten und ergaben sich auf Grund wiederholter Anzeigen sehr viele baupolizeiliche Amtshandlungen aus Anlaß bereits erfolgter bzw. drohender Bauebrechen.

Die große Teuerung der Baustoffe, welche als eine der Hauptursachen der geringen privaten Bautätigkeit bezeichnet werden muß, hatte die Gemeinde veranlaßt, die in ihrem Besitze befindlichen Kalk- und Ziegelwerke auszugestalten, um einerseits für eigene Zwecke billigere Baumaterialien in genügender Menge erzeugen und andererseits durch Verkauf der Produktionsüberschüsse preisregulierend auf den Baustoffmarkt wirken zu können. Besonders hervorzuheben ist außer dem Ausbau von drei Hochöfen im städtischen Kalk- und Schotterwerk Hinterbrühl die Mechanisierung des Betriebes im Ziegelwerke Oberlaa, welches hiedurch zu einem modernen, leistungsfähigen Werke ausgestaltet wurde.

Bezüglich der städtischen Bäder ist zu berichten, daß in mehreren Bädern umfangreiche Ausgestaltungs- bzw. Erweiterungsarbeiten durchgeführt wurden, um diese Wohlfahrts-einrichtungen teils wirtschaftlich betreiben zu können, teils um für die Badebesucher größere Bequemlichkeiten zu schaffen und auch dem Badebedürfnisse bei starkem Besuche entsprechen zu können. Mit Rücksicht auf die sprunghafte Steigerung der Preise der Betriebsmittel und aller sonstigen Auslagen mußten in der Berichtszeit fünf Regelungen der Baderpreise durchgeführt werden, welche jedoch in Anbetracht der sozialen Wichtigkeit des Bäderwesens in äußerst mäßigen Grenzen vorgenommen wurden. Im Hinblick auf die mäßigen Preise ist zur Deckung des zu gewärtigenden Betriebsabganges ein Betrag von 22.000.000 K. vorgezogen.

Eine bemerkenswerte Ausgestaltung erfuhren die dem Bäderbetrieb angegliederten städtischen Werkstätten. Diese gingen aus der ehemaligen städtischen Heizwerkstätte hervor. Mit Gemeinderatsbeschuß vom 30. September 1921 wurde den städtischen Werkstätten als Betriebsstätte die ehemalige Militärdampfwäscherei XII., Steinbaurgasse 36 zugewiesen. Das Arbeitsgebiet der städtischen Werkstätten umfaßt die Instandsetzung von Heizungs-, Gas- und Wasserleitungsanlagen, Baustoffereien aller Art und maschinelle Arbeiten für städtische Zwecke.

Dem Bäderbetrieb gleichfalls angegliedert ist der Betrieb der städtischen Dampfwäscherei in der ehemaligen Garnisonswäscherei XII., Schwentgasse. Diese Wäscherei befand sich seit dem Zusammenbruch in treuhändiger Verwaltung der Gemeinde und wurde zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 4. März endgültig erworben. In der Wäscherei wurden im vergangenen Betriebsjahr 1.200.000 kg Wäsche gereinigt, wovon 580.000 kg auf städtische und der Rest auf sonstige Wohlfahrtsanstalten entfielen.

Der bisherige städtische Fuhrwerksbetrieb für die Straßenpflege wurde am 1. Juli mit dem städtischen Lastfuhrwerksbetriebe zum städtischen Pferdefuhrwerksbetriebe vereinigt. Dieser hat außer den Leistungen für die Straßenpflege nach Möglichkeit auch die Durchführung von Transporten für alle Dienststellen der Gemeinde Wien, mit Ausnahme der Unternehmungen zu besorgen. Infolge dieser Zusammenlegung wurden die ehemaligen Fuhrhöfe XVI., Arnebgasse 26, XVII., Johann Nepomuk Berger-Platz 12 und XX., Heilmagstraße 18, aufgelassen und ein Fuhrhof im XVII. Bezirk, Ritzhausenstraße 2, neu

Errichtet. In diesem Fuhrhose ist die Anlage von Zentralwerkstätten in Arbeit begriffen und soll ein Pferdespital für die kranken Pferde der Gemeinde eingerichtet werden. — Bei der Straßen säuberung wurde mit Rücksicht auf die gebotene Sparsamkeit der Personalstand vermindert. Weiter konnte die bisher nur im I. Bezirk und auf dem Naschmarke durchgeführte nächtliche Säuberung vorläufig noch nicht auf andere Bezirke ausgedehnt werden. Für die Straßenbesprikung wurden fünf neue Autosprengwagen eingestellt und die Schlauchtrommelbesprikung auf alle Bezirke ausgedehnt. Im Sommer wurde die gesamte Straßenbesprikung in Eigenregie durchgeführt. Bei der Hauskehrabfuhr wurde mit dem Sammelstystem Patent „Colonia“ im VIII. und XVI. Bezirke ein einjähriger Probetrieb mit gutem Erfolge durchgeführt, worauf 2 Wagen und 1400 Gefäße dieses Systems zur Fortsetzung des Versuches angekauft wurden.

Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten des gesamten Fuhrwerksbetriebes (Beistellung von Wagen und Spannungen für private Parteien) wurde eine eigene Geschäftsstelle des Betriebes eingerichtet. Endlich wurde auf Grund eines Stadtsanitätsbeschlusses die Organisation und Leitung des gesamten Sanitätsbetriebes — ausschließlich des Desinfektionswesens — vom Gesundheitsamte abgetrennt und der Magistratsabteilung 30 übertragen.

Durch entsprechende Beschickung der Ausstellung für Wasserstraßen und Energiewirtschaft in München 1921 wurde eine günstige Gelegenheit wahrgenommen, die Vorrangstellung Wiens als Handels- und Industriepflege unter den Donaustädten zu betonen und dem Auslande zu zeigen, welche Fülle von Schiffsahrts- und Umschlagseinrichtungen dem Donauverkehr in Wien zur Verfügung steht.

Das Flugwesen, das schon vor dem Kriege seitens der Gemeinde durch Widmung des großen Flugfeldes in Aspern für Sportzwecke gefördert worden war, lag im letzten Jahr auf Grund des Staatsvertrages von St. Germain und des von der Entente für Österreich erlassenen Flugverbotes gänzlich danieder. Den Bemühungen der österreichischen Regierung und der Gemeinde Wien ist es aber gelungen, wenigstens einen Teil der vom Militär während des Krieges erbauten Hangars und sonstigen Objekte vor der Zerstörung zu retten, so daß der Flugplatz der Gemeinde Wien in Aspern als Flughafen für den künftigen internationalen Westluftverkehr, für den Wien schon infolge seiner geographischen Lage wesentlich in Betracht kommt, erhalten bleiben wird.

Von den im Verkehrsnetz der Stadt Wien ausgeführten Brückenbauten ist in erster Linie die Fortsetzung des Umbaues der Floridsdorfer Brücke über den Donauström zu erwähnen. Bei diesem, von der Donauregulierungskommission geführten Baue wurde das erste rechtsseitige Stromfeld und das Tragwerk von vier Inundationsbrücken montiert und der Anstrich der Strombrücken und der Raibrücke erneuert. Das vom Abbruch der alten Floridsdorfer Brücke gewonnene Material wurde zum Teil für den Eigenbedarf der Gemeinde und der Unternehmung verwendet, zum Teil verkauft. Ansonsten beschränkte sich die Herstellung neuer Brücken auf die Errichtung einiger Stege an der alten Donau und in Gütteldorf. Für den Umbau der Brigittabrücke über den Donaukanal bzw. Herstellung einer Ersatzbrücke wurden vorbereitende Arbeiten eingeleitet.

An den Wienflußanlagen wurden die laufenden Erhaltungs- und Räumungsarbeiten vorgenommen. Umfangreiche Studien erforderte die Überprüfung eines Projektes des österreichischen Verkehrsbüros betreffend Errichtung eines Zentralgebäudes auf dem Wienflußgewölbe gegenüber der Sezession. Hierzu mußte eine eingehende materialtechnische und statische Untersuchung des Wienflußgewölbes und seiner Widerlager vorgenommen werden. Auf Grund des Ergebnisses dieser Arbeiten mußte das erste Projekt zurückgewiesen werden, da das geplante Bauwerk das Wienflußgewölbe in unzulässiger Weise belastet hätte. Es wurden seitens der Stadtbauverwaltung Richtlinien für eine technisch mögliche Lösung dieses Problems ausgearbeitet und diese den Bauverbarn zur Verfassung eines neuen Projektes zur Verfügung gestellt.

Die im Interesse des Verkehrs wesens erforderliche Instandhaltung und Ausgestaltung des Straßennetzes wurde im abgelaufenen Berichtsjahre nach Maßgabe der Verhältnisse durchgeführt. Das Flächenausmaß der in der regelmäßigen Erhaltung der Gemeinde Wien stehenden Straßen, Gassen, Plätze, Bürgersteige, Gehsteige, Reitsteige und Fahrwege betrug am Ende des Berichtsjahres 15.192.862 m², wovon 10.996.410 m² auf Bahnhöfen, Plätze, Spiegel, Talus, Radfahrwege, Reitsteige usw. und 4.196.452 m² auf Bürgersteige und Gehwege entfielen. Der Flächenzuwachs an Gemeindefahrwegen gegenüber dem Jahre 1919/20 betrug 4891 m².

Wie im Straßenwesen, so wurden auch auf dem Gebiete der Kanalisation im Berichtsjahr die erforderlichen Erhaltungsarbeiten und Neu- bzw. Umbauten nach Maßgabe der Verhältnisse durchgeführt.

An den für die Wasserversorgung Wiens bestehenden Baulichkeiten ergaben sich in der Berichtszeit keine besonders bemerkenswerten Arbeiten. Eine Ausgestaltung des Versorgungs-

nehes erfolgte durch Anschluß der verschiedenen Siedlungen, der Wohnhausgruppe auf der Schmelz und durch Versorgung des Südwestfriedhofes im XII. Bezirk. Die außerordentliche Trockenheit im Sommer verursachte einen empfindlichen Rückgang in der Leistungsfähigkeit der I. Hochquellenleitung, was die Inbetriebsetzung des Schöpfwerkes in Pottschach in der Zeit vom 27. Juli bis 17. September notwendig machte. Infolge der großen Hitze steigerte sich in diesem Sommer der Wasserverbrauch ganz außerordentlich und erreichte am 29. Juli die bisher nicht dagewesene Höhe von 351.000 Tagestubikmeter. Gerade in der Zeit der größten Trockenheit fiel das am 28. Juli erfolgte Rohrgebrechen am 630 mmigen Rohrstrang der Wientalwasserleitung im XII. Bezirk, Schönbrunner Straße 247, welches einen Wasserverlust von 6000 m³ verursachte. Die Zahl der Wasserabnehmer steigerte sich, insbesondere haben viele Unternehmer, die früher zur Speisung der Dampfesseln Grundwasser verwendeten, infolge Elektrifizierung ihrer Betriebe Hochquellenleitungsanschlüsse herstellen lassen.

Die in den Quellengebieten befindlichen Forstbetriebe wurden nebst den übrigen von der nunmehr aufgelassenen Magistratsabteilung 41 besorgten Geschäften vom Stadtbauamte übernommen und hat sich besonders in den Forstbetrieben der Hochquellengebiete d. i. Maßwald und Wildalpen die Notwendigkeit ergeben, im Interesse einer höheren Wirtschaftlichkeit einschneidende Reformen durchzuführen bzw. einzuleiten. Speziell hinsichtlich des in den städtischen Forsten anfallenden Holzes wurde bereits mit Erfolg erreicht, dieses Holz vorwiegend eigenen Zwecken der Gemeinde Wien zuzuführen. Die restlose Durchführung dieser Absicht bedingte zahlreiche Verhandlungen und Vorträge, da einerseits die Gemeinde Wien im Gebiete der I. Hochquellenleitung bezüglich der Verwendung ihres Holzes an den bestehenden Vertrag mit dem Triftkonsortium an der Schwarza gebunden ist, andererseits im Gebiete der II. Hochquellenleitung die Bringung des Holzes von der Salza nach Wien große Schwierigkeiten verursachte. Hinsichtlich des ersten Punktes ist es gelungen, beim Triftkonsortium durchzusetzen, daß das gesamte Bloch- und Brennholz der Gemeinde Wien zur Verfügung steht. Wegen des Ausschneidens des Blochholzes sind mit einer Firma in Hirschwang Verhandlungen im Gange. Bezüglich des Holzes aus dem Quellengebiete der II. Hochquellenleitung wurde der Versuch gemacht, dieses von der Salza bis an die Erdbergerlande zu flößen; dieser Versuch hatte vollen Erfolg und langte das erste große Floß aus Steiermark im August in Wien ein.

In dem Bestreben, die vorhandenen Wasserkräfte auszunützen, hat die Gemeinde Wien nicht nur an den Verhandlungen zur Ausnützung der Wasserkräfte der unteren und oberen Enns lebhaften Anteil genommen, sondern sie ist auch selbst als Unternehmerin aufgetreten und um die wasserrechtliche Bewilligung zur Ausnützung der Ybbs-Wasserkräfte (rund 14.000 PS) eingeschritten, die ihr auch von der Bezirkshauptmannschaft Amstetten im März erteilt worden ist. Dadurch ergibt sich nunmehr auch die Möglichkeit, die in der II. Hochquellenleitung im Bereiche Lutz und Galling vorhandenen Wasserkräfte durch Einbau eines Kraftwerkes der Verwertung zuzuführen. Der Anschluß dieses Kraftwerkes an die Hochspannungs-Fernleitung der Ybbs-Kraftwerke wird mit verhältnismäßig geringen Kosten möglich sein.

Die hohen Gesehungskosten der Kohle, insbesondere der Gaskohle, führten ferner zu den Bestrebungen, die öffentliche Gasbeleuchtung allmählich durch die elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Diesbezüglich wurden bereits erfolgreiche Versuche in der Mariannengasse und in der Alferstraße im IX. Bezirk durch Verwendung von Halbwattlampen gemacht. Weiter wurden Vorarbeiten für die allgemeine Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung eingeleitet.

Gruppe VI.

Wirtschaftsreferat.

Amtsführender Stadtrat Quirin Pokrda.

Die Agenden der Verwaltung der Stadt Wien haben, so wie es bei allen öffentlichen Körperschaften der Fall ist, nicht nur eine bedeutende Vermehrung, sondern vielfach eine wesentliche Verschiebung erfahren. Um den vermehrten Aufgaben gerecht zu werden, mußte die Verwaltung in ihrer Organisation mannigfache Veränderungen durchführen. Das Leitmotiv bei der Durchführung aller dieser Reformen ist selbstverständlich vor allem diktiert von den Aufgaben, welche an die Verwaltung gestellt werden, aber es muß hiebei die höchste Ökonomie an Zeit und Geld vortwalten. In dieser Beziehung ist schon so manche

Reform mit Erfolg durchgeführt worden, andere Reformen harren ihrer Verwirklichung. Es ist klar, die Unbeständigkeit unserer Verhältnisse ist solchen Reformen nicht besonders günstig, trotz allem muß aber auf dem begonnenen Wege fortgefahren werden, wenn sich die Verwaltung der Stadt Wien einer solchen Riesenaufgabe gewachsen erweisen soll.

Eine von diesen großen und wichtigen Aufgaben ist, die Ämter, Anstalten, Schulen, Betriebe usw. der Stadt mit allen sachlichen Erfordernissen zu versorgen. War es schon vor dem Kriege eine große Aufgabe, so ist es heute ein Problem. Und dieses Problem gut zu lösen, würde bedeuten, nicht nur sachlich, sondern auch materiell einen großen Erfolg zu erzielen. Das städtische Wirtschaftsamt, in der Zeit der Kriegsnot geboren, ist ein Anknüpfungspunkt zu dieser Entwicklung. Es besorgt heute schon den größten Teil der sachlichen Erfordernisse für den engeren städtischen Bedarf. Die ihm im letzten Halbjahre zugewiesene Aufgabe, den Schulen und Humanitätsanstalten alle Erfordernisse sachlicher Art beizustellen, wurde den heutigen Verhältnissen entsprechend gut gelöst.

Eine ähnliche große Aufgabe ist der Verwaltung der städtischen Häuser und Gründe gestellt. Es ist die Folge des Krieges und seiner Nachwirkungen, daß heute dem Boden, ganz gleichgültig, ob es sich um einen Ackerboden oder um einen Platz im Innern der Stadt handelt, eine wesentlich andere Bedeutung zukommt, als es früher einmal der Fall war. Neue Interessenten für den Anbau von Berealien und den Bau von Kleinwohnungen sind entstanden, die nicht genug Boden bekommen können: Die Schrebergärtner und die Siedler. An die Gemeindeverwaltung werden von diesen Leuten große Anforderungen gestellt, die zu befriedigen bisher nur sehr schwer gelungen ist. Die auf diesem Gebiete in Angriff genommene Reform, die Verwaltung der städtischen Häuser als auch des gesamten Bodens in einer Stelle zu konzentrieren, dürfte auch da einige Besserung bringen, ganz abgesehen davon, daß diese Reform auch aus anderen für die gesamte Verwaltung wichtigen Gründen in Angriff genommen werden mußte.

Die Approvisionierung stand, wie ja allgemein bekannt ist, ausschließlich im Zeichen des furchtbaren Verfalls unserer Krone, nur auf dem Gebiete der Fleischversorgung konnte durch die Freigabe des Wiener Zentralviehmarktes für den freien Verkehr vorübergehend eine Eindämmung, ja sogar eine kleine Rückbildung in der sonst allgemein preissteigenden Tendenz herbeigeführt werden. Um die Zufuhren von Vieh aus dem Zollauslande, worauf wir ja jetzt noch in weit größerem Maße als vor dem Kriege angewiesen sind, tunlichst zu fördern und um den Vorsprung, den wir auf dem Gebiete unserer Markt- und Schlachthauseinrichtungen gegenüber den Nachfolgestaaten glücklicherweise noch haben, zu behalten, wurde alles aufgeboten, um den im Jahre 1916 in Angriff genommenen Bau des Kontumazmarktes samt Seuchenhofes trotz des enormen Kostenaufwandes seiner baulichen Vollenbung entgegenzuführen zu können. Welche Auslagen dieser Bau verursacht, bzw. wie diese infolge der Entwertung unserer Krone sprunghaft steigen, darüber geben folgende Ziffern Aufschluß: Ursprünglich waren die Kosten dieses Baues mit insgesamt 4.6 Millionen Kronen veranschlagt. Im Dezember 1920 waren aber bereits rund 37 Millionen Kronen verausgabt und trotzdem erst ungefähr neun Zehntel der Anlage fertiggestellt; die restlichen Vollenbungsarbeiten, also für das letzte Zehntel waren aber schon damals mit rund 42½ Millionen Kronen angenommen worden, die jedoch infolge der sprunghaften Steigerung der Preise aller Baustoffe und der Arbeitslöhne im Frühsommer 1921 bereits auf rund 123 Millionen Kronen stiegen.

so daß damals die Gesamtkosten dieses Baues mit rund 160 Millionen Kronen veranschlagt werden mußten. Es gelang, vom Bunde einen Beitrag von 102 Millionen Kronen unter gewissen Bedingungen zu erwirken, so daß die Bauarbeiten wieder in großem Umfange aufgenommen werden konnten und diese einzig dastehende Anlage hoffentlich zu Beginn des nächsten Jahres der Benützung übergeben werden können. Leider wird aber, wie bereits jetzt feststeht, auch mit den 160 Millionen Kronen nicht das Auslangen gefunden werden können, sondern mit weiteren Mehrkosten von vielleicht 100 Millionen Kronen zu rechnen sein. Selbstverständlich wurde auch der Ausgestaltung der übrigen Markt- und Approvisionierungsanstalten größtes Augenmerk zugewendet und insbesondere die tatsächliche Ausführung des Projektes für den weiteren Ausbau des Schlachthauses St. Marx dadurch angebahnt, daß hierfür größere Kredite als Investitionsauslagen sichergestellt wurden; hierüber kann jedoch erst im nächsten Jahre berichtet werden.

Rag.-Abt. 42: Approvisionierung.

Mit dem Wiedereinsetzen der Auslandszufuhren waren die Gründe, welche im Kriege zur zentralen Bewirtschaftung des Fleisches geführt hatten, weggefallen. Der Grundsatz der zentralen Bewirtschaftung war bereits im Frühjahr 1920 durch die Freigabe des Verkehrs mit Kälbern und Schweinen zum Teile verlassen; die Gemeinde setzte sich daher auch für den freien Verkehr mit Rindern ein. Mit 1. Mai 1921 wurde auch dieser Verkehr freigegeben und nahm seither die Beschickung des Rindermarktes einen starken Aufschwung. Sie stieg von 2220 Stück im April auf 20.866 Stück im September. Die starken Transporte aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Monarchie wurden aber später durch die Verschlechterung der österreichischen Valuta stark beeinflusst, so daß die Einfuhr von Lebendvieh und Fleisch aus dem Auslande zu Ende der Berichtszeit fast ganz wegfiel. Dagegen stiegen die Auftriebe aus den österreichischen Bundesländern infolge der Futtermittelnnot, so daß bei den Auftrieben der Stückzahl nach die Friedensziffern bereits überschritten wurden; doch war die Friedensqualität des aufgetriebenen Viehes noch nicht erreicht. Auch auf dem Schweinemarkte nahm die Beschickung einen erfreulichen Aufschwung; auch hier wirkte aber die Valutaverschlechterung äußerst ungünstig ein, so daß die Auftriebe an Lebendvieh von 12.997 Stück im Juli auf 9516 Stück im September zurückgingen.

Im Frühjahr 1921 wurden Verhandlungen mit der Regierung wegen eines Beitrittes zu den Vollendungsarbeiten des Kontumazmarktes eingeleitet, die im August zu einem günstigen Ergebnisse führten. Die Vollendungsarbeiten wurden sodann energisch in Angriff genommen, so daß die Eröffnung des Kontumazmarktes zu Anfang 1922 erwartet werden kann.

Auf dem Zentralviehmarkte St. Marx wurde die Freimachung der Stallgebäude, welche in der Kriegszeit und in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruche zum größten Teile anderen Zwecken gewidmet wurden, eingeleitet, und zum Teile auch durchgeführt. In den Stallgebäuden wurden Reparaturen, insbesondere an den Dächern und am Fußboden vorgenommen. Im Schlachthofe St. Marx wurde die Vergrößerung der Kühlanlage und des Vorkühtraumes durchgeführt. In den Abteilungen II und III des Schlachthofes wurde die maschinelle Einrichtung erneuert bzw. ergänzt, so daß das Fleisch mittels Laufstaken auf einem Laufbahngelände unmittelbar von den Schlachthallen weg in die Kühlanlage gebracht werden kann. Auf dem Naschmarkte wurden die Dächer instandgesetzt, der Gebäudeanstrich erneuert und die Beleuchtungsanlage ergänzt. Überhaupt wurde im allgemeinen eine gründliche Instandsetzung der zu Marktzwecken gewidmeten Gebäuden in Angriff genommen.

War die Entwicklung der Fleischversorgung, wenn zunächst von der Preissteigerung infolge der bekannten valutatischen Verhältnisse abgesehen wird, nicht gerade ungünstig, so kann das gleiche leider nicht gesagt werden von der Versorgung mit Lebensmitteln auf den offenen Märkten und in den Markthallen. Abgesehen davon, daß die Preise aller Lebensmittel aus den eben angegebenen Gründen ganz enorm stiegen, und zwar in viel höherem Ausmaße als die Fleischpreise, ließ die Beschickung aller Märkte vor allem mit Obst aller Art, sehr viel zu wünschen übrig.

Besonders hervorzuheben ist, daß in die Berichtsperiode der allmähliche Abbau der staatlichen Bewirtschaftung des Fleisches, der Kartoffeln, der Marmelade und des Schweinefettes fällt; die staatliche Bewirtschaftung anderer Lebensmittel, insbesondere Zucker und Mehl wurde gelockert.

Infolge der großen Steigerung der Preise aller Lebensmittel und des teilsweisen Abbaues der staatlichen Bewirtschaftung der erwähnten Lebensmittel war dem Marktamt eine Fülle von Aufgaben auf dem Gebiete der Überwachung der Preisbildung erwachsen.

Mag.-Abt. 43: Veterinäramt.

Der Rindviehstand in Wien am Beginne der Berichtsperiode belief sich auf 19.485 Pferde, 3698 Rinder, 11.158 Schweine, 368 Schafe und 9987 Giegen. Bemerkenswert war, daß die Zahl der Hunde von 40.000 im Jahre 1920 auf über 59.000 im Jahre 1921 gestiegen war.

In die Verwaltungszeit vom 1. Juli 1920 bis 30. September 1921 fiel als besonderer Erfolg der Veterinärpolizei die Tilgung der während des Krieges infolge des Amtstierärztemangels in Wien weit verbreiteten Räude der Pferde, welche von 559 kranken Pferden in 271 Gehöften in der I. Hälfte 1920 auf einen Stand von 7 Pferden in 7 Gehöften Ende des Berichtsjahres herabgedrückt wurde. Die Maul- und Klauenseuche hatte in ihrer über ganz Österreich, Bayern und die Schweiz verbreiteten bösartigen Form auch die Klauentiere der Wiener Viehbesitzer heimgesucht und großen Schaden verursacht. Wesentlich zur Tilgung und Bekämpfung dieser Seuche hatte die Impfung der erkrankten Tiere beigetragen. Von der Seuche waren in großem Umfange auch Ziegen und Schweine befallen worden, wodurch den kleinen Viehbesitzern bedeutender Schaden verursacht wurde. Der Rotlauf der Schweine und die Geflügelcholera hatten besonders im Sommer größere Verbreitung gewonnen, jedoch übte auch diesfalls die Schutz-, Not- und Heilimpfung einen maßgebenden Einfluß auf die Einschränkung der Seuche aus. Dem Rोग der Einhufer gelang es dank der angeordneten Masseneinsparung der von auswärts eingeführten Pferde auf einzelne Fälle zu beschränken. Schutz-Feststellung und Tilgung der Tuberkulose bei Rindern wurde vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eine Aktion eingeleitet. Die seit Kriegsende stetig in Abnahme begriffene Zahl der Wutfälle war weiter gefallen. Während in der II. Hälfte des Jahres 1920 noch bei 37 Hunden Wut festgestellt worden war, war diese Zahl in den ersten 9 Monaten des Berichtsjahres auf 17 zurückgegangen.

In der Berichtsperiode wurden in Wien 91.880 Rinder, 24.186 Kälber, 65.653 Schweine, 11.046 anderes Klein- und Stochvieh und 12.716 Pferde geschlachtet und von den städtischen Amtstierärzten auf ihre Genußtauglichkeit untersucht. Die Zahl der monatlichen Schlachtungen war im Zunehmen begriffen und wurden beispielsweise im Juli 1920 1207 Rinder, 1266 Kälber, 495 Schweine, 566 Pferde, hingegen im Juli 1921 8879 Rinder, 2777 Kälber, 14.353 Schweine und 858 Pferde geschlachtet.

Im gleichen Maße waren die Zufuhren auf dem Zentralviehmarkt St. Marg und in der Großmarkthalle angestiegen und hatte auch die Zahl der auf den Wiener Bahnhöfen untersuchten Tiere zugenommen, während die Zufuhren an Auslandsfleisch beträchtlich zurückgegangen waren.

Mag.-Abt. 44: Wirtschaftsamt.

Dem städtischen Wirtschaftsamt obliegt grundsätzlich die Beistellung aller sachlichen Erfordernisse für den Bedarf der städtischen Ämter, Anstalten und Betriebe. Außerdem ist das Wirtschaftsamt auch berechtigt, an die städtischen Unternehmungen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, an denen die Gemeinde finanziell beteiligt ist, Waren aus ihren Vorräten abzugeben. Die Aufgaben besorgen getrennt nach den verschiedenen Gattungen der Erfordernisse sieben Warenabteilungen mit den angeschlossenen Lagerbetrieben und einer gemeinsamen Kasseabteilung. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Juli 1920 bis 30. September 1921 eingelangten Geschäftsküde betrug 10.300, die Zahl der durchlaufenden Materialausfolgeseine 29.469. Die Tätigkeit des Wirtschaftsammtes war natürlich infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und der durch das ständige Sinken der Krone hervorgerufenen fortwährenden Preissteigerungen außerordentlich schwierig, zumal das Amt stets bemüht war, seinen Bedarf im Inlande zu decken, um auf diese Weise die inländische Industrie zu beschäftigen und die Bezahlung in teurer ausländischer Valuta zu vermeiden.

Im einzelnen wäre erwähnenswert: Die Warenabteilung Ia und Ib beschafft hauptsächlich die für den gesamten Gemeindehaushalt notwendigen chemisch-technischen Artikel, wie Öle, Fette, Desinfektionsmittel, Reinigungsmaterialien und -requisiten, Werkzeuge, Maschinen, Haus- und Küchengeräte usw. und verkaufte die einlangenden Altmaterialien oder ließ sie in ihrer Wertstätte wieder instandsetzen. Die Summe der in der Berichtszeit von der Abteilung getätigten Einkäufe belief sich auf zirka 32.000.000 K., wovon um zirka 26.000.000 K. den Ämtern, Anstalten, Betrieben und Unternehmungen für abgegebene Waren fakturiert wurden. Der Abteilung gelang es überdies, durch günstige Einkäufe, worunter sich auch solche bei der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung befinden, ihre Lagerbestände entsprechend aufzufüllen. Der Warenabteilung II obliegt die Bewirtschaftung aller Textil-

und Lederwaren, darunter hauptsächlich die Versorgung der städtischen Humanitätsanstalten mit Kleidern, Wäsche und Schuhen und die Konfektionierung der notwendigen Monturstücke für städtische Amtsgesellen, die Feuerwehr, den Fuhrwerks- und Kraftwagenbetrieb usw. Dieser Abteilung war es sogar gelungen, durch Abschluß einiger für die Gemeinde günstiger Käufe den Bedarf für die nächste Zeit einzudecken. Fertigwaren wurden um zirka 28.300.000 K und Lederwaren um zirka 6.200.000 K angekauft und an Anstalten, Betriebe und Unternehmungen solche Waren im Werte von 25.560.000 K abgegeben. Außerdem hatte diese Abteilung als Ersatz für Dienstkleider einzelner Angestelltengruppen, die in den vergangenen Jahren wegen Mangel an Waren in natura nicht beigelegt werden konnten, Pauschalen im Gesamtbetrage von rund 2.900.000 K zur Auszahlung gebracht. Die Warenabteilung III beschafft und bewirtschaftet das für den Gemeindehaushalt notwendige Papier, die Papierwaren, Kanzleierfordernisse, Schreib- und Rechenmaschinen usw., sowie alle für den Bedarf der städtischen Volks- und Bürgerschulen nötigen Lehrmittel. Die Lage auf dem Papiermarkte war ziemlich ungünstig, da die Papierfabriken ihre Erzeugnisse größtenteils in die Nachfolgestaaten und nach Rumänien und Polen exportierten und dabei wesentlich höhere Preise erzielten. Trotzdem war es gelungen, den beiläufig 35 Waggons betragenden Papierbedarf zu decken und dadurch die Lagerbestände zu erhalten. Die Abteilung III besorgt die Drucklegung sämtlicher Amts-, Anstalts- und Betriebsdruckformen und stellt den Druckern hierzu das Papier aus den eigenen Vorräten zur Verfügung. Insgesamt wurden 4400 Druckaufträge mit einer Auflagenhöhe von 34 Millionen und einer Druckbogenanzahl von 4.000.000 erledigt. Der 4.000.000 betragende Bedarf an bedruckten und unbedruckten Amtstüchern wurde in eigener Regie angefertigt. Durch eine genaue Verbrauchskontrolle und Einführung von geeigneten Sparmaßnahmen wurde der Verbrauch der Kanzleierfordernisse aller Art stark verringert. Der Ankauf von Schreib- und Rechenmaschinen war aus valutarischen Gründen undurchführbar. Die im Besitze der Gemeinde vorhandenen 363 Schreib- und 52 Rechenmaschinen mußten daher je nach Bedarf möglichst rationell verteilt werden. Es gelang dem Wirtschaftsamt, mit zwei Mechanikern Verträge abzuschließen, welche sie verpflichten, die Maschinen regelmäßig zu reinigen und instandzuhalten. Im Berichtszeitraume hatte auch die Abteilung III das erste Mal die Belieferung der öffentlichen Schulen mit allen Lernmitteln, die den Kindern von der Gemeinde Wien unentgeltlich beigelegt werden, durchzuführen. In die Zuständigkeit der Warenabteilung IV fallen die Beschaffung des Beleuchtungs- und Installationsmaterials, die Verwaltung der Fernsprechanstalten der städtischen Ämter, Anstalten und Betriebe, seit April 1921 auch der Ankauf der Gummibereifungen für sämtliche Kraftwagen, sowie die Verhandlungen mit den städtischen Kontrahenten wegen Aufzahlungen auf den städtischen Preistarif vom Jahre 1912, soweit hiefür nicht das Bauamt kompetent ist. Im einzelnen wurden gekauft: 32.742 Stück elektrische Glühlampen um K 2.047.451,—, 27.364 Stück Lampenzyklinder um K 397.865,—, 42.516 Stück Gasglühkörper um K 558.801,—, 27.364 Stück Lampenzyklinder um K 397.865,—, 629 Stück Vollgummireifen um K 13.109.163,—, 404 Stück Mäntel samt Schläuchen um K 8.366.476.—. Die Höhe der auf die Preistarife genehmigten Aufzahlungen betrug im Juli 1920 durchschnittlich 1500% bis 2000%, gegen 8000% bis 10.000% im September 1921. Seitens der Warenabteilung V wurden zur Versorgung der Ämter, Schulen, Anstalten und Betriebe gekauft 449.603 q Kohle im Betrage von K 182.972.505,—, 287.390 q Koks im Betrage von K 168.847.863.— und 2.594.656 kg Brennholz im Betrage von K 7.819.607.—. Die Warenabteilung VI vermittelt den Verkehr zwischen Gemeinde Wien und der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung. Im Februar wurde die Beschaffung und Bewirtschaftung der für die Humanitätsanstalten notwendigen Lebensmittel usw. gleichfalls dem Wirtschaftsamt übertragen und hiefür die zentrale Warenabteilung VII angegliedert. Bis Ende September hatte diese Abteilung die zentrale Lebensmittelbeschaffung auf alle Nahrungsmittel mit Ausnahme von Gemüse und Kartoffeln ausgedehnt; seit Juli wurden von ihr auch die Landesanstalt „Am Steinhof“, das Taubstummen-Institut und das Zentralfindelheim versorgt, da diese Anstalten in die Verwaltung der Gemeinde Wien übernommen werden sollen.

Mag.-Abt. 45: Administrative Grundangelegenheiten.

Trotz der durch den Krieg und seine Nachwirkungen herbeigeführten misslichen Wirtschaftsverhältnisse, die den Haushalt der Gemeinde ungemein belastet haben, hatte sie ihre bodenpolitischen Ziele nicht ganz zurückgestellt und es wurden auch in der Berichtszeit einzelne Liegenschaften erworben, so das Schulgebäude der „Freien Schule“ im VIII. Bezirk, das sogenannte Draschschloß im X. Bezirk, die Garnisonswäscherei im XII. Bezirk und die Groß-Engersdorfer Kavalleriekaserne. Außerdem hatte die Gemeinde im Wege der Enteignung auch die erforderlichen Flächen für die Erweiterung des Zentralfriedhofes gesichert und den ehemals Schwarzenbergischen Grund, auf dem sich der Hochstrahlbrunnen und die anschließende

Gartenanlage befinden, in ihren Besitz gebracht. Von der Veräußerung städtischen Besitzes wurde vollständig Umgang genommen und die Auswertung im Baurecht oder durch langfristige Verpachtung, erstere auch für industrielle Anlagen gewählt. Hervorzuheben wäre diesbezüglich die Bestellung von Baurechten für den „Holzmarkt Wien“ im XI. Bezirk und für ein Bureauhaus im VI. Bezirk, ferner die Überlassung von Grundflächen für ein Ausstellungsgebäude im IV. Bezirk und für ein großzügiges Theater- und Volksbildungsunternehmen im XV. Bezirk.

In der Verwaltung des städtischen Grundbesitzes wurde die durch die fortschreitende Geldentwertung einerseits und die enorm gestiegenen Lasten der Gemeinde andererseits gebotene Regulierung der Zinse, mit der bereits im Jahre 1919 begonnen worden war, fortgeführt und dabei das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, eine einheitliche Behandlung dieses Verwaltungszweiges zu erreichen. Sonderbarerweise stieß die Gemeinde hierbei des öfteren auf Schwierigkeiten, da sich die Pächter der Anschauung konsequent verschlossen, daß auch die Gemeinde den Anspruch auf einen Ertrag aus ihren Liegenschaften habe. Infolge der steten Verschlechterung der Valuta ging aber der Effekt der Erhöhung der Zinse immer wieder verloren; um diesen Schwankungen zu begegnen, wurde auf eine in früheren Zeiten namentlich bei landwirtschaftlichen Grundstücken übliche Bemessung des Zinses nach Bodenprodukten zurückgegriffen und eine Naturalzinseinheit festgesetzt; damit hatte man eine Grundlage gewonnen, die dem Ertragswerte jederzeit gerecht wird.

Die Zeitverhältnisse brachten es mit sich, daß der Grundbesitz der Gemeinde in immer größerem Maße in Anspruch genommen wurde. Kleingärtner und Siedlungsgenossenschaften waren die Hauptbewerber. Um dem Bedarfe der ersteren entgegenzukommen, wurden vielfach Pachtflächen, auch außerhalb der eigentlichen Kleingartenzonen, freigemacht, und um den Beginn der Bauarbeiten für die Siedlungen zu ermöglichen, mußten ebenfalls städtische Gründe herangezogen werden, weil die Sicherstellung der in die Siedlungszonen fallenden Privatgründe erst im Enteignungsverfahren erfolgen kann. Zu diesem Zwecke wurden an der Rosenhügelstraße im XII. Bezirk, an der Halterbachstraße im XIII. Bezirk, am Krottenbach im XIX. Bezirk und in Alpern größere Flächen überwiesen, auf denen mit der Verbauung sofort eingestiegen werden konnte.

Gleichwie beim Grundbesitz mußte die Gemeinde auch bei ihren zinstragenden Häusern, nachdem der private Hausbesitz damit schon längst vorangegangen war, eine Regulierung der Zinse durchführen, um den Ausfall, der sich aus der enormen Steigerung aller Erfordernisse ergeben hatte, möglichst herabzubrüden. Diese Maßnahmen erfolgten jeweils im Einvernehmen mit den Mietern und unter tunlichster Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Wohnparteien.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die Gemeinde im Berichtsjahre eine Reihe von Stiftungs- und Fondshäusern von der ehemaligen Landesbehörde in ihre Verwaltung übernommen hatte und daß ihr infolge der Verfassungsänderung auch die Abwicklung der Grundanforderungen nach dem Kriegsteilungsgesetze zufiel, die wegen der ungeklärten Kompetenzen einzelner in Betracht kommender staatlicher Stellen nicht mit der wünschenswerten Raschheit vor sich geht.

Mag.-Abt. 46: Amts- und Schulhäuser.

Die im Berichtsjahre durchgeführte Reform der Gemeindeverwaltung brachte eine Reihe räumlicher Änderungen im Stande der zentralen städtischen Ämter mit sich, indem die nach neuen Gesichtspunkten geschaffenen Verwaltungsgruppen eine räumliche Zusammenziehung der zu jeder Verwaltungsgruppe gehörigen Ämterstellen erforderten. Bei diesem Anlasse gelang es auch, eine räumliche Zusammenziehung der einzelnen, früher zerstreut liegenden Abteilungen des städtischen Wohnungsamtes in einem Gebäude zu vollziehen.

Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse brachten auch für den Betrieb des Wiener Rathauskellers im Berichtsjahre ganz bedeutende Schwierigkeiten mit sich, so vor allem hinsichtlich des Weineinkaufes, doch gelang es trotz des großen Bedarfes den Lagerstand immer wieder zu ergänzen und bei billigen Preisen stets Qualitätsweine anzuschaffen. Auch war es möglich, nunmehr endlich mit der schon seit langem geplanten entsprechenden Ausgestaltung der Wirtschaftsräume des Wiener Rathauskellers zu beginnen und durch rechtzeitige Beschaffung mit allen erforderlichen Baumaterialien große Vorteile zu erzielen.

VII. Gruppe.

Allgemeine Verwaltung.

Amtsführender Stadtrat Karl Richter.

Der Geschäftsgruppe VII, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, ist durch die im November 1920 erfolgte verfassungsmäßige Trennung der Stadt

Wien vom Land Niederösterreich ein sehr großer Teil der Verwaltungsangelegenheiten der früheren Landesregierung Niederösterreich zugefallen. Aus der Zusammenstellung der Aufgaben und der Tätigkeit der einzelnen Magistratsabteilungen ist dieser neue Aufgabenkreis ersichtlich. Die Übernahme und Fortführung dieser Agenden vollzog sich klaglos und es war sogar möglich ein rascheres Arbeiten des Verwaltungsapparates zu erzielen.

Die städtischen Sammlungen, die Bibliothek und der Archiv haben durch entsprechende Dotationen und auch durch Spenden eine erfreuliche Erweiterung erfahren, wenn es auch noch immer nicht möglich war, für Sammlungen und Bibliothek entsprechende Räume zu erhalten. Hoffentlich wird auch diese Schwierigkeit überwunden werden, damit die Stadt Wien noch mehr wie bisher ihre Verpflichtungen auf dem Gebiete der Förderung, der Kunst und Wissenschaft zu erfüllen vermag. Das Uhrenmuseum der Stadt Wien, eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges, die keine andere Stadt aufzuweisen hat, wurde der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Mit der fortschreitenden Erholung von den furchtbaren Folgen des Krieges wird es auch immer mehr möglich, den kulturellen Aufgaben der Stadtverwaltung Rechnung zu tragen.

Magistratsabteilung 47: Zivilrechtsangelegenheiten.

In der Magistratsabteilung für Zivilrechtsangelegenheiten hat die Zahl der Lagerbuchsuperate in der Berichtzeit eine Vermehrung um 368 erfahren, so daß die Gesamtzahl am Schlusse derselben 19.533 betrug. An Verträgen und Urkunden wurden 263 ausgefertigt. Unter den bedeutenderen, grundbücherlichen Durchführungen sind hervorzuheben, jene der Grundtransaktionen der zum Zwecke der Errichtung eines städtischen Kühl- und Gefrierhauses, zur Ausgestaltung des städtischen Lagerhauses und zu Approvisionierungszwecken im II. Bezirke erworbenen Donauregulierungsfondsgründe und weiter die Einbüchserung der mit der Südbahngesellschaft über die Regulierung des Wiedner- und Margareten- gürtels, sowie über eine beträchtliche Zahl anderer Grundtransaktionen abgeschlossenen Übereinkommen. Aus Anlaß von Parzellierungen wurden umfangreiche Verbücherungen bei der Errichtung von Bediensteten-Wohnhäusern der städtischen Straßenbahnen im XVII. Bezirke an der Richtenhaufenstraße, Wattgasse, Röbergasse und Hernauer Hauptstraße durchgeführt. Ferner waren in der Berichtzeit bei den städtischen Ämtern und Unternehmungen 313 Aktiv- und 156 Passivprozesse anhängig und waren rund 100 Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes, zum weitaus überwiegenden Teile in Mieterschutz- und Wohnungsanforderungssachen, erlassen. Erb- und Vermächtnisfälle standen 45 in Behandlung. Größere Nachlässe haben der Gemeinde zugewendet: der in Heiligenkreuz am 2. Juli 1920 verstorbene Ingenieur August Niedermoser und der in Graz am 25. Juli 1920 verstorbene Ingenieur Gustav Mülle. Schriftliche Rechtsgutachten wurden abgefordert und erstattet in neun wichtigen Fällen. Hievon sei mit Rücksicht auf die grundsätzliche Bedeutung jenes über die Haftung der Gemeinde für Schäden hervorgehoben, die jemandem aus Anlaß von Aufläufen und Demonstrationen (Tumultschäden) erwachsen. Eine derartige Haftung wurde mangels diesbezüglicher gesetzlicher Bestimmungen abgelehnt. Endlich sei darauf verwiesen, daß in einigen Streitfällen aus Anlaß der Durchführung der vom Gemeinderate beschlossenen Regulierung der Platzinse, da sich eine Anzahl von Hauseigentümern weigerte, die vorgeschriebene Zinserhöhung anzuerkennen und sich auf die Ersetzung der benötigten Straßengrundstücke betraf, ein ausführlich begründetes Gutachten dahin abgegeben wurde, daß bei Inanspruchnahme von öffentlichem Gut für platzinspflichtige Objekte baulicher Natur eine Ersetzung angeht der Bestimmungen der Bauordnungen nicht möglich ist, daß solche Sondernutzungen an öffentlichem Gute vielmehr nach den Normen des öffentlichen Rechtes zu beurteilen sind.

Magistratsabteilung 48: Schul- und Volksbildung.

Von den infolge der Verfassungsänderung von der n.-ö. Landesregierung an den Wiener Magistrat übergegangenen Agenden übernahm die Magistratsabteilung 48 (Schul- und Volksbildung) die Theaterschul- und Tanzschulkonzessionen; es zeigte sich auf dem Gebiete der letzteren eine gesteigerte Bewerbung.

Mit Rücksicht auf die Staatsverträge von St. Germain und Brünn wurden in der Berichtsperiode 13 Volksschulen für Knaben und Mädchen mit tschechischer Unterrichtssprache eröffnet und für die an diesen wirkenden Lehrkräfte zwei Fortbildungskurse errichtet.

Zu folgenden Organisationsänderungen städtischer Volks- und Bürgererschulen wurde die Zustimmung erteilt: Teilung der Knaben- und Mädchen-Volksschule XIX., In der Krim 6 in eine selbständige Volksschule für Knaben und eine selbständige Volksschule für Mädchen. Umorganisation der Mädchen-Volks- und Bürgererschule, XV., Zinkgasse 12/14, in eine reine Mädchen-Bürgererschule und Verlegung der fünf Mädchen-Volksschulklassen in das Schulgebäude, XV., Hadengasse 11. Auflösung der Volksschule für Knaben und Mädchen, I., Bartensteingasse 7, der Knaben-Volksschule, III., Pfarrhofgasse 1, der Knaben-Volksschule, VI., Stumpergasse 10, der Mädchen-Volksschule, VI., Stumpergasse 10, der Knaben-Volksschule, VIII., Wiaristengasse 43, und der Knaben-Volksschule, VIII., Landongasse 5. Umwandlung der Mädchen-Volksschule, VIII., Langegasse 36, in eine Knaben- und Mädchen-Volksschule unter gemeinsamer Leitung.

Das Sonderschulwesen Wiens hat auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. Oktober 1920 durch den Landesschulrat für Wien eine sachliche und persönliche Neuordnung erfahren. Es wurden zwei fünfklassige Taubstummenklassen (IX. und XV. Bezirk) und elf fünfklassige Hilfsschulen mit einer Vorschule definitiv organisiert und der erforderliche Lehrstatus für dieselben systemisiert. Mit dem Beschlusse vom 1. Oktober 1920 hat der Gemeinderat die grundsätzliche Zustimmung zur Errichtung von Klassen für schwerhörige und von Kursen für sprachtrante schulpflichtige Kinder erteilt. Im Laufe des Schuljahres 1920/21 wurde die Untersuchung der in Betracht kommenden Schulkinder durch Spezialärzte veranlaßt, um die Grundlagen für die mit Beginn des Schuljahres 1921/22 zu eröffnenden Klassen und Kurse für schwerhörige bzw. sprachtrante Kinder zu gewinnen. Weiter wurden Spezialkurse zur Vorbereitung von Lehrkräften für den Unterricht in diesen Klassen und Kursen errichtet. Einjährige Lehrkurse für die der Schulpflicht entwachsene Jugend, sogenannte IV. Bürgererschulklassen, wurden neun neu errichtet, so daß im Schuljahre 1920/21 insgesamt 35 bestanden, hiebon 17 für Knaben und 18 für Mädchen, von letzteren 12 mit hauswirtschaftlicher und 6 mit literarischer Richtung.

Magistratsabteilung 49: Wahlen, Kultusangelegenheiten, Verschiedenes.

Die Magistratsabteilung 49 nahm ihre Tätigkeit auf Grund der neuen Geschäftseinteilung des Magistrates am 1. Juli 1920 auf. Die ihr nach dieser Geschäftseinteilung zugewiesenen Geschäfte übernahm sie teils von der ehemaligen Magistratsabteilung XIX (Wahlen, Musterschulangelegenheiten), teils von der Magistratsabteilung XXII (Kultusangelegenheiten und Verschiedenes). Weiter ist ihr die Zentraleinstelle des Magistrates unterstellt. Eine Erweiterung der Agenden fand mit dem Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung statt, wodurch dem Magistrate infolge der Trennung von Wien und Niederösterreich-Land die Geschäfte der Landesregierung zufielen. Die Magistratsabteilung 49 erhielt das gesamte Vereinswesen mit Ausnahme der Sparkassen, ferner gewisse Kultusangelegenheiten, sowie Angelegenheiten, welche keiner anderen Stelle zugewiesen wurden. Mit den Vorarbeiten für die Übernahme der Geschäfte der Landesregierung wurde bereits anfangs November 1920 begonnen, so daß am 11. November 1920 die Tätigkeit der Magistratsabteilung 49 als Landesregierung ordnungsgemäß einsetzen konnte. Schwierigkeiten bot die Übernahme des Vereinskatasters, der in der Art, wie er bei der ehemaligen n.-ö. Landesregierung geführt wurde, eine rasche Übergabe nicht zuließ. Da ungefähr 30.000 Stüd Vereinsakten übernommen werden mußten und ohne sie eine fortlaufende Bearbeitung der einlangenden Vereinsakten nicht möglich war, wurden sie unter Beibehaltung der bei der n.-ö. Landesregierung eingeführten Gruppeneinteilung alphabetisch gelegt und so in kurzer Zeit ein ziemlich gebrauchsfähiger Kataster erzielt. Der Einlauf an Vereinsakten war ziemlich bedeutend, namentlich in der ersten Zeit der Übernahme der Geschäfte liefen in manchen Tagen 20 und noch mehr Vereinsbildungsakten ein. Im Sommer 1921 war vorübergehend ein Abflauen zu verzeichnen. Jedenfalls gehören die Vereinsagenden zu den umfangreichsten Geschäftszweigen, welche dem Wiener Magistrate mit der Trennung von Wien und Niederösterreich zugewachsen sind. Nicht minder umfangreich sind die Kultusangelegenheiten, von denen jedoch nur ein kleiner Teil, und zwar die staatliche Anerkennung der Religionsgesellschaften, die Kultusfriedhöfe und die Angelegenheiten betreffend die interkonfessionellen Verhältnisse übernommen wurde. Weit aus der größere Teil verblieb aus Gründen der Berechnung zunächst noch in der Verwaltung der Landesregierung für Niederösterreich-Land. Ihre Übernahme dürfte voraussichtlich Anfang des Jahres 1922 erfolgen.

Aus dem Geschäftszweige „Verschiedenes“ ist der seltene Fall einer Patententeignung zu erwähnen, der übrigens der erste war, der seit dem Bestehen des Patentgesetzes bei österreichischen Verwaltungsbehörden anhängig wurde.

Außer diesen ständig laufenden Geschäften wurden der Abteilung noch eine Reihe von Angelegenheiten zugewiesen, welche entweder nur jährlich zu gewissen Zeiten oder in Zwischenräumen von mehreren Jahren anhängig werden. Zu den ersteren zählten die Arbeiten, die mit der Bildung der Geschworenen- und Schöffentlisten zusammenhängen, zu den letzteren die Wahlen. Die Bildung der Geschworenen- und Schöffentlisten erfolgt alljährlich in den Herbstmonaten und verursacht nach den heute geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht unbedeutliche Arbeiten, weshalb bereits ihre Vereinfachung bei den zuständigen Faktoren angeregt wurde. An Wahlen waren im Herbst 1920 die Nationalratswahl, im Frühjahr 1921 die Wahlen in die Arbeiterkammer durchzuführen.

Einer näheren Ausführung bedarf die Durchführung der Nationalratswahl, welche fast vier Monate erforderte und in jeder Hinsicht an die Verwaltung die größten Anforderungen stellte. Die Vorarbeiten begannen anfangs Juli 1920 zugleich mit der Aufstellung der Abteilung. Die ersten Arbeiten bezogen sich auf die Revision, der anlässlich der Wahl in die konstituierende Nationalversammlung geschaffenen Sprengelteilung. Soweit es möglich war, wurden die Sprengelgrenzen abgerundet und so gezogen, daß sie den örtlichen Verhältnissen Rechnung trugen. Hernach setzte die Wähleraufnahme ein, für welche mehr als 400 städtische Lehrer und Beamte herangezogen werden mußten. In 16 Tagen war die Aufnahme in allen Häusern Wiens vollzogen. Noch während der Aufnahme wurde mit dem Schreiben der Wählerverzeichnisse begonnen, die mit Rücksicht auf die im Gesetze vorgeschriebene Verpfichtung, Abschriften an die wahlwerbenden Parteien abzugeben, mit chemischer Tinte hergestellt und sodann durch mehrere Firmen vervielfältigt wurden; denn eine einzelne Firma war nicht imstande, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit eine so gewaltige Arbeit auszuführen. Der Preis eines an die Parteien abgegebenen Exemplares des Wählerverzeichnisses von ganz Wien betrug 60.000 Kronen, der des Wählerverzeichnisses eines einzelnen Wahlkreises 9000 Kronen. Dazu kamen die Nachträge zum Wählerverzeichnisse, welche 2300 Kronen bzw. 350 Kronen kosteten. Für das Schreiben des Wählerverzeichnisses wurden 443 Aushilfschreiberkräfte in Dienst gestellt, die einen Taglohn von 70 Kronen erhielten. Das Wählerverzeichnis von ganz Wien enthielt 1.121.555 Personennamen und bestand aus ungefähr 15.000 Bogen im Formate eines gewöhnlichen Kanzleipapieres. Entsprechend der Einteilung des ganzen Wahlgebietes in Sprengel war es in 1472 Sprengelwählerverzeichnisse unterteilt. Am 28. August 1920 waren die Wählerverzeichnisse vollkommen fertiggestellt und am 30. und 31. August erfolgte die Überprüfung derselben durch die Ortswahlbehörden. In der Zeit vom 1. bis einschließlich 14. September 1920 gelangten die Wählerverzeichnisse zur Auflegung in 107 Reklamationsstellen, wo auch die Einsprüche gegen die Wählerverzeichnisse eingebracht werden konnten. Von den 29.771 eingebrachten Einsprüchen betrafen 26.887 Aufnahms- und 2884 Ausscheidungsbegehren. Ihre Erledigung durch die Bezirkswahl- und Kreiswahlbehörden nahm die Zeit bis 3. Oktober in Anspruch, an welchem Tage das Nichtstellungsverfahren durch die Kreiswahlbehörden einsetzte. Die letzten Tage vor der Wahl waren den technischen Vorbereitungen, der Einrichtung der Wahllokale, sowie der Verführung der Wähler und Befehle gewidmet. Alle Arbeiten wurden ferningemäß nach dem bereits anfangs Juli aufgestellten Kalendarium fertiggestellt. Am 17. Oktober 1920 fand die Wahl statt. Die Entgegennahme der Stimmzettel besorgten 1472 Ortswahlbehörden in der Zeit von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Sodann erfolgte das Strutinium, welches in den meisten Wahllokalen um 8 Uhr abends beendet war. Bereits um Mitternacht waren die Wahlresultate in allen Wiener Wahlkreisen ermittelt. Von 1.121.555 Wahlberechtigten hatten 937.615 ihr Wahlrecht ausgeübt. Von den in Wien zu besetzenden 48 Mandaten entfielen 28 Mandate auf die sozialdemokratische, 16 auf die christlichsoziale, 3 auf die großdeutsche Volkspartei und 1 Mandat auf die bürgerliche Arbeitspartei. Der Wahltag selbst verlief vollkommen ruhig. Erhebliche Beschwerden oder Anstände waren weder im Vorbereitungsverfahren noch am Wahltag zu verzeichnen. Den bei der Durchführung der Wahl beschäftigten leitenden Beamten des Magistrates wurde die besobende Anerkennung seitens des Stadtsenates ausgesprochen.

Magistratsabteilung 50: Staatsbürgerschafts-, Heimatrechts-, Personenstandes- und Wehrangelegenheiten.

Zu den Agenden dieser Magistratsabteilung zählen alle Angelegenheiten, welche die Staatsbürgerschaft (Bundes- und Landesbürgerschaft), das Heimatrecht und die Ehe- und Matrikenfachen betreffen.

Am 16. Juli 1920 ist der mit Österreich zu St. Germain abgeschlossene Friedensvertrag in Wirksamkeit getreten. Er hat die Bevölkerung des alten Staates im wesentlichen nach dem Heimatrecht, das der Einzelne am 16. Juli 1920 besaß, auf die Sukzessionsstaaten aufgeteilt. Durch ihn haben insbesondere auch die auf Grund des Gesetzes vom 5. Dezember 1918 für die Zugehörigkeit zu Österreich abgegebenen Staatsbürgerrechtserklärungen, soweit sie nicht von dem Erwerb eines Heimatrechtes auf österreichischem Boden gefolgt waren, ihre Gültigkeit verloren. Es sind hiedurch viele österreichische Staatsbürger dieser Staatsangehörigkeit verlustig und wieder Bürger eines fremden Staates geworden. Doch haben die im Friedensvertrag vorgesehenen Optionen (Art. 80, auf Grundlage der Zugehörigkeit zur Mehrheit der Bevölkerung nach Rasse und Sprache, und Art. 78, auf der Grundlage eines früheren Heimatrechtes) sofort eine neuerliche höchst umfangreiche Verschiebung in den durch den Vertrag eben begründeten Staatsbürgerrechtsverhältnissen eingeleitet, die auch in einer besonderen Belastung der städtischen Ämter zum Ausdruck kam. Es sind nämlich in Wien nicht weniger als 116.076 Optionsfälle nach Art. 80 des Vertrages angemeldet worden, von denen bis Ende September des Berichtsjahres — die Entscheidung stand beim Ministerium des Innern — rund 51.000 anerkannt, rund 13.000 zurückgewiesen worden sind. Da sich zwischen den staatsbürgerrechtlichen Bestimmungen des Friedensvertrages und eines gleichzeitig mit der Tschecho-Slowakei abgeschlossenen Vertrages bedeutende Differenzen ergaben, schien es geboten, diese in einem zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Übereinkommen nach Möglichkeit zu beheben (Vertrag zu Brünn vom 7. Juni 1920, in Kraft getreten am 10. März 1921.). Dieser Vertrag führte außerdem eine neue Option auf Grund des zehnjährigen Wohnsitzes ein (Ende der Optionsfrist 9. März 1922). Bis Ende September 1921 waren rund 2000 Ansprüche in Wien angemeldet worden.

Auf heimatrechtlichem Gebiete veranlaßte die Steigerung des Gemeindeaufwandes in Verbindung mit der Geldentwertung die Notwendigkeit, die Taxe für die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zu regulieren. Bereits mit dem Gemeinderatsbeschlusse vom 9. Juli 1920 war eine Änderung beschloffen worden. Doch trankte auch dieser Tarif an dem Nachteile, daß die wie früher nach der Länge des Aufenthaltes in Wien und dem Einkommen vorzuschreibende Taxe eine absolute Grenze auch nach oben hatte. Der Gemeinderat hat daher in der Sitzung vom 15. Juli eine abermalige Änderung beschloffen. Diese hat, während sie die Taxe bei einem Jahreseinkommen unter einer Million Kronen nach fixen Sätzen bemessen hat, bei einem höheren Einkommen die Taxe nach Prozentsätzen dieses Einkommens bestimmt und hiedurch die stärkere Belastung höherer Einkommen ermöglicht.

In Angelegenheit der vom Magistratsrat als Landesbehörde von der bestandenen Landesregierung übernommenen Dispenspraxis hinsichtlich des Ehehindernisses des bestehenden Ehebandes wurden bis Ende September des Berichtsjahres rund 2800 Dispensgesuche eingebracht.

Magistratsabteilung 51: Statistif.

Wegen der bedeutenden Herstellungskosten wurde verfügt, daß bis auf weiteres von der Drucklegung sowohl des Berichtes über die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien (Verwaltungsberichtes) als des statistischen Jahrbuches der Stadt Wien abzusehen sei. Auch mußte das Erscheinen der Monatsberichte der statistischen Abteilung aus dem gleichen Grunde eingestellt werden. Es sind daher in der Berichtszeit nur mehr die Wochenberichte der statistischen Abteilung erschienen, in denen regelmäßig Angaben über die Bevölkerungsbewegung (Geburten, Trauungen und Sterbefälle), über die anzeigepflichtigen Krankheiten und die meteorologischen Verhältnisse und außerdem fallweise Daten über die verschiedensten Zweige der Statistik enthalten sind. Der Bericht über die Verwaltung der Stadt Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1914 bis 30. Juni 1919, der insbesondere auch ein Bild über die Tätigkeit der Gemeinde während der ganzen Kriegszeit gibt, ist in der Berichtszeit im Manuskript nahezu vollständig fertiggestellt worden; die Drucklegung desselben wird aber aus dem angegebenen Grunde unterbleiben müssen. In Vorbereitung ist ein „Statistisches Handbuch der Stadt Wien“, das in gedrängter Kürze die wichtigsten statistischen Daten über die Stadt enthalten wird und als Unterrichtshilfsmittel in den städtischen Schulen Verwendung finden soll.

Magistratsabteilung 52: Lokalpolizei.

In diese Magistratsabteilung ressortieren die Wasserversorgung, das Feuerlöschwesen, die Straßenpolizei und Verkehrsangelegenheiten. Was die Wasserversorgung betrifft, so wurde diese in der Berichtszeit völlig klaglos durchgeführt. Die Länge des Rohrnetzes sämtlicher Wasserleitungen Wiens beträgt 1.399.947 m. Durch dasselbe wurden 4039 Straßenhydranten und 3488 Hydranten in öffentlichen und privaten Gebäuden gespeist.

Der Stand der städtischen Feuerwehr wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 15. Juli mit 18 Offizieren, 43 Unterbeamten, 922 Mann des Branddienstes und 130 Leuten des Verwaltungs- und Betriebsdienstes neu systemisiert; hiedurch wurden 2 Offiziere, 28 Mann des Branddienstes und 42 Leute des Verwaltungs- und Betriebsdienstes abgebaut, obwohl die im Berichtsjahre erfolgte Besetzung der Wache Floridsdorf mit drei elektromobilen Geräten eine Vermehrung der Mannschaft des Branddienstes um 32 Mann erforderte. Die Berufsfeuerwehr besetzte die Zentrale im I. Bezirk, 2 Hauptfeuerwachen im VI. und X. Bezirk, 4 Dampfprienzugwachen im II., V., XI. und XXI. Bezirk, 8 Zugwachen im II. und III. Bezirk, in St. Marx, ferner im IV., VII., VIII., IX. und XX. Bezirk, 1 Hausfeuerwache im I. Bezirk und 1 Beobachtungsposten auf dem Turm des St. Stephansdomes. Die Zahl der Feuermelder und Induktoren betrug 983; die Länge der Automatenlinien 514.108 m, hievon 112.868 m in Kabel; der Alarm- und Signalleitungen 237.946 m, davon 61.326 m in Kabel. Ausgenommen und abgegeben wurden 205.950 Depeschen. Durch den Schneefall am 4. Februar wurden die Freileitungen einzelner Bezirke nahezu vollständig zerstört. Insgesamt traten hiedurch 2443 Drahtrisse und 84 Drahtberwicklungen ein; 24 Säulen wurden umgebrochen und 78 Träger beschädigt. Die notdürftige Herstellung erfolgte mit verstärkten Arbeitspartien unter Ausdehnung der Arbeitszeit in 14 Tagen, während die vollständige Instandsetzung weitere zwei Monate in Anspruch nahm. Als Ersatz für gestohlenen Drahtmaterial wurden hiezu 10.210 m Isolier- und 623 m Blanddraht verwendet. An Geräten verfügte die Berufsfeuerwehr am Ende des Berichtsjahres über 55 Elektromobile (hievon 6 Dampfprienzüge und 8 Schiebelleitern), 3 Benzinelektromobile mit Rundlaufpumpen, 25 Benzinautomobile — hievon 10 Kraftpumpen — und 6 pferdebespannte Dampfprienzüge. Durch Übergabe des Altenfuhrendienstes an die städtische Leichenbestattung war ein Abbau des Pferdebestandes um 10 Pferde möglich, so daß dieselbe am Schlusse der Berichtszeit 64 Pferde betrug. Die Ausrüstungsordnung hatte insofern Änderungen erfahren, als durch die teilweise Besetzung der freiwilligen Feuerwehr Floridsdorf mit Mannschaft und Geräten der Berufsfeuerwehr, sowie infolge Auflösung der freiwilligen Feuerwehr Gaudenzdorf diese Ausrüstungsrahone an die Berufsfeuerwehr übergegangen sind. Anzeigen über Brände und Unfälle wurden 2588 erstattet; in 28 Fällen war die Alarmierung der Feuerwehr mutwillig, in 21 Fällen irrig erfolgt. Die Anzeigen betrafen 25 Großfeuer, 94 Mittelfeuer, 621 Kleinf Feuer 339 Rauchfangfeuer und 592 Unfälle, darunter 77 mit Gefährdung von Menschen und 108 mit Gefährdung von Tieren. Zu Bränden und Unglücksfällen außerhalb des Gemeindegebietes rückte die Berufsfeuerwehr sechsmal aus. Die Gesamtzahl der Ausrückungen betrug, 2987. Die Mitwirkung der Feuerwehr-Offiziere in Angelegenheiten der Feuerpolizei war bedeutend, und zwar wurden im ganzen 3392 kommissionelle auswärtige Amtshandlungen vorgenommen. Außer den normalen Beistellungen von Feuerwachen für die Vorstellungen in Theatern und anderen Vergnügungsorten wurden während der Wiener Messe in den Ausstellungsräumen der Rotunde, des Vergnügungsparks, den Hoffstallungen und der Hofburg stärkere Wachen unterhalten. Von größeren Bränden wären erwähnenswert: das Feuer in der Stiftskaserne am 30. November 1920, das Holzplatzfeuer auf dem Bahnhof Heiligenstadt am 20. Jänner 1921, das Baradenfeuer in Klein-Schwechat am 22. April 1921, das Werkstättenfeuer in der Rudolfsheimer Dampfkrastvermietung, XIV., Pfeiffergasse 3, und das Kellerfeuer, VII., Neubaugasse 56, am 26. April 1921. Von den Bränden außerhalb Wiens verdient die Brandkatastrophe in Klosterneuburg, welcher 7 Gebäude zum Opfer fielen, Erwähnung.

Am Ende des Berichtsjahres bestanden mit Ausschluß der Fabriks- und Turnerfeuerwehren 44 freiwillige Feuerwehren mit 1410 ausübenden Mitgliedern; die freiwillige Feuerwehr Gaudenzdorf hatte sich mit 17. März aufgelöst und wurde ihr Ausrüstungsrahon der Hauptfeuerwache Mariabist zugewiesen. Zur Besorgung des Telegraphendienstes, der Wartung der Dampfprienzüge, Pferde usw. waren auf den Wachen der freiwilligen Feuerwehren 30 Telegraphisten, 10 Maschinisten, 8 Heizer und 48 Aufsicher der Berufsfeuerwehr zugeteilt. Pferde der städtischen Feuerwehr waren zugeteilt bei den freiwilligen Feuerwehren: Rudolfschügel (2), Kaiser-Ebersdorf (2), Unter-Meidling (4), Altmannsdorf (2), Giesing (4), Rensing (2), Breitensee (2), Rudolfsheim (4), Ottakring (4), Neulerchenfeld (2), Hernals (6), Währing (4), Gersthof (2), Unter- und Ober-Döbling (6), Donaueid (2). Die Beistellung der Bezeichnung für die Geräte der übrigen freiwilligen Feuerwehren war durch Verträge mit Fuhrwerksbesitzern sichergestellt. Die freiwillige Feuerwehr Baumgarten wurde im Oktober 1920 mit einer elektromobilen Gaspritze mit Dreileiter ausgerüstet, für welche der Fahrer aus dem Stande der städtischen Feuerwehr beige stellt wurde. Von den 3 elektromobilen Geräten der Wache Floridsdorf wird 1 Gerät (Müllwagen) von der freiwilligen Feuerwehr benannt. An bespannten Geräten wurden den freiwilligen Feuerwehren beige stellt: 9 Dampfprienzüge, 3 Handkrastdampfprienzüge, 9 Benzinmotorsprienzüge, 25 Fahrpriezen, 12 Gaspriezen, 25 Wasserwagen, 27 Müst- und Tenderwagen, 35 Mannschaftswagen,

6 mechanische Schiebleitern, 13 Karren-, Omnia- und Diaphragmapumpen. Die Gesamtzahl der Ausrichtungen der freiwilligen Feuerwehren betrug im Berichtsjahre 1926.

In Bezug auf die Straßenpolizei und Verkehrsangelegenheiten wurden mit Magistrats-Rundmachung vom 6. Oktober 1920 geänderte Vorschriften über das Reinigen und Besprühen der Gehwege und ihre Säuberung bei Schneefällen erlassen. Eine Verordnung des Bürgermeisters als Landeshauptmannes betraf die Prüfung der Kraftfahrzeuge und ihrer Führer. Alle seinerzeit vom Magistrat erlassenen Rundmachungen, insofern sie eine Straf-sanktion enthielten, wurden dahin abgeändert, daß die Höchstgrenze der Geldstrafen mit 2000 Kronen bemessen wurde, ferner wurde die während der Kriegszeit suspendierte Vorschrift über die äußere Beleuchtung der Schieferfahrwerke zur Nachtzeit wieder in Kraft gesetzt. Endlich wurde jede Reflektierfähigkeit auf oder über öffentlichem Grunde ohne vorherige Bewilligung des Magistrates verboten.

Magistratsabteilung 53: Gewerbeangelegenheiten.

Zu Beginn der Berichtsperiode waren die Vorarbeiten zwecks Übernahme der die gewerblichen Angelegenheiten betreffenden Geschäfte der Landesbehörde von der bestandenem n.-ö. Landesregierung zu leisten. Die Übernahme dieser Geschäfte mit Inkraft-treten der Bundesverfassung brachte eine derartige Vermehrung des Pflichtkreises des Magistrates als Gewerbebehörde, daß eine zweite Magistratsabteilung für Gewerbe-angelegenheiten, die Magistratsabteilung 56, errichtet werden mußte, umso mehr als nachher der Abteilung 53 auch noch die landesbehördlichen Agenden der Buchmacher, der Viehhändler und der Großhändler mit Lebens- und Futtermitteln überwiesen wurden. Nach der im Jänner 1921 vollzogenen Übernahme dieser Geschäfte und Übergabe eines Teiles der Agenden an die Magistratsabteilung 56 sah sich die Abteilung 53 vor die Aufgabe gestellt, eine Reihe prinzipieller Angelegenheiten zu erledigen, denen bisher infolge des Krieges die notwendige Aufmerksamkeit nicht geschenkt werden konnte. Die Frage des Wanderhandels — eine alte Frage — wurde dahin gelöst, daß der Wanderhandel durch den befugten, geregelten und auf einen gewissen begünstigten Personenkreis beschränkten Straßenhandel ersetzt wurde. Der Hausierhandel von Wienern auf dem Lande drohte die Machtfrage zwischen Stadt und Land auszurollen und es gelang der Magistratsabteilung 53 durch die beim Ministerium mit den Vertretern der ländlichen Interessenten gepflogenen Verhandlungen diese Angelegenheit für beide Teile befriedigend zu lösen, worauf die Abteilung noch zu der vom Ministerium in Aussicht genommenen gesetzlichen Neuregelung des Hausierhandels ihren Standpunkt kennzeichnete.

Die Übernahme der Verordnungsgewalt der Landesbehörde hatte die Abteilung vor neue Aufgaben gestellt, namentlich auf dem Gebiete des Ladenschlusses und der Sonntagsruhe. Um nur diejenigen Fälle zu erwähnen, welche zu einem Endergebnisse geführt haben, wären folgende anzuführen: Die Regelung der Sperrstunde der Branntweinschenken und Branntweinkleinvertriebsgeschäfte, der Sonntagsruhe beim Verkaufe von Fleisch und tierischen Fettwaren, der Handelsgärtner und Blumenhändler, der Banken, Versicherungsanstalten und ähnlicher Institute, des Ladenschlusses und der Sonntagsruhe während der Wiener Messe, des Ladenschlusses und der Sonntagsruhe im Prater.

Landesbehördliche Agenden, die früher ohne wesentliche Bedeutung waren, nämlich Nachsicht des Befähigungsnachweises und Zulassung von Ausländern zum inländischen Gewerbebetriebe, haben infolge der durch den Krieg bedingten wirtschaftlichen Umgestaltung der Bevölkerung und infolge des Zerfalles der Monarchie einen ganz bedeutenden Umfang angenommen. Die fortschreitende Bergesellschaftung der gewerblichen Unternehmungen hatte bewirkt, daß die Abteilung, der alle Gewerbeangelegenheiten der Großgesellschaften zutrafen, speziell auf dem Gebiete der großindustriellen Etablissements kaum mehr ihren Aufgaben nachkommen konnte.

Magistratsabteilung 54: Genossenschaftsangelegenheiten.

In der Berichtszeit hatte sich die Zahl der Gewerbe-genossenschaften auf 147 verringert. Auf Grund des Bahntechnikergesetzes wurde die Genossenschaft der Bahntechniker Niederösterreichs aufgelöst. Weiter wurde die Genossenschaft der Band-Erzeuger der Genossen-schaft der Posamentierers angeschlossen. Geringe schieden die Pensionsinhaber aus dem Gremium der Hoteliers aus und errichteten eine eigene Fachgenossenschaft (Gremium der Wiener Pensionen).

Die Zahl der Krankenkassen der Mitglieder der Gewerbe-genossenschaften (Meister-franken-kassen) war unverändert geblieben. Die Genossenschaft der Kürschner beschloß in der.

Berichtszeit die Einführung des Versicherungszwanges und gleichzeitig die Vereinigung mit der Krankenkassa der Kleidermacher.

Die langjährigen Bestrebungen zur Schaffung einer „Wiener Messe“ gelangten im Berichtsjahre zu einem gedeihlichen Abschluß. Die Wiener Messe A.-G. wurde gegründet und die Gemeinde Wien hat bisher Aktien im Betrage von 5 Millionen Kronen zur Zeichnung übernommen.

Magistratsabteilung 55: Polizeiwesen.

Am 12. November 1920 begann die Tätigkeit der neu aufgestellten Magistratsabteilung 50. Von ihr wurden folgende Verordnungen ausgearbeitet: Prüfung der Kinematographen-Operateure und Bestellung der Prüfungs-Kommission, Einhebung einer Tage für Ermächtigung zur Ausstellung von Interimsreisepässen, Höchstpreise in den Bezirksgeschäften. Für die P. riser Verh. ndlungen über die Ausweisung polnischer Staatsbürger aus Österreich wurden die Vorlagen erstattet. Über den Entwurf eines Kinosensurgesetzes wurde eine Enquete der Kinointeressenten veranstaltet. In Vertretung des Landes Wien nahm die Magistratsabteilung an der Konferenz der österreichischen Bundesländer über die Regelung des Reiseverkehrs im Jahre 1921 teil. Anlässlich eines speziellen Falles wurde die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes über die Frage der Abschaffung von Optanten aus Österreich veranlaßt. An das Kriegswuchteramt wurde ein Erlaß über den marktfreien Verkehr mit Mehl und Mahlprodukten gerichtet. Am 2. Jänner 1921 wurde der Theaterzensurbeirat bestellt. Zur Aufführung wurden zugelassen: „Das Gelübde“ von Heinrich Lautensack, „Der rote Reigen“ von Anatol und Max, „Das Privileg“ von Anonymus für die Jarnobühnen, „Die rote Straße“ von Theodor Gföhr für das Deutsche Volkstheater, „Der Baum der Erkenntnis“ von Franz Gföhr für die Bernaubühnen, „Du wirst nicht der erste sein“ für das Josefstädter Theater. Am 27. und 29. April 1921 fand die Verhandlung des Verfassungsgerichtshofes über die Anklage der Bundesregierung gegen den Bürgermeister als Landeshauptmann in der Angelegenheit des Schnitzlerschen Stückes „Der Reigen“ statt.

Magistratsabteilung 56: Verurteilungsfälle in Gewerbesachen, Platzfuhrwerk, Platzdiener, Pfandleiher, Rauchfangkehrer und Leichenbestatter.

Im Berichtsjahre wurde ein Maximaltarif für das Rauchfangkehrergewerbe auf Grund einer zirka 100%igen Erhöhung festgesetzt, der dann infolge der fortschreitenden Teuerung durch Bewilligung von zwei Zuschlägen in der Höhe von 110% und 20% und schließlich um 400% neuerlich erhöht werden mußte. Die allgemeine Vermehrung der Rauchfangkehrerkonzessionen von 158 auf 193, die im Jahre 1919 begonnen worden war, aber wegen des Eingreifens des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten eine Verzögerung erlitt, wurde im Jänner endgültig durchgeführt. Aus demselben Grunde wie dem Rauchfangkehrergewerbe mußten den Pfandleihanstalten Erhöhungen der Gebühren zugestanden werden. In der Frage der Versteigerungen verfallener Faustpfände im „Dorotheum“ gelang es der Magistratsabteilung ein Übereinkommen zwischen den größten Pfandleihanstalten und dem „Dorotheum“ zustandezubringen, wodurch den Verpfändern wesentlich günstigere Bedingungen beim Pfandverkauf gesichert wurden. Dem Platzfuhrwerke wurden sieben Tarifierhöhungen bewilligt.

Städtische Sammlungen.

Das Buchinventar der Stadtbibliothek wurde in der Berichtszeit durch Käufe und Spenden um 466 Nummern vermehrt, so daß die Bibliothek 68.362 Werte zählte. Unter den Spenden sei das nur in 4 Exemplaren existierende Wiener Theaterstück „4 Narren in einer Person“ von Joh. Fr. Miller 1770 genannt, das die Stadtbibliothek den Herren Dr. Ignaz Schwarz und Otto Erich Deutsch verdankt. Auch die Handschriftensammlung wurde durch einige Spenden vermehrt. Die Witwe nach Hofrat Dr. Marešch widmete ein umfassendes Konvolut von Briefen Ferdinand Saars, während ein Manuskript Max Baßsteins „Aus berühmten Theaterkreisen der Vergangenheit“ durch Legat der Bibliothek zuziel. Das Handschrifteninventar wies 32.907 Nummern auf. Das Inventar der Musikalienammlung erfuhr eine Vermehrung um 51 Drude und 65 Handschriften. Die wertvollste Erwerbung war das Manuskript Franz Schuberts Phantasie für Violine und Klavier op. 159, 2. Teil. Dazu kam der Ankauf des musikalischen Nachlasses nach Franz Josef Ziehrer. Durch eine Spende der Tochter Eduard Kremers kamen einige handschriftliche Kompositionen Kremers in Besitz der Stadtbibliothek. Die Jahresdotations betrug 1920/21 insgesamt 100.000 Kronen.

Die Benützung der Stadtbibliothek drückte sich in folgenden Zahlen aus: Ausgehoben wurden insgesamt für 4250 Personen 8592 Werke in 11.899 Bänden; davon wurden 2703 Werke in 3564 Bänden entlehnt. In der städtischen Volksbibliothek in der Villa Wertheimstein mußten die Lesegebühren, die Gebühren für die Druckorten und Wohnungen wiederholt erhöht werden; insbesondere wurde seit 1. Februar statt einer jährlichen Lesegebühr von 2 Kronen, eine monatliche Gebühr eingehoben, die zunächst mit 1 Krone, ab Mai aber mit 5 Kronen festgesetzt wurde. Infolge zahlreicher Reparaturen konnten Ankäufe nur in geringem Maße vorgenommen und mußten die Zeitschriften ausgelassen werden. Insgesamt wurden von 86.585 Personen 89.218 Werke entlehnt; davon entfielen auf die schöne Literatur 80.440 Werke, auf die wissenschaftliche Literatur 6168 Werke, auf Zeitschriften 2610 Werke. Das Lesezimmer, das während des Winters wegen der Beheizungsschwierigkeiten gesperrt war, benützten 2122 Personen. Das historische Museum erfreute in der Berichtszeit einen Zuwachs von 65 Nummern, denen 180 Objekte entsprachen. Von den Spendern seien genannt: Hofrat Eugen Crepi, Susanna Dingelstedt (Wüste ihres Vaters von Loebner), Ferdinand Eckhardt, Bildhauer Franz Halle, Malerin Regina Kreidl, Karl Menger (Totenmaske seines Vaters), der regierende Fürst Johann von und zu Liechtenstein (Festplatz vor dem alten Invalidenhaus, Gemälde von E. Opiz), Stadtrat Richter, Heinrich Rohr in Bonn, Herr und Frau Anna Siller (Wien aus der Vogelschau, Aquarell von E. Pendl), Hauptmann Franz Strobel, Schauspieler Theodor Weiß. Legate fielen dem Museum zu: Aus dem Vermächtnis der Frau Antonie Gansbacher, der Frau Marie Grün, der Frau Marianne Kinsky (Wüste M. Ebner-Eschenbachs), der Frau Mathilde Petrovitz und des Hofrates Dr. Steindachner (Porträt von Griepenkerl). Von den Ankäufen, wofür 1920/21 eine Dotation von 25.000 Kronen zur Verfügung stand, sind zu erwähnen: Die Bronzegußplatte des Bürgermeisters Neumann von S. Charons und das Puppentheater der Familie Heinrich Anschütz. Das Museum war Dienstag und Donnerstag, an Sonntagen und Feiertagen dem Publikum unentgeltlich zugänglich; vom 31. Jänner bis 26. März war es wegen Beheizungsschwierigkeiten geschlossen. Die Zahl der Besucher betrug 69.199, wovon 25.132 auf die Beethovenausstellung entfielen. Diese Ausstellung zur 150. Geburtstagsfeier des großen Tonkünstlers fand vom 16. Dezember 1920 bis 30. Jänner 1921 in den Räumen des Museums statt, von dem drei Säle diesem Zwecke gewidmet waren. Die Ausstellung schöpfte in erster Linie aus den Beständen der städtischen Sammlungen und stellte in umfassender Weise Beethovens Leben, seine Werke und seine kulturelle Umwelt in zahlreichen Bildnissen, Handschriften, Noten und Drucken dar. Sie war auch von privater Seite gut besucht. Ein gedruckter Führer durch die „Beethovenausstellung“ mußte ein zweitesmal aufgelegt werden. Anlässlich des 25. Gedächtnistages des Todes Anton Bruckners fand eine kleinere Ausstellung von Autographen und Bildnissen Bruckners statt. Das Haydnmuseum (VI, Haydnasse 19) war von 770 Personen, das Schubertmuseum (IX, Rusdorfer Straße 54) von 16.226 (davon 1015 zahlenden) Personen besucht. Die Gedächtniszimmer in der Villa Wertheimstein (XIX, Hauptstraße 96), bestehend aus Salon Wertheimstein, Bauernfeld- und Saalzimmer, wurden von 169 Personen besucht. Seit 1. Juli ist in zwei Zimmern der Villa Wertheimstein auch die Hörmannstiftung als dauernde Leihgabe untergebracht, die 18 Werke von Wiener Künstlern umfaßt. Das archäologische Museum (oder Museum Bindobonenfe), IV, Rainergasse 13, erhielt einen Zuwachs in dem von Professor F. A. Schaffer gespendeten Ziegelstein der XIII. Legion in der Rhingasse und Münzen von der Schluffsteinlegung der Stiegenbrücke in Gaudenzdorf. Es war von 8000 Personen besucht worden. Entlehnungen aus dem Museum fanden 289 statt.

Der Ehrenpreis der Stadt Wien für die Genossenschaft der bildenden Künstler wurde im Jahre 1920 dem akademischen Maler Karl Friedrich Gsur für sein Porträt der Frau Marie Lorenz, der Preis der Stadt Wien für die Ausstellung der Kunstgenossenschaft im Jahre 1920 an Karl Gesser für seine Porträtbüste Josef Popper-Lynkeus verliehen.

Die Zahl der administrativen Angelegenheiten, in denen die Berichte an Bürgermeister, Gemeinderatsausschüsse und Magistrat inbegriffen sind, betrug insgesamt 948.

Archiv der Stadt Wien.

Die Bestände des Archivs umfaßten am 30. September 1961 Urkunden (älteste aus dem Jahre 1239); 2213 Faszikel-Alten (ältester Alt aus dem Jahre 1266); 8446 Bände Handschriften, d. i. geschriebene Bücher (ältestes aus dem XIII. Jahrhundert); 65 Mappen und Rollen Pläne (ältester Plan aus dem Jahre 1519); 132 Diplome, Adressen u. dgl. (modern). Die sachgemäße Bearbeitung der alten Bestände wurde fortgesetzt. Gegenstand derselben waren die Wiener Bürgerpitakurkunden (Bestand: 1122 Stück, älteste aus dem Jahre 1264), die alten Wiener Grundbücher (1600 Bände, ältestes aus dem Jahre 1368) und die Klosterstandsakten (78 Faszikel, 16.—18. Jahrhundert). Von den Regesten aus den Urkunden des dem Archive

einverleibten ehemaligen Bürgerhospitalarchives, welche als 5. Band der 2. Abteilung des großen Werkes „Quellen zur Geschichte der Stadt Wien“ vom Wiener Altertumsverein herausgegeben wurden, wurde einstweilen das 1. Heft (187 Urkunden, aus dem Jahre 1264—1358), bearbeitet vom Archibdirektor Hango und Vizebirektor Kessel, veröffentlicht. An der Einrichtung zur Drucklegung der Regesten bis zum Jahre 1529 (Zerstörung des alten Wiener Bürgerhospitals) wurde weitergearbeitet. Der Zuwachs an modernen Akten und Urkunden betrug 253 Stück. Außerdem sind an Neuerverbungen zu erwähnen: Handwerksartikel der bgl. Kleinfleischhelfer in Wien (1747, 6. Juli), gegeben von Bürgermeister und Rat (Spende der Antiquitätenhändler Glückselig und Sohn); Magistratsverlautbarung für die Zünfte (1774, 21. Februar), betreffend Ablegung des Bürgereides und Abfuhr der Handwerksgebühren (von der Magistratsregistratur übernommen); „Sammlung merkwürdiger Begebenheiten (1779—1854) von Math. Seis“, 2 Bände (Spende des städtischen Kustos i. R. Eduard Seis); Haushaltsbuch (1833—1836) aus der Familie des Wiener Großkaufmannes Gustav Fritz (Spende desselben); Einreichungs- und Geschäftsprotokolle (1849—1852), samt Index, der Wiener Municipalgarde (von der Magistratsabteilung 8 übernommen); Schlusssteinlegungsurkunde (1869, 2. Dezember) für die Stiegebrücke in Gaubensdorf (von der Magistratsabteilung 18 übernommen). Die Benützung des Archives in dessen Räumen fand in 378 Fällen mit 1082 Aushebungen statt; entlehnt wurden 14 Archivalien. Umfangliche Gutachten, Äußerungen und Berichte wurden 40 erstattet und zahlreiche mündliche Auskünfte auf Grund von Erhebungen erteilt. Schriftliche Äußerungen wegen Verleihung städtischer Auszeichnungen wurden in 93 Fällen abgegeben; Abänderungen in die Matrikenduplikate der israelitischen Kultusgemeinde wurden 915 eingetragen. Außerdem wurden die Kataloge der Salvatormedaillen und der Anerkennungsdiplome für Gemeindefunktionäre sowie der Index zum Bürgereidbuche fortsetzend geführt.

Amtsblatt der Stadt Wien.

Der Schriftleitung des Amtsblattes obliegt die Redaktion des Amtsblattes, der stenographischen Protokolle des Gemeinderates und des Landtages, des magistratischen Verordnungsblattes und des Landesgesetzblattes für Wien sowie die Zusammenstellung des kommunalkalenders. Im Amtsblatte trat die Änderung ein, daß an Stelle der als eigenes Druckwerk erscheinenden stenographischen Protokolle nur mehr ein Beschlußprotokoll der Gemeinderats- und Landtags-Sitzungen aufgenommen wird. Das Landesgesetzblatt erschien zum ersten Male am 18. November 1920 und verlaublichte bis 31. Dezember desselben Jahres 6 Gesetze, 2 Verordnungen und 5 Kundmachungen. Im Jahre 1921 wurden 77 Stück herausgegeben mit 43 Gesetzen, 68 Verordnungen und 49 Kundmachungen. Im vorliegenden kommunalkalender 1922 erscheint zum ersten Male eine ausführliche Darstellung der Verwaltungstätigkeit im abgelaufenen Jahre, getrennt nach den acht Verwaltungsgruppen. Die dem Kalendarium beigegebenen „Wiener Erinnerungstage“ umfassen bisher nur die Zeit vom Jahre 1860 bis zur Gegenwart; im Jahrgange 1922 wird zum ersten Male auch auf die früheren Jahrhunderte zurückgegriffen.

Gruppe VIII.

Städtische Unternehmungen.

Amtsführender Stadtrat: Vizebürgermeister Emmerling.

Im Berichtsjahre trat zwar endlich eine gewisse Erleichterung in der Beschaffung der Roh- und Betriebsstoffe, vor allem der Kohle, ein, jedoch geboten die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit einerseits, die Steigerung der Produktion und des Handels andererseits die Unabhängigkeit in der Beschaffung des wichtigsten Betriebsstoffes, der Kohle, anzubahnen und eine Ausgestaltung der städtischen Werke ins Auge zu fassen.

Von diesem Gesichtspunkte aus wurden die Erweiterung der Braunkohlenbergbaue in Zillingdorf und Neufeld in Angriff genommen, zur Ausbeutung der Steinkohlenlager nächst Lunz die Pöbštaler Steinkohlenwerke N.-G. mit Beteiligung der Gemeinde gegründet und gemeinsam mit der Depositenbank und der Bohr- und Schurfgesellschaft Bohrungen nach Kohle im Süden von Wien eingeleitet. Mit aller Energie wurde die Ausnützung der nieder-

österreichischen Wasserkräfte zur Elektrizitäts-erzeugung verfolgt; die Verhandlungen mit den Wiener Großbanken wegen des Baues von Wasserkraftanlagen an der Ybbs und Verwertung des Gefälles der II. Hochquellenleitung kamen im Herbst zum befriedigenden Abschlusse; die Banvergebung ist bereits eingeleitet worden, so daß der Beginn der Arbeiten unmittelbar bevorsteht.

In den Anlagen der Elektrizitäts- und Gaswerke wurden mannigfache Umänderungen, Verbesserungen und Erweiterungen durchgeführt; die Entspannung der Kohlenversorgung ermöglichte die Aufhebung der behördlichen Sparmaßnahmen, was im Vereine mit der gesteigerten Tätigkeit in vielen Zweigen der Industrie zu einer namhaften Erhöhung des Verbrauches an Gas und Elektrizität führte.

Auch im Verkehr der Straßenbahn konnte infolge der günstigeren Kohlenversorgung eine wesentliche Verbesserung durchgeführt werden. Die Dampframwaystrecke Mauer—Mödling wurde auf elektrischen Betrieb umgebaut, die Elektrifizierung der nördlichen Dampfstraßenbahnlinie, von Floridsdorf ausgehend, eingeleitet und bis Ende des Jahres 1921 fast vollendet. Dem Bedürfnis nach einem Verkehre in die Innere Stadt wurde durch Ausdehnung des Kraftstellwagenverkehrs tunlichst Rechnung getragen.

Der Betrieb des Brauhauses litt unter den noch immer aufrechterhaltenen behördlichen Beschränkungen in der Erzeugung; sie wurde auf das höchste zulässige Maß gesteigert.

Im Betriebe der städtischen Leichenbestattung nötigten die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer möglichst sparsamen Geschäftsführung.

Einen sehr erfreulichen Aufschwung nahmen die städtischen Lagerhäuser, deren Umsatz gegenüber dem letzten Friedensjahr auf mehr als das 3½fache stieg. Es wurden deshalb zahlreiche Erweiterungen, Um- und Neubauten in Angriff genommen, der Bau einer Pflaumenveredlungsanlage (Etuvage) durchgeführt und eine großzügige Ausgestaltung ins Auge gefaßt, um den weiteren Steigerungen des Verkehrs gewachsen zu sein und dem internationalen Handel einen Mittelpunkt in Wien zu schaffen.

Als neues Glied in der Reihe der städtischen Unternehmungen wurde die städtische Ankündigungsunternehmung errichtet.

Der Wohlfahrt der Arbeiterschaft wurde in allen Unternehmungen ein besonderes Augenmerk zugewendet. Abgesehen von geldlichen Zuwendungen, die sich durch die Geldentwertung ergaben, wurden verschiedene Herstellungen in den Betriebsstätten im Interesse der Gesundheit der Arbeiterschaft durchgeführt; ein soziales Werk von höchster Bedeutung wurde in Angriff genommen und steht unmittelbar vor dem Abschlusse: die Gewährung einer gesicherten Lebensstellung und des Anspruches auf Ruhe- und Versorgungs-genüsse.

Die Gemeindeverwaltung blickt getrost auf die Zukunft der städtischen Unternehmungen; im Zusammenarbeiten der freigewählten leitenden Funktionäre mit einer tüchtigen, treugefinten Beamten-schaft und Arbeiterschaft will sie die städtischen Unternehmungen zur höchsten Blüte bringen, zum Wohle der Bevölkerung, zur Ehre und zum Vorteile der Stadt.

Städtische Gaswerke.

Gas-erzeugung 170 Millionen m³; Kohlenverbrauch 500.000 t; Länge des Rohrnetzes 1585 km; Zahl der Anschlüsse 85.000; Zahl der Gasmesser 246.000; öffentliche Beleuchtung 20.410 Flammen.

Wichtigere Herstellungen: Im Gaswerk Simmering: Errichtung einer Kohlenmahl-anlage für die Horizontalkammeröfen und Umbau von weiteren 20 Retortenöfen auf

Regenerativheizung mit Gas aus der Zentralgeneratorenanlage, Ausgestaltung der Schleppgleisanlage, Fertigstellung der Schwefelgewinnungsanlage. Im Gaswerk Leopoldau: Ausbau des Wohlfahrtsgebäudes und Errichtung einer zentralen Warmwasser-Fernheizanlage.

Städtische Elektrizitätswerke.

Stromerzeugung 298 Millionen Kilowattstunden, davon in Ebenfurth 66 Millionen; Stromabgabe an die Straßenbahn 49 Millionen, an Licht in Wien 40 Millionen, an Kraft in Wien 98 Millionen, im Überlandnetz 14,5 Millionen; Kohlenverbrauch in Wien 350.000 t, in Ebenfurth 275.000 t; Länge des Kabelnetzes: Wiener Netz 1440 km, Überlandnetz 206 km; Zahl der angeschlossenen Anlagen: im Wiener Netz 206.938, im Überlandnetz 131; Gesamtanschlußwert 280.158 Kilowatt; Zahl der Hausanschlässe 32.100, Zahl der Elektrizitätszähler 210.000, Zahl der Pauschalanlagen 16.000, Zahl der Transformatoren 4000; im Überlandnetz waren 13 Ortsnetze sowie eine Reihe industrieller Anlagen angeschlossen; öffentliche Beleuchtung 567 Bogenlampen und 1061 Glühlampen.

Wichtigere Leistungen: Vergrößerung der Maschinenanlagen um 13.000 PS, Umbau von drei weiteren Kesselfeuerungen für minderwertige Kohle, Erhöhung der Zahl der Kessel mit Dfeuerung auf 8, Erweiterung der Kohlen- und Schlackenförderungsanlagen, Errichtung von Arbeiterwohnhäusern in Ebenfurth, Umbau von Schaltanlagen, Erweiterung der Unterwerke Rudolfsheim und Währing, Verlegung mehrerer Hochspannungskabel und von Speiseleitungen, Fortsetzung der Herstellung von Mietinstallationen (bisher 9000 Anlagen angeschlossen).

Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf.

Kohlengewinnung 327.000 t, Ziegelerzeugung 950.000 Stüd.

Wichtigere Leistungen: Fertigstellung der Einrichtung des Tagbaues II in Reufeld, Aufmachung zweier neuer Tagbaue in Zillingdorf, Aufstellung von zwei Eimerkettenbaggern, Verlängerung der Bergwerksbahn bis zu den neuen Tagbaue und teilweise Zulegung eines zweiten Gleises, Aufstellung einer Drahtseilbahn, Verbesserung der Ziegeleinrichtung, Erbauung von fünf Wohnhäusern für die Bediensteten.

Städtische Straßenbahnen.

Streckenlänge 262,458 km; Wagenpark: 1547 Triebwagen, 1658 Anhängewagen, 19 Lokomotiven; Leistungen: im elektrischen Betrieb 3,6 Millionen Zugfahrten mit 8 Millionen Wagenfahrten, im Dampfbetrieb 45.000 Personenzugfahrten, 900 Lastzüge und 660 Materialzüge; Fahrgäste: im elektrischen Betrieb 494 Millionen, im Dampfbetrieb 4,5 Millionen.

Wichtigere Leistungen: Vollenbung der Elektrifizierung der südlichen Dampfstraßenbahnstrecke (7,791 km), Elektrifizierung der nördlichen Dampfstraßenbahnstrecke, Erweiterung des Schleppgleises beim Linienamt Schwechat für Holzverladung.

Städtische Kraftstellwagenunternehmung.

Streckenlänge: im Tagbetrieb 12,66 km, im Nachtbetrieb 31,19 km; Wagen im Betrieb: bei Tag 13, bei Nacht 18; Leistungen: 693.600 Wagenkilometer, 3,150.000 Fahrgäste.

Änderungen im Verkehr: Am 1. Juli 1920 standen die Linien Praterstern—Stephansplatz—Südbahnhof und Volksofer—Stephansplatz—Rochuskirche im Betrieb. Im Herbst 1920 wurde die Linie Westbahnhof—Stephansplatz eröffnet und im November 1920 bis zum Nordwestbahnhof erweitert; außerdem wurde eine neue Linie Stephansplatz—Franz Josefsbahnhof eröffnet und ein Nachtverkehr nach Hiebing, später auch nach Döbling und Hernals eingerichtet und im Nachtverkehr die zur Volksofer führende Linie bis nach Gerthof geleitet. Im Frühjahr 1921 mußte die Linie Westbahnhof—Nordwestbahnhof wegen zu geringer Frequenz wieder eingestellt werden; zwei andere Versuchslinien, nach Margareten und in die Josefstadt, wurden auch nur kurze Zeit betrieben.

Städtische Zeichenbestattung.

Zahl der Zeichenbegängnisse: 17.000, davon 3500 Gratisleichen; Betriebsmittel: 277 Wagen, 177 Pferde; Hilfsbetriebe: Sargfabrik in Wien (deckt den gesamten eigenen Bedarf), Torffabrik Admont: Erzeugung 95 Waggons, Torffabrik Schrems: Erzeugung 120 Waggons.

Lagerhäuser der Stadt Wien.

Umsatz: 90.000 Waggons, davon 15.000 im Schleppumschlagverkehr; durchschnittliche Tagesbewegung zirka 295 Waggons; Wert der umgesetzten Waren 40 Milliarden Kronen; höchster Versicherungsstand (9. Juni 1921): 2.270.023.308 K.

Wichtigere Herstellungen: Herstellung einer modernen Pflaumenetubage, Neubau der Magazine XVII und XVIII, Umbau und Vergrößerung einiger älterer Magazine, Herstellung von Einbauten in der großen Magazinschale, Aufsetzung eines Stiodwerkes zur Ausdehnung des Kanalebetriebes, Einbau einer Waggonschale, von Spillanlagen, Sackelabatoren und sonstigen betriebstechnischen Einrichtungen, Erweiterung der Gleisanlagen.

Auch das Kühlagerhaus und die Filialbetriebe in Zwischenbrüden sowie im Freudenauer Winterhafen waren vollauf beschäftigt.

Brauhaus der Stadt Wien.

Erzeugung: 7^oiges Bier 128.000 hl, 12^oiges Bier 101.000 hl, zusammen 229.000 hl. Bierverkauf 203.000 hl; geschäftliche Ausdehnung durch Errichtung von Bierdepots in Klosterneuburg und St. Andrä-Wördern.

Wichtigere Bauherstellungen: Erbauung einer Kleinwohnungsfiedlung für die Arbeiter (5 Zweifamilienhäuser und 1 Vierfamilienhaus), Errichtung einer explosionsgefährlichen Benzinanlage, Einbau eines Schwadenkondensators im Sudhause, ferner Ausgestaltungen der Depots im XIII. und XVII. Bezirk.

Städtische Ankündigungsunternehmung.

Das den städtischen Straßenbahnen angegliederte gewesene Reklamebüro der städtischen Verkehrsmittel wurde im August 1921 zu einer besonderen „Städtischen Ankündigungsunternehmung“ ausgestaltet. Die Tätigkeit der Unternehmung erstreckt sich vorläufig auf die Ausnützung der Straßenbahn- und Kraftstellwagen, auf verschiedene Objekte der Straßenbahn, auf das Strandbad Gänzhäusel und auf die Wahrung der Interessen bei den derzeit noch an private Unternehmungen vermieteten Ankündigungsflächen auf Holzschalungen an Gebäuden, Einfriedungen usw. Die Wiener Messe bot reichlich Gelegenheit zur Auswertung verschiedener Reklamemöglichkeiten. Der Umsatz ist vollauf befriedigend.

Das städtische Schulwesen.

Vor.=Stellv. des Bezirksschulrates Otto Glöckel.

Das Schuljahr 1920/21 war ein Jahr rastloser Arbeit auf dem Gebiete des städtischen Schulwesens. Nach dem Erlasse des Unterrichtsamtes vom 8. Juni 1920 wurde die Durchführung der Schulreform im Sinne der Arbeitsschule — im Vorjahre nur in 108 Versuchsklassen an Volksschulen und 14 Versuchsklassen an Bürgerschulen erprobt — für alle Volks- und Bürgerschulen des Freistaates angeordnet. Aufgabe der Lehrerschaft war es, während des ganzen Jahres die Einzelheiten der Durchführung der Unterrichtsreform in den amtlichen Konferenzen und freien Arbeitsgemeinschaften gründlich zu beraten und insbesondere die notwendigen Lehrstoffverteilungen für die einzelnen Unterrichtsstufen auf Grund der neuen Lehrpläne zu schaffen. Die Gemeinde stellte zur Anschaffung von Material für den Werkunterricht (Papier, Pappe, Klebstoff, Ton, Plastilin, Holz, Farbstifte, Farbkreide) einen Betrag von 1 $\frac{3}{4}$ Millionen, für die Lehrerfortbildung einen Betrag von 100.000 K zur Verfügung, weiters wurde das Pauschale für die 15 Bezirkslehrerbibliotheken von 6000 K auf 15.000 K erhöht. Für sämtliche Lehrkörper der städtischen Schulen abonnierte die Gemeinde die Monatshefte für „Pädagogische Reform“.

Sehr gefördert wurde die Unterrichtsreform — insbesondere der Unterricht in Heimat- und Lebenskunde — durch die Bewilligung von 4 Freifahrten auf

der städtischen Straßenbahn für jede Klasse vom 3. Schuljahre an. Die Organisation dieser Freifahrten für 3639 Klassen mit 133.307 Schulkindern war keine leichte Arbeit; das Verkehrsbüro der städtischen Straßenbahnen und die Lehrerschaft taten ihr Möglichstes, eine klaglose Durchführung des Versuches, allen Schülern und Schülerinnen der städtischen Schulen Gelegenheit zu geben, durch unmittelbare Anschauung die Stadt, ihre prächtige Umgebung und ihre weltberühmten Sehenswürdigkeiten kennen zu lernen, zu sichern. Durch einen am Ende des Schuljahres hinausgegebenen Erlaß des Bezirkschulrates wurde die Durchführung der Lehrausgänge, Lehrfahrten und Lehrwanderungen auf Grund der gemachten Erfahrungen geregelt.

Im Berichtsjahre wurden auch die Vorarbeiten zur Errichtung eigener Klassen für schwerhörige und sprachkranke Schulkinder — ärztliche Untersuchung, Kurse für Lehrer und Lehrerinnen — beendet, so daß mit Beginn des Schuljahres 1921/22 Kurse für sprachkranke und Klassen für schwerhörige und sprachkranke Kinder eröffnet werden konnten. Für sprachkranke Schulkinder wurden Sonderklassen nur für die ersten zwei Schuljahre errichtet, vom 3. Schuljahre an besuchten sprachkranke Schulkinder Heilkurse.

Zu erwähnen ist weiters die Gründung eines eigenen Verlages zur Beschaffung der notwendigen Schul- und Jugendbücher, des „deutschen Verlages für Jugend und Volk.“ So ist es der Gemeinde Wien trotz der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse möglich gewesen, die zur Durchführung der Schulreform unumgänglich notwendigen Mittel — wenn auch noch nicht in ausreichendem Maße — zur Verfügung zu stellen.

Aus den Beständen der städtischen Lernmittel-Verwaltung wurden dem allgemeinen öffentlichen Volks- und Bürgerschulen im Schuljahre 1920/21 437.121 Stück Bücher, 15.646 Stück Atlanten und Karten, 1.890.254 Stück Hefte, Schreib- und Zeichenrequisiten und 1.381.987 Stück Schuldrucksorten mit einem Kostenaufwand von K 12.191.377,74 für Lernmittel und K 615.373,67 für Drucksorten, zusammen K 12.806.751,41 zur Verfügung gestellt.

Die nachstehende Tabelle enthält die Zahlen der im Schuljahre 1920/21 bestandenen Klassen und der Schüler (in den Volksschulen von der 3. Klasse aufwärts).

Volksschulen.

Klasse	Knaben-Volksschulen		Mädchen-Volksschulen		Gemischte Klassen			
	Zahl der Klassen	Schüler	Zahl der Klassen	Schülerinnen	Zahl der Klassen	Schüler		
						Knaben	Mädch.	zuf.
3.	361	12.927	355	12.570	10	186	218	404
4.	373	13.735	375	13.197	10	221	180	401
5.	385	13.505	385	13.722	8	156	148	304
zuf.	1119	40.167	1115	39.489	28	563	546	1109

Bürgerjchulen.

Klasse	Knaben-Bürgerjchulen		Mädchen-Bürgerjchulen	
	Zahl der Klassen	Schüler	Zahl der Klassen	Schülerinnen
1.	276	11.021	306	12.284
2.	219	8.213	249	9.483
3.	146	5.082	181	6.459
zuf.	641	24.316	736	28.226

Gesamtzahl der Klassen 3639, einschließlich der 1. und 2. Klasse der Volksschulen 5324; Gesamtzahl der Schüler 133.307, einschließlich der 1. und 2. Klasse der Volksschulen 183.489.

Verband der Angestellten der Stadt Wien.

Kanzlei: I., Neues Rathhaus, 6. Stiege, II. Stock. — Telephon. Neues Rathhaus, Verbandskanzlei. — Parteienverkehr von 9 bis 2 Uhr.

Die in Fachvereinen organisierten Angestellten der Gemeinde, mitinbegriffen die Lehrpersonen, Pensionisten und Witwen, ausschließlich aber der im § 3 der allgemeinen Dienstordnung vom 24. April 1919 aufgezählten Gruppen, sind im „Verband der Angestellten der Stadt Wien“ zusammengeschlossen.

In der Delegiertenversammlung des Verbandes vom 1. Oktober 1921 wurden folgende Funktionäre mit zweijähriger Mandatsdauer gewählt.

Präsidium.

Präsident: Schulz Hermann, Rechnungsrat, Maria-Enzersdorf; 1. Schriftführer: Gröll Josef, Dr., Magistratsrat, VIII., Josefstädterstraße 38; 1. Zahlmeister: Suley Johann, Rechnungsrat, XVIII., Hameaufstraße 16; Sachwalter: Lesch Eduard, Ingenieur, Direktor der städtischen Leichenbestattung, V., Schönbrunnerstraße 106.

Vorstand:

Außer den Mitgliedern des Präsidiums: Vier Sektionspräsidenten, und zwar: a) Sektion der Magistratsbeamten: Podirski Ferdinand, Rechnungsrat, VIII., Piaristengasse 56; b) Sektion der Magistratsbediensteten: Leiter Franz, Straßenarbeiter, XVI., Yppenplatz 8; c) Sektion Lehrerschaft: Herdegen Alois, Bürgerschuldirektor, XVII., Klopstockgasse 31; d) Sektion der Pensionisten: Schönbauer Robert, Bürgerschuldirektor i. P., VIII., Feldgasse 12; 2. Schriftführer: Fleiser Franz, Unterbeamter des städtischen Fuhrwerksbetriebes, XX., Weßnergasse 13; 2. Zahlmeister: Kettor Adolf, Exekutionsamtsdirektionsadjunkt, XVI., Lindauergasse 7.